Bav.
2881

Wendt

<36605748350014

<36605748350014

Bayer. Staatsbibliothek

Grundzüge

des

teutſchen und beſonders bayeriſchen

Criminal-Prozeſſes

für

academiſches Studium und gerichtlichen Gebrauch,

entworfen

von

D. Chriſtian Ernſt von Wendt,

Königl. Bayr. Geheimenhofrath, Ritter des Großh. Heſſen'ſchen Hausordens, deſignirten Prokanzler der Univerſität Erlangen ꝛc.

Erlangen, 1826

Bey J. J. Palm und Ernſt Enke.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Seinen Zuhörern

aus

herzlicher Achtung

der Verfaſſer.

BAYERISCHE
STAATS-
BIBLIOTHEK
MUENCHEN

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Vorwort.

Das Erſcheinen dieſer Grundzüge wird ſich am einfachſten durch die Thatſache rechtfertigen, daß, auſſer und ſeit Freyherrn v. Kreitmayrs Grundriß der gemeinen und bayriſchen Privatrechts-gelehrſamkeit 1771, und compendium cod. bav. civ. iud. crim. 1776, welche beyde Civil- und Criminal-Recht und Civil-Prozeß mit umfaſſen, noch kein Lehrbuch des bayriſchen Criminal-Verfahrens erſchienen iſt. Die Verbindung ſeines Vortrags mit dem teutſchen Prozeß iſt den Bedürfniſſen des academiſchen Unterrichts und eines überall, auch für Beamte, höchſt nützlichen vergleichenden Geſetzſtudiums angemeſſen, wird aber auch wohl, da ſo manches der bayriſchen Einrichtun-

gen seit 1813 in andern Staaten des nun teutſchen Bundes zweckmäßig nachgeahmt wurde, auſſer Bayern nicht unwillkommen, vielmehr brauchbar seyn. Mögen dieſe Blätter ihrem Zweck entſprechen, und dadurch ſich ſelbſt und ihren Verfaſſer empfehlen!

Geſchrieben auf der Friedrich-Alexanders-Univerſität zu Erlangen, im Winter-Semeſter 1825/6.

Grundzüge
des teutſchen und beſonders bayeriſchen
Criminal-Prozeſſes.

Einleitung.

§. 1.

Strafrecht. Begründung deſſelben und Zweck.

Der Menſch kann die Zwecke des vernünftigen Daſeyns nur im Staate erreichen. Der Staat beſteht ohne geſetzliche Ordnung nicht. Geſetze ſind deswegen nothwendig und unverletzlich. Allgemeiner Gehorſam gebührt ihnen. Er wird herbeygeführt im Einzelnen durch ſittliche Ueberzeugung von der Wahrheit, Gerechtigkeit und Vortrefflichkeit des Geſetzes, durch den Willen und die Nothwendigkeit, der Vernunft gemäß zu leben. Die aus der Natur der Sache ſelbſt entſpringenden Mittel, Befolgung der Geſetze zu bewirken, ſind daher: Vollkommenheit der Geſetze an ſich, ſittliche Bildung des Staatsbürgers, Belebung ſeines Strebens nach Vollkommenheit, mit unverwandtem Hinblick auf eine höhere ewige Beſtimmung, Moralität und Re-

ligion; wo aber dieſe Mittel nicht zureichen, Erhaltung des geſetzlichen Anſehens durch Strafe der Uebertretung d. i. durch Zufügung eines ſinnlichen oder ſittlichen Uebels, welches den mehrfachen Zweck hat, durch deſſen Drohung geſetzwidriges Thun und Unterlaſſen zu verhindern, durch ſeine Zufügung den Uebertreter zur geſetzlichen Ordnung zurückzuführen, oder ihn für immer unſchädlich zu machen, überall aber das Anſehen der Geſetze zu erhalten [1]).

§. 2.

Anwendung des Strafrechts durch das Strafverfahren. — Begriff des Criminal-Prozeſſes.

Soll Strafe gerecht ſeyn, ſo muß ſie ſelbſt geſetzlicher Ordnung entſprechen. Keine Strafe ohne Strafgeſetz, ohne Geſetzesübertretung, ohne Beweis über

---

1) Alle mannigfachen Syſteme der Begründung des Strafrechts kommen am Ende auf dieſe ſchon im Alterthum anerkannten Hauptſätze zurück. Cic. de LL. I. 6. §. 18. II. 4. §. 8. III. 2. §. 5. — de republ. I. 25. — de amic. 5. §. 19. — pro Cluentio 53. §. 146. — Vergl. DE WENDT obs. ad ius bauar. Sect. II. §. 15 sq. not. 74.

Das römiſche Recht ordnet Strafen an, um Beyſpiele zu Abſchreckung anderer zu ſtatuiren, nimmt aber auch Rückſicht auf Genugthuung des Beleidigten, und an einem Ort ſogar auf Beſſerung des Verbrechers. Die Carolina läßt ſtrafen aus Lieb der Gerechtigkeit, um gemeines Nutzens willen, zu mehrerer Furcht anderer. Das bayr. Strafg. äußert ſich nicht. Die Anm. erklären das Strafrecht für in der Vernunft gegründet, wollen aber die Andeutung irgend

Schuld oder Unſchuld, ohne rechtliches Gehör und Vertheidigung, ohne richterliches Urtheil. Daher keine Ausübung des Strafrechts, keine Anwendung des Strafgeſetzes ohne Criminalprozeß oder gerichtliches Verfahren in Strafſachen [1]).

§. 3.

Zweck des Criminal-Prozeſſes.

Das Criminal-Verfahren hat den **unmittelbaren** Zweck, Schuld oder Unſchuld zu erforſchen, gleichviel, ob im Wege der Unterſuchung oder der Verhandlung, und erörtert deswegen, ob und von wem ein Verbrechen begangen worden ſey, ob und welche Strafe der Verbrecher verdiene; den **mittelbaren** theils formellen, das Strafurtheil zu begründen, theils materiellen, die geſetzliche Ordnung zu erhalten [1]).

---

einer Strafrechtstheorie vermieden wiſſen. Siehe die Sammlung hierher gehöriger Stellen in v. Wendt, Grundriß zu vergleichender Darſtellung des Crim. R. §. 6. S. 9.

1) 1. Einfluß dieſes Satzes auf die Wichtigkeit des Criminal-Verfahrens, als Vorbedingung für jede Anwendung der Strafgeſetze; — verſchieden von dem Verhältniß des Civil-Prozeſſes zu allen Theilen des Civilrechts.

2. v. Feuerbach Lehrbuch des Crim. R. §. 518. Bauer Grundſ. des Crim. Proz. §. 1. Martin Lehrb. §. 1. Stübel Criminal-Verfahren §. 5. Tittmann Handb. 2te Ausg. §. 607. 675. — Strafg. f. d. Königr. Bayern 1813. II. art. 1.

1) v. Feuerbach §. 518. 568. 600. 611. 623. 630. Bauer §. 2. Martin §. 8. Stübel §. 588 fg. Tittmann §. 676.

§. 4.

Eintheilung des Criminal-Prozeſſes.

Gemeines Recht [1]). Der Criminal-Prozeß iſt 1) nach der teutſchen Verfaſſung theils gemeiner, theils beſonderer (particulärer, provinzieller), 2) nach der Art des Verfahrens theils Anklage, theils Unterſuchungsprozeß, theils gemiſchter [2]), 3) nach der Form des Verfahrens theils feierlicher (ordentlicher), theils ſummariſcher, 4) nach der Regel oder Ausnahme der Verhandlung theils ein ordentlicher, theils ein auſſerordentlicher (beſonderer) [3]).

Bayeriſches Recht. Das Strafverfahren iſt 1) im allgemeinen theils Prozeß bey Verbrechen, theils Prozeß bey Vergehen [4]), 2) der erſtere theils ordentlicher, theils auſſerordentlicher im

---

L. 19. D. de poenis (XLVIII. 19.) P. G. O. art. 6. 47. 54. 60. u. a. Bayr. Strafg. II. art. 72. 73. 107.

1) v. Feuerbach §. 520—522. 633. 637 f. — Bauer §. 6—9. — Martin §. 6 fg. — Stübel §. 12. — Tittmann §. 678 fg.

2) Adhäſions- und Denunciations-Prozeß. v. Feuerbach §. 522.

3) Beyſpiele ſind: der fiscaliſche Prozeß einzelner Länder (Preuß. A. G. O. I. 35. §. 34 fg. v. Kamptz Mekl. Civ. Proz. §. 114.), das Standrecht im Oeſterreich. Geſetzb. 1803. §. 500 fg.

4) Bayr. Strafg. 1813. II. art. 22 fg. art. 457 fg. — Von dem Unterſchied zwiſchen Verbrechen und Vergehen, ſ. v. Wendt, Grundriß §. 12. S. 16.

Standrecht[5]), 3) beyde erſten entweder gegen Gegenwärtige, oder gegen Abweſende (Contumacial-Prozeß)[6]), 4) theils als erſte Unterſuchung, theils als Wiederaufnahme[7]) derſelben; 5) theils gegen nicht Angeſtellte, theils gegen Staats-Beamte[8]) — nie Anklage-Prozeß[9]).

§. 5.

Aehnlichkeit und Verſchiedenheit des Criminal- und Civilprozeſſes.

Civil- und Criminal-Prozeß ſind beide Haupttheile des Prozeßrechts, die Grundlage der richterlichen Entſcheidung ſtreitiger Gegenſtände, beſtimmt zu Erforſchung der Wahrheit und Erörterung von Gründen und Gegengründen nach gewiſſen Normen, und

5) ebd. art. 441—456.

6) ebd. art. 410—431 und 465.

7) ebd. art. 387—400.

8) ebd. art. 432—440.

9) Scheinbare Ausnahmen 1) in dem Beygeben eines Anklägers beym Standrecht. ebd. art. 446. 2) in dem Erforderniß der Klage oder Denunciation des beleidigten Theils in den Fällen a) der Entführung, wenn die Ehe vollzogen wurde, Bayr. Strafg. I. art. 201. Anm. II. S. 84 fg. b) des Ehebruchs, ebd. art. 401. c) des Familiendiebſtahls. V. vom 25. Merz 1816. art. XII. Reg.Bl. 1816. S. 145. Doppelmayr Sammlung S. 64 fg. — Anders im Verfahren jenſeits des Rheins. Vergl. Code d'instr. crim. 1809. Berriat st. Prix cours de droit criminel pag. 20. — action publique, — civile. — Oeffentlichkeit. Mündlichkeit.

nach meiſt übereinſtimmenden Regeln der Beweisführung; beyde umfaſſen die Haupt-Abſchnitte der Verhandlung [1]), des Erkenntniſſes und der Vollziehung.

Verſchiedenheit zeigt ſich in dem *Gegenſtand*, der im Civil-Prozeß der Verfügung der Parteien überlaſſen bleibt, und gewöhnlich nur dieſe intereſſirt, im Strafprozeß aber größtentheils unveräuſſerliche Rechte der Menſchen umfaßt, bey deren Entſcheidung der Staat weſentlich betheiliget iſt; — in der *Verhandlung und Beweisführung*, weil es im Civil-Verfahren genügt, diejenige juridiſche Wahrheit erforſcht zu haben, welche die Theile als ſolche anerkennen dürfen, im Criminal-Verfahren aber, ſo weit menſchliche Kräfte reichen, wirkliche materielle Wahrheit zu entwickeln iſt, welche nicht einmal im Anklage-Prozeß [2]) entbehrt werden darf; — am meiſten in der *Form* des *gemeinrechtlichen* und *bayriſchen* *Unterſuchungs-Prozeſſes*, in welchem alle Verhandlung zwiſchen einem Kläger und Beklagten wegfällt, und alles Verfahren nur von Amtswegen geſchieht, eben deswegen aber auch keine wahren [3]) peremtoriſchen Termine vorkommen, und der Schluß des Verfahrens

---

1) Im weitern Sinn. *Bauer* §. 5. *Mittermaier* Handbuch Th. I. S. 37 fg.

2) Nach dem Geiſt der P. G. O. art. 46. 47. 54. u. a.

3) Scheinbare Ausnahmen in teutſchen Provincial-Verordnungen, z. B. Mekl. Crim. O. 1817. §. 53. Anhalt. Erläut. 1822. p. 143. §. 4. — Bayr. Strafg. II. art. 19. Nr. 7. 100. 103. 127. 147. 152. 345. 363. 371. 381.

nur durch die Unmöglichkeit, mehr und beſtimmteres, weſentliches zu erfahren, ſich ergiebt.

§. 6.

Hauptmomente und Perioden der Geſchichte [1]), A. des teutſchen Criminal-Prozeſſes.

I. Aelteſte Zeiten bis zur Völkerwandlung, ohngefähr 50. v. Ch. G. — 987 nach Ch. — Gänzlicher Mangel an geſchriebenen Geſetzen und Formen. Jeder Familien-Vater iſt im Kreiſe ſeiner Familie Geſetzgeber und Richter. Ohne die Form des Staats handeln die Völker in Nationalverſammlungen, wählen dort Richter und Beyſitzer, und beſtrafen Capital-Verbrechen, mit dem Tode des Freyen, nur bey Verbrechen, die die Nation gefährden, in allen andern Fällen nach einer gewiſſen Taxe, Währung, auf Antrag der Verwandten des Beſchädigten gegen den Friedebrecher [2]). — Spuren der Ordalien und des Kampfgerichts.

---

1) Vgl. v. Wendt Grundr. §. 2. — Eichhorn, teutſche Staats- und Rechtsgeſchichte. 4 Th. 1808—1823. — Henke, Eduard, Grundriß einer Geſchichte des peinl. Rechts, 2 Th. 1809. — Malblank, Geſchichte der P. G. O. 1783. — v. Feuerbach Betrachtungen über Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, 2 Bd. 1821. 1825. — Maurer, Geſchichte des altgermaniſchen und namentlich altbayriſchen Gerichtsverfahrens 1824. — Buchner, das öffentl. Gerichtsverfahren nach altdeutſcher, vorzüglich altbayeriſcher Rechtspflege. gr. 8. Erlangen 1825.

2) Caes. de B. G. I. 31. IV. 1—20. VI. 11—29. Tacit. de situ mor. et pop. germ. cap. 7. 11. 12. 21. 25.

II. Völk. Wand. bis zum Erlöſchen der Carolinger, 400—987. Die Gerichtsbarkeit wird geübt durch Richter und Schöpfen, welche das Urtheil finden, nach erhobener Klage. Den Beweis liefern Zeugen gegen den Verbrecher im Fall handhafter That (Ueberſiebnen), Eid des Beklagten, verſtärkt durch Conſacramentalen, Conjuratoren, Compurgatoren, und Gottesurtheile (Ordalien), die Proben des ſiedenden, des kalten Waſſers, des Feuers, die Kreuzprobe, das Loos, der geweihte Biſſen, das heil. Abendmahl, der Zweykampf und die Marter. Das Gericht wird öffentlich gehegt, meiſtens Dingſtag, unter freyem Himmel an heiliger Stätte in Gegenwart des Volks, d. i. der freyen Gerichtsgenoſſen, der Dingpflichtigen.

Geſchriebene Geſetze mehrerer Völker [3]), der Weſtgothen, Salier, Burgunder, Ripuarier, Alemannen, Frieſen, Angeln und Warnen, der Saſſen — enthalten in ſchlechtem Latein meiſt Verzeichniſſe von Geldbuſſen, mit denen der Friedebrecher Verletzungen des Eigenthums oder der Perſon büßt. Noch immer höchſt ſeltene Todesſtrafen, nur wegen Hochverrath, Aufruhr, Beleidigung der Majeſtät — als Folge des erhöhten königlichen Anſehens. Synodal- und Sendgerichte der Biſchöffe geben das erſte Beyſpiel des inquiſitoriſchen Verfahrens und legen den Grund zu dem nachherigen Unterſchied zwiſchen General- und Special-Inquiſition. Die peinliche Gerichtsbarkeit iſt als

3) Georgisch, corp. iur. germ. antiqui.

Blutbann Vorrecht der Könige, welches ſie theils unmittelbar, theils durch Beamte [4]) ausüben.

III. Erlöſchen der Carolinger bis zu Errichtung der P. G. O. 987—1532. Die Geſetze der vorigen Periode werden vergeſſen, an ihre Stelle tritt Autonomie der Richter und Schöpfen. Man fängt an, wichtige Urtheilsſprüche aufzuzeichnen, und ſo entſtehen Rechtsbücher, Sachſenſpiegel, Richtſteig, Schwabenſpiegel, Kaiſerrecht — zum Theil zu Erhaltung teutſcher Rechtsgewohnheit, zum Schutz gegen das Eindringen fremder Rechte durch teutſche Zöglinge der Schulen (Univerſitäten) Italiens. Die Sammlungen enthalten Civil- und Criminal-Recht und Verfahren gemiſcht, meiſt Erſatz und Bußen, zum Theil nach dem Stande des Beſchädigten. Auf Leib und Leben, zu Haut und Haar wird geklagt um Ungericht, d. h. Verbrechen des Diebſtahls, aller Arten Gewalt, Ketzerey, Zauberey, Giftmiſchen, Friedebruch. Der Kaiſer übt die Gerichtsbarkeit anfänglich noch überall ſelbſt, ſpäter aber nur über der Fürſten Leib, Ehre und Leben; in andern Sachen wendet man ſich an den Hofrichter (iudex curiae) ſeit 1235, mit welchem Kaiſerliche Hof- und Landgerichte in den Provinzen, und für die Dauer des Landfriedens

---

4) Capellani (apocrisiarii), missi dominici (missi regii, missi palatii, palatini, de palatio), comites (iudices), scabini, rachimburgi, rathinburgi, sachibarones, vicecomites, vicarii, centenarii, decani — aduocati, vicedomini.

Friedensgerichte concurriren. Der Gebrauch der Ordalien dauert fort und mehrt ſich durch Bahrrecht und Wägen der Hexen. Die Kaiſerliche peinliche Gerichtsbarkeit leidet Beſchränkung durch die allmählig ſich ausbildende Landeshoheit, erhält ſich aber am längſten in den weſtphäliſchen Freygerichten [5]). Der Landfriede wird 1495 ein beſtändiger, das Kaiſerl. und Reichs-Kammergericht 1495 und ein Kaiſ. Reichs-Hofrath 1501 üben concurrente Jurisdiction auch in peinlichen Sachen.

IV. Errichtung der P. G. O. bis zu Anfang des 18. Jahrh. 1522—1700. Vorbereitet durch die von Johannes Freyherr von Schwarzenberg [6]) verfaßte Bamberger [7]) und Brandenburger peinliche Geſetzgebung [8]) erſcheint Kaiſer Karls V. und des heil. römiſchen Reichs peinliche Gerichtsordnung [9]), ausgezeichnet durch zeitgemäße Beſtimmungen über Beſetzung der Gerichte [10]), Begründung

5) Vehmgerichte — nicht heimliche, ſondern oberſte (fahm, faim). Eichhorn §. 418 fg.

6) Biographiſche Notizen über ihn, ſ. in Chriſt, Roßmann, Longolius, Strobel, Böttcher, angeführt in Malblank a. a. O. S. 113 f. Henke a. a. O. Th. II. S. 5. 6. — Sein Bildniß nach Albrecht Dürer in Holzſchnitt vor ſeiner Ueberſetzung der Officia M. Tull. Cic. 1531. fol. — Von ſeiner Ruheſtätte auf dem Johannes-Kirchhof bey Nürnberg, ſ. der Sammler für Kunſt und Alterthum in Nürnberg. Hft. 2. 1825. S. 100 fg.

7) 1507. 8) 1516. 9) 1532.

10) P. G. O. art. 1.

der Verurtheilung, die nie auf bloſſen Verdacht erfolgen ſoll [11]), vorſichtiges Einleiten des Strafverfahrens [12]), Zulaſſung der Unterſuchung von Amtswegen neben der Anklage [13]), ſorgfältige Beurtheilung der Verdachtsgründe [14]), Beſchränkung der Folter [15]), genaue Erforſchung der Wahrheit durch gründliche Erhebung des Thatbeſtands, Augenſchein, Sachverſtändige und umfaſſende Zeugenvernehmung [16]), vollſtändige Vertheidigung [17]), gewiſſenhaftes Rathserhohlen bey Oberhöfen, unmittelbarer Obrigkeit, hohen Schulen und andern Rechsverſtändigen [18]) — Vorſchriften, welche nur zweckmäßig, dem Geiſte des Geſetzes treu, angewendet zu werden brauchen, um vollkommen zu genügen [19]), die aber damals und ſpäter oft höchſt unzweckmäßige Anwendung finden [20]). Die Geſetzgebung der Kurfürſten und Stände bleibt, dieſes Reichsgeſetzes ungeachtet, noch thätig, in Folge der dieſem beygefügten ſalvatoriſchen Clauſel. Die Praxis bildet allmählig ein von der Carolina abweichendes Verfahren, in welchem Jahrhunderte lang Mißbrauch der

---

11) art. 20. 22.

12) art. 6—15. 13) art. 6. 88—188. 214.

14) art. 18—44. 15) art. 45. 46. 53. 58 fg.

16) art. 6. 54—77. 17) art. 47. 88 fg.

18) art. 203. 219. 19) ſ. Sammler a. a. O. S. 104.

20) Peinliche Acta contra Georg Möhreln von Ambergh verobet in des WohlEdlen N. N. vff. N. Obergerichten anno 1635. — VERLOHRNER Consilia seu responsa academico-criminalia. 1725. 4. pag. 7—9.

Tortur, Hexenglaube, und Irthümer aller Art der Ausübung des Criminalrechts die traurigſte Geſtalt geben.

V. Anfang des 18. Jahrh. bis jetzt 1700—1825. Erſt dem philoſophiſchen Jahrhunderte, dem ernſten Kampf eines Thomaſius gegen die Hexenprozeſſe, dem Beyſpiel Friedrichs II. von Preußen, der die Tortur 1740 beſchränkte, 1754 aufhob, der allmähligen Trennung unterſuchender und erkennender Gerichte, der für die öffentliche Sicherheit wohlthätigen Eintheilung Teutſchlands in größere Territorien, der Verbeſſerung öffentlicher Gefängniſſe, und der wiſſenſchaftlichen ſorgfältigen eigenen Behandlung der Criminal-Prozeßlehre, ſo wie den Vorarbeiten für Herſtellung öffentlicher Gerichte war und iſt es vorbehalten, Licht und wahre Gerechtigkeit dem Strafverfahren zu geben.

§. 7.

B. Der Bayriſchen [1]) Criminal-Prozeß-Geſetzgebung.

Sind Cäſars Boii, Vorfahren der jetzigen Bayern, ſo verdient das Zeugniß dieſes Feldherrn für ſie bleibendes Andenken: „quod egregia virtute

---

1) Auſſer den Werken von Weſtenrieder, Feßmaier, Zſchokke, Buchner u. a. — Klemm Verſuch einer Geſchichte der bayeriſchen Geſetzgebung 1802. — Lipowsky Geſchichte des bayeriſchen Kriminalrechtes 1803. — Rudhard, J., Geſchichte der Landſtände in Bayern 1816. 2 Bände.

erant cogniti" [1]). Die Baiuwarii theilten mit andern teutſchen Völkern die Form der Gerichte, und die Schickſale der frühern Geſetzſammlungen; ſpäter iſt es mehr der ſpezielle Inhalt einer durch mehrfache Erneuerung und Vollſtändigkeit ausgezeichneten Geſetzgebung, welcher paſſende Abſchnitte in der Geſchichte des bayr. Criminal-Verfahrens bezeichnet. Dadurch ergeben ſich folgende Perioden und Hauptmomente:

I. Aelteſte Zeiten bis zu Karl d. Gr. und Thaſſilo, 587. v. Chr. Geb. — 788 nach Chr. — Gegen das Ende der Periode die erſte bayriſche Geſetz-Sammlung, Leges Baiuwariorum, vielleicht von König Dagobert [2]).

II. Von Karl und Thaſſilo bis Kaiſer Ludwig den Bayer 788 — 1346. Anfänglich die LL. Baiuw. in ihrer jetzigen lateiniſchen Geſtalt [3]). Am Ende die Privatſammlung, Rechtbuch des Ruprecht von Freyſing [4]) und Ludwig's des Bayer Gerichtsordnung 1340 [5]).

---

1) Caes. de B. G. I. 28.

2) Die Vorrede, wahrſcheinlich neuer, benennt ſeine Beamten Claudius, Chalus, Indus, Magnus, Agilolfus; ſiehe jedoch Feßmaier Geſchichte S. 561.

3) Georgisch Corp. iur. germ. ant. pag. 249 — 324. Sterzinger in den Abh. der bayr. Akad. d. W. I. S. 135 f. Mederer Beyträge zur Geſchichte von Bayern, oder älteſtes Geſetzbuch der Bajuwarier. Ingolſt. 1793. Winter Vorarbeiten 1809. II. Abh. 1. derſelbe über die älteſten Geſetze Bajuwariens 1813.

4) Weſtenrieder acad. Rede 1802.

5) Lipowsky a. a. O. S. 143 f.

III. Ludwig d. B. bis zur P. G. O. Karls V. — Von Ludwig's Söhnen „nach ſeinem gebot vnd gehaizz" promulgirt das Landrechtbuch 1346 [6]), — nach der Stiftung der Univerſität Ingolſtadt durch Ludwig den Reichen 1472 — die Landes-Ordnung Herzog Georgs 1491 [7]), das Buch der gemeinen Landpote 1516, die Reformation der bayriſchen Landrechte 1518, die Gerichtsordnung für Ober- und Niederbayern 1520.

IV. P. G. O. Karls V. bis zu Maximilian Josephs I. Geſetzgebung 1532—1616. — Die peinliche G. O. Karls V. mit der Clauſel promulgirt, daß „Churfürſten, Fürſten vnd Stenden, an jren „alten wolhergebrachten rechtmeſſigen vnnd billi„chen gebreuchen, nichts benommen" ſey, hat weſentlichen Einfluß auf das Verfahren in bayriſchen Gerichten; auſſer ihr erhalten Geſetzeskraft [8]): eine Landesordnung von 1553, Declaration von 1557, der Bayr. Landesordnung weitere Erklärung von 1578.

V. Von der Geſetzgebung Maximilian Joſephs I. bis zu den Criminal-Geſetzen Maximilian Joſephs III. 1516—1751. — Landrecht, Polizey-Gerichts-Malefiz- und andere Ordnungen von

6) Heumanni opusc. iur. germ. 1747. p. 24—164.

7) Weſtenrieder, gloss. germ. lat. Nr. V. S. XXXIV f.

8) Die Carolina wird in verſchiedenen Stellen der Malefizordnung von 1616 zur Richtſchnur vorgeſchrieben, und behält nach den Kriegsartikeln vom 28. Febr. 1779. art. XV. in dem Verfahren der Militairgerichte Geſetzeskraft bis zum 1. Oct. 1813. Reg.Bl. 1813. S. 1049.

Ober- und Niederbayern 1616, in 9 Theilen[9]), wovon der neunte, Malefiz-Prozeßordnung, zum Theil Criminalrecht, meiſtens aber Criminal-Prozeß enthält, und ſich weſentlich auf die Carolina, auf welche die Blutrichter verpflichtet werden, gründet, daher auch die Vertheidigung des Angeſchuldeten als weſentlichen Prozeßtheil behandelt.

VI. Von den Criminal-Geſetzen Maximilian Josephs III. bis zu der Strafgeſetzgebung König Maximilian Josephs I. (IV.) 1751—1813. Codex iuris bauarici criminalis [10]) den 7. Oct. 1751. publicirt, in 2 Theilen, deren erſter Criminalrecht, der zweyte Criminal-Verfahren, und zwar ohne formelle Defenſion und ohne zweyte Inſtanz[11]), enthält. Dieſem Mangel begegnet Max. Joseph, der unvergeßliche, nach Aufhebung der Tortur[12]) durch An-

---

9) Promulgirt am Michaeli Abend 1616, wegen: „Veränderung der Zeit und Läuf, täglich zunehmender menſchlicher Boshaftigkeit und Haderſucht, auch mit unter laufender Negligenz deren zu den Gerichten und Rechten beſtellten Perſonen.“

10) Redigirt und commentirt von Wiguläus, Xaver, Aloys Freyherr von Kreittmayr auf Offenſtetten. — Vergl. Reingruber (jetzt Freyherr von Beguel), Abhandlungen über dunkle Civil-Geſetzſtellen mit der Biographie des Freyh. v. Kreittmayr 1814. S. 3—48.

11) Th. II. Kap. 10. §. 8. 14.

12) Mandat vom 7. Jul. 1806. — ſ. Feuerbach Themis No. V. S. 238—270.

ordnung von Defenſoren, und einer zweyten Criminal-Inſtanz bey dem Ober-Appellations-Gericht des Königreichs [13]), und bereitet eine allgemeine Strafgeſetzgebung vor durch Edict vom 27. Juli 1813 [14]) über Beſtrafung der Staats-Verbrechen und Einrichtung von Special-Gerichten.

VII. Von den Strafgeſetzen König Maximilian Joſephs I. (IV.) bis zu dem Regierungs-Antritt König Ludwig's I. 1813 — 1825. Das Strafgeſetzbuch für das Königreich Bayern [15]), vom 1. Oct. 1813 an geltend [16]), giebt im 2. Theil Beſtimmungen über den Prozeß bey Verbrechen und bey Vergehen [17]), ordnet nach dieſer Abtheilung, Gerichte, Inſtanzen, Verfahren und Rechtsmittel. Es erhält Berichtigungen durch zahlreiche Novellen [18]),

---

13) V. vom 31. December 1808. Reg.Bl. 1809. S. 55—62.

14) Grundlage der Art. 209—336. des Strafgeſetzb. 1813. Th. I. — ſ. Reg.Bl. 1813. S. 1393.

15) verfaßt von dem Staatsrath und Appellations-Gerichts-Präſidenten J. P. Anſelm Ritter von Feuerbach;

16) promulgirt am 16. Mai 1813. — Ueber den erſten Theil deſſelben, die Beſtrafung der Verbrechen und Vergehen enthaltend, ſind 3 Bände Anmerkungen, mit geſetzlicher Kraft publicirt den 19. Oct. 1813. Vergl. v. Wendt Grundr. §. 3. S. 6.

17) von dem poſitiven Begriff derſelben ſ. Strafgeſetzb. 1813. Th. I. art. 2. Anm. I. S. 71 fg. — v. Wendt Grundriß §. 12.

18) (Lithographirte) Sammlung der wichtigſten königlichen Reſcripte in Beziehung auf das Strafgeſetzbuch für das Königreich Bayern v. J. 1813. Fol. 2 Bände — bereits über

und die Bearbeitung einer neuen Straf-Gerichtsordnung wird zugeſichert bey Mittheilung eines neuen Strafgeſetz-Entwurfs [19]), der in zwey Theilen von Verbrechen und Vergehen, und von Uebertretungen handelt. Auch Einführung öffentlichen Verfahrens iſt während der letzten, dritten Ständeverſammlung zugeſagt, und die Erfüllung dieſer großen, wichtigen Zuſicherungen der weiſen Anordnung **Ludwig's** I. vorbehalten, der ſchon die erſten Momente ſeiner Regierung mit der Sorge für zeitgemäße, den Wünſchen der Nation entſprechende Reviſion der Geſetze bezeichnet [20]).

§. 8.

Quellen [1]) des Criminal-Prozeſſes.

Gemeines Recht. Einheimiſche Quelle iſt die P. G. O. Karls V. nebſt ſpätern Reichsgeſetzen [2]). Als Hülfsrecht ſind anwendbar die Grundſätze des ca-

---

200 Nummern enthaltend. — (Doppelmayr) Sammlung der Erläuterungen und Reſcripte über ꝛc. 1821. 2te Aufl. 1824.

19) Entwurf des Strafgeſetzbuchs. München 1822. S. XXIII. — mitgetheilt den Ständen am 25. Mai 1822, bearbeitet von den Staatsräthen von Gönner und von Stürmer.

20) Kabinetsbefehl vom 13. November 1825.

1) v. Feuerbach Lehrb. §. 8. Bauer Grundſ. §. 10. Martin Lehrb. §. 3. Stübel Criminal-Verf. §. 6—17. Tittmann Handb. §. 16. v. Wendt Grundr. §. 3.

2) v. Wendt a. a. O. S. 4.

noniſchen Rechts [3]), und die auf teutſches Verfahren paſſende Geſetze der Römer [4]); mit Vorſicht die Analogie des teutſchen Civilprozeſſes, eben ſo Gerichtsgebrauch und Gewohnheitsrecht, und nicht widerſprechende zweckmäßige Vorſchriften teutſcher und fremder Provinzial-Geſetzgebungen [5]).

Bayr. Proz. Ausſchlieſſende Quelle iſt das Strafgeſetzbuch für das Königreich Bayern von 1813 [6]) Th. II. nebſt den darüber erſchienenen Novellen [7]) und zum Theil auch den Anmerkungen über den erſten Theil [8]).

---

3) v. Wendt a. a. O. S. 4. — Beſonders Sext. Decretal. Lib. V. Mich. Godofr. Wernher de autoritate iur. can. in processualibus. Vit. 1750. — Glück praecogn. vber. iur. can. §. 54 sq. — Tittmann diss. de caus. iur. can. in iure crim. germ. 1798. — Eine zweckmäßige Chreſtomathie hierher gehöriger Stellen in Abegg, Grundr. zu Vorleſungen über gem. u. preuß. Crim. Proz. 1825. im Anhang.

4) Die wichtigſten Stellen des röm. Rechts in Abegg a. a. O. S. 189 fg.

5) Nach dem Princip erlaubter Zweckmäßigkeit. Martin §. 3. a. E. — Beyſpiele in vielen Anordnungen der bayr. Straf-Ger. O., welche auf gemeinen Prozeß paſſen, eben ſo in der Preuß. A. G. O. von 1793. und der Crim. O. von 1805.

6) ſiehe §. 7. v. Wendt Grundr. §. 3. S. 6.

7) ebend.

8) Z. B. Anm. II. S. 2—17. 120—133. 245—249 u. a. — Ueberhaupt aber nach dem Buchſtaben des Patents vom 19. Oct. 1813., wonach andere Hülfsrechte nicht exiſtiren. — Auf fremde Geſetzgebung in der Auslegung zu recurri-

§. 9.

Hülfskenntniſſe des Criminal-Prozeſſes.

Hierher gehören vor allem alle Hülfsmittel und Hülfswiſſenſchaften des Criminalrechts [1]), Philologie, Philoſophie, Pſychologie, Naturrecht, Geſchichte in ihrem ganzen Umfang, gerichtliche Arzneiwiſſenſchaft, Anatomie und Chemie, dann das Criminalrecht [2]), vergleichendes Studium der Geſetze [3]) und Gerichtsordnungen, Actenſtudium, Litteratur, Kenntniß des Menſchen und der Menſchen, der guten und der böſen, phyſiſche und ſittliche Bildung [4]), Uebung [5]).

§. 10.

Litteratur [1]).

Gemeines Recht. Den Strafprozeß behandeln Teutſchlands Schriftſteller meiſtens als Theil der

---

ren, tadelt ein Reſcript vom 22. Mai 1814. Lith. Samml. Nr. 42. — Doppelmayr S. 181.

1) v. Feuerbach §. 6. Bauer §. 11. Martin §. 4. Stübel §. 18. Tittmann §. 17.

2) Weſentlicher Zuſammenhang des Criminal-Verfahrens mit dem Criminalrecht. S. v. Wendt Grundriß §. 57.

3) v. Gönner Commentar über das königl. bayr. Geſetz vom 22. Jul. 1819. Vorr. S. 5.

4) Ueber die Univerſalität des juriſtiſchen Studiums. — Mehr hierüber öffentlich, ſobald Zeit und Kräfte es erlauben!

5) Theorie ohne Praxis?? — ſ. Kreittmayr ad Cod. civ. III. S. 112.

1) Siehe Böhmer, D. G. W., Handbuch der Litteratur des Criminalrechts. Gött. 1816. kl. 8. — Die Fortſetzung

ſummariſchen Prozeſſe, oder als Anhang des Criminalrechts. In erſter Art findet er ſich in Schaumburg, Claproth, Knorr, Danz u. a., in der zweyten in den Lehrbüchern von Gärtner, Böhmer, Engau, Meiſter, Koch, Paalzow, Klein, Grolman, Feuerbach, Salchow, Dabelow, in dem Handbuch von Tittmann. Als ſelbſtſtändige Darſtellungen gehören hieher

I. Lehrbücher für den gemeinen Criminalprozeß überhaupt:

Brunnemann, Anleitung zu vorſichtiger Anſtellung des Inquiſitions-Prozeſſes. Halle 1697. 4.

Ludovici, D. Jac. Friedr., Einleitung zum peinlichen Prozeß. Halle 1707. 4. 13. Aufl. mit Anmerkungen von J. G. Schlitte. 1770.

Pistorii, I. Ern., tract. de processu criminali, tam inquisitorio, quam accusatorio. Tubing. 1764. 8.

Meiſter, Ch. F. G., ausführliche Abhandlung des peinlichen Prozeſſes in Teutſchland. Gött. 5 Bände. 4. 1766—1775. — nach verändertem Plane fortgeſetzt von J. Ch. Eſchenbach. 6 Bd., auch unter dem Titel: Ausführliche Abhandlung der General-Inquiſition. Schwerin 1795. 4.

---

dieſes nützlichen Werks, welches in einem dritten Bande auch den Criminal-Prozeß betreffen wird, iſt baldigſt verſprochen, zu Böhmer's Ausgabe von Klein, Gedanken von der öffentlichen Verhandlung der Rechtshändel. Gött. 1825.

Hübner, Chriſt. Gotth., principia proc. inquisit. maxime ex sententia legum morumque in Saxonia electorali obtinentium. Lipsiae 1799. 8.

Bauer, D. Anton, Grundſätze des Criminal-Prozeſſes. Marburg 1805. 8. (Nächſtens eine zweyte Ausgabe zu erwarten.)

Bolley, H. E., theoretiſch-praktiſche Anweiſung zum Verfahren in Strafſachen. Stuttg. 1809. 2 Th. gr. 8.

Mittermaier, D. C. J. A., Handbuch des peinlichen Prozeſſes mit beſtändiger vergleichender Darſtellung des gemeinen teutſchen Rechts, und der Beſtimmungen der franzöſiſchen, öſterreichiſchen, preußiſchen und bayriſchen Geſetzgebung. 2 Bde. Heidelberg 1810. 1812. gr. 8.

Stübel, D. Chriſtoph Karl, das Criminal-Verfahren in den teutſchen Gerichten mit beſonderer Rückſicht auf das Königreich Sachſen. 5 Bände. Leipz. 1810. gr. 8.

Martin, D. Chriſtoph, Lehrbuch des teutſchen gemeinen Prozeſſes, 1812. 2. Ausg. Gött. 1820. gr. 8.

Henke, Eduard, Darſtellung des gerichtlichen Verfahrens in Strafſachen. Zürich 1817. 8.

II. Lehrbücher mit beſonderer Rückſicht auf Geſetze einzelner teutſcher Länder.

a) für Sachſen, auſſer Hübner und Stübel a. d. aa. OO.

Winkler, D. Gottfr. Ludwig, Handbuch

des ſächſiſchen peinlichen Prozeſſes. Leipzig, 1802. gr. 8.

b) für Lüneburg, jetzt Hannover [2]).

Puffendorf, Esai., introductio in proc. crim. Luneb. 1768. 4.

c) für Preuſſen.

Cavan, G. W. C., Anweiſung zu Criminal-Prozeſſen bey Civil- und Militairgerichten. Berlin 1805. gr. 8.

d) für Würtemberg.

Hofacker, D. Carl, ſyſtematiſche Ueberſicht des teutſchen gemeinen und des würtembergiſchen Strafprozeſſes. Tübingen 1820. gr. 8.

e) für Baden.

Donsbach, Verfahren und Prozeſſe der Untergerichte. Carlsruhe 1822.

III. Grundriſſe zu Vorleſungen.

Schweikart, Plan zu Vorleſungen über den teutſchen gemeinen Criminal-Prozeß in einer gedrängten Ueberſicht deſſelben. Marb. 1817. kl. 8.

Mittermaier, D. C. J. A., Grundriß zu Vorleſungen über das Straf-Verfahren nach den Beſtimmungen der teutſchen Geſetzgebung, und

2) Für das Königreich Hannover iſt 1825 der Entwurf eines Strafgeſetzes erſchienen, worüber Hr. Hofrath Bauer zu Göttingen Anmerkungen herausgeben wird. Ebenſo wird auch der Entwurf einer Criminal-Prozeßordnung erwartet.

nach dem franzöſiſchen Geſetzbuche. Bonn 1819. kl. 8.

Abegg, D. Jul. Friedr. Heinr., Grundriß zu Vorleſungen über den gemeinen und preußiſchen Criminal-Prozeß, mit einer Vorrede über die wiſſenſchaftliche Behandlung des Criminal-Prozeſſes, und einem Anhange, eine Chreſtomathie von Beweisſtellen enthaltend. Königsb. 1825. gr. 8.

§. 11.

Strafgerichtsbarkeit, Eintheilung und Arten[1]).

A. Gemeines Recht.

Strafgerichtsbarkeit, nicht die Criminal-Gewalt des Staats, ſondern die zu deren Ausübung öffentlichen Beamten gegebene Befugniß, iſt 1) nach ihrem Rechtsgrund von dem Staatsoberhaupt entweder a) durch Ertheilung eines Amts gegeben, iurisdictio criminalis administratoria, officialis, α) theils für alle Fälle, ordinaria, β) theils nur in einzelnen Fällen, extraordinaria, delegata[2]), b) oder als eigenes Recht verliehen, patrimonialis, theils α) verbunden mit einem gewiſſen Grund-Eigenthum, realis,

---

1) v. Feuerbach §. 495 fg. — Bauer §. 25 fg. — Martin §. 28 fg. — Stübel §. 49 fg. — Tittmann §. 614 fg.

2) Verſchieden von der römiſchen iurisdictio mandata, ſiehe Glück Erläut. der Pand. III. S. 235 fg.

β) theils einzelnen Familien oder Perſonen, personalis, γ) theils einer Communität, iure communitatis, ertheilt; 2) nach dem Verhältniß zu verſchiedenen Inhabern a) entweder einem allein, theils α) abgeſondert, separata, solitaria, β) theils ausſchlieſſend, priuatiua, b) oder mehrern α) theils gemeinſchaftlich, communis, β) theils concurrirend, simultanea, concurrens, gegeben; 3) nach dem Umfang entweder a) eine uneingeſchränkte, allgemeine, omnimoda, omnigena, illimitata, b) oder eine beſchränkte, limitata s. specialis, und zwar in Rückſicht α) der Beſtandtheile [3]) des Prozeſſes, unvollſtändige, minus plena, im Gegenſatz der vollſtändigen, plena, β) des Orts, wovon die Hof- Pfahl- Zaun- und Binnengerichte, iurisdictio circumsepta, die Straſſengerichte u. a. Beyſpiele ſind, γ) der Zeit — ſelten — δ) der Straf-Objecte, theils αα) hohe, eigentliche Criminal-Gerichtsbarkeit, alta s. superior, (Blutbann, Königsbann, Ungericht, oberſtes Gericht, das Haupt und Glieder anrührt, Vogtey, peinlich Gericht über Hals und Hand, Hochgericht, Obergericht, Halsgericht, Zent, hohe Zent, Fraiß, hohe Fraiß — die vier Hauptwrogen, Rügen, vier hohe Wände), theils ββ) Niedergerichtsbarkeit, inferior, bassa.

---

3) Die ſchon in der P. G. O. art. 7. 73. 91. 105. 124. 136. 219. angedeutete nothwendige Trennung unterſuchender und erkennender Behörden (letztere meiſt Spruchcollegia) iſt jetzt faſt überall eingeführt.

§. 12.

B. Bayriſche Gerichts-Verfaſſung.

Unterſuchung und Erkenntniß ſind getrennt; beyde verſchieden wegen Verbrechen und Vergehen. Die **Unterſuchung** wegen Verbrechen gebührt den Kreis- und Stadt-Gerichten, den Landgerichten, welchen Criminal-Jurisdiction und Aſſeſſoren oder Criminal-Adjuncte gegeben ſind [1], dann den Stadt- und Herrſchafts-Gerichten der Standesherrn [2]; die **Unterſuchung** wegen Vergehen eben denſelben, und auſſer ihnen auch den Landgerichten ohne Criminal-Gerichtsbarkeit [3]. Das **Erkenntniß** fällen über

---

1) General-Unterſuchung über Verbrechen können auch bloſſe Civilgerichte führen. V. v. 18. Febr. 1816. Lith. Samml. No. 123. Doppelmayr S. 143. — Ueber ihre Befugniß zu Zeugenvernehmungen. V. v. 31. Oct. 1813. Lith. Samml. Nr. 16.

2) Verf. Urk. vom 26. Mai 1818. Beyl. IV. §. 19. Geſ.Bl. 1818. S. 197. — Ueber den Begriff der Standesherrn ſ. Schunck Staatsrecht des Königr. Bayern I. §. 70 fg.

3) V. v. 29. Nov. und 12. Dec. 1813. Lith. Samml. Nr. 19—21. Doppelmayr S. 104. 234. — Den Herrſchaftsgerichten ſolcher Gutsherrn, welche nicht Standesherrn (ſ. Note 2) ſind, und den Patrimonial-Gerichten erſter Klaſſe ſteht nur die Ergreifung und vorläufige Verwahrung des Angeſchuldigten, den Patrimonial-Gerichten zweyter Klaſſe nur die Sorge für Erhaltung der Merkmale des Thatbeſtandes und für das Nichtentkommen des Thäters zu. V. U. vom 26. Mai 1818. Beyl. VI. §. 72. 73. Geſ.Bl. 1818. S. 247.

Verbrechen die Criminal-Gerichte, das Appellations-Gericht jedes Kreiſes in erſter, das Ober-Appellations-Gericht des Königreichs in zweyter und letzter Inſtanz; über Vergehen die Civilſtrafgerichte, die Appellations-Gerichte der Kreiſe in beyden Inſtanzen [4]).

§. 13.

Verhältniſſe der Criminal-Gerichte und der Strafſachen unter ſich.

Wo Unterſuchungs-Gerichte von erkennenden Behörden getrennt ſind, ſtehen jene zu dieſen, und dieſe, nach verſchiedenen Inſtanzen, im Verhältniß der Subordination [1]); ſo in **Bayern** die Unter-Gerichte zu den Appellations-Gerichten, dieſe zu dem Oberappellations-Gericht [2]); untere Gerichte wenden ſich in allen Fällen des Zweifels, nach **gem. R.** an höhere Gerichte oder an Spruchcollegien [3]), in Bayern nur an erſtere [4]), erhalten von erſtern auf Anfrage, oder von Amtswegen Weiſungen, Entſchlieſſungen, von bey-

---

4) Strafg. 1813. II. art. 12. 13, 15. 48. 49. 50. 479.

1) Martin §. 62.

2) Strafg. 1813. II. art. 16.

3) P. G. O. art. 7. 91. 147. 203. 219. v. Feuerbach §. 618. Bauer §. 232. Martin §. 30. 144. Stübel §. 31. 32 fg. Tittmann §. 815 fg.

4) Strafg. 1813. II. art. 16. Verordnung v. 26. Oct. 1813. 8. Apr. u. 30. Jul. 1814. 7. Mai, 30. Juni, 27. Jul. 1815. 22. Apr. 1816. Lith. Samml. Nr. 12. 39. 49. 91. 96. 97. 129. Doppelmayr Samml. S. 122 fg. 138.

den auf Anfrage Inſtructionen, Informatorien [5]); ſie ſelbſt ſind ſich coordinirt, communiciren mit einander und requiriren ſich [6]). Unterſuchungs-Sachen ſind dringende Geſchäfte, in welchen, wo Gefahr auf dem Verzuge haftet, weder Ferien, noch Geſchäftsſtunden gelten [7]), unter mehrern Criminalſachen aber diejenigen am meiſten, welche Verhaftete betreffen [8]).

---

5) Tittmann §. 816. — Beyſpiel ergänzender Verfügungen von Spruchcollegien erlaſſen, Urtheil des Schöppenſtuhl's zu Leipzig vom Sept. 1635. in der oben S. 11. Note 20. angeführten Sache. — Bayr. Strafg. 1813. II. art. 16. 98. 347. — V. v. 30. Aug. 1815. R. v. 25. Jun. und 2. Sept. 1816. Lith. Samml. Nr. 102. 141. 149. Doppelmayr S. 148 fg. 176. 228.

6) Martin a. a. O. — Bayr. Strafg. 1813. II. art. 17. 115. 207. 412. — Ueber die Form der Communicate. V. vom 26. Oct. 1813. 17. Febr. 1816. Lith. Samml. Nr. 96. 122. Doppelmayr S. 138. insbeſondere a) zwiſchen Landescollegien. V. vom 1. Nov. 1801. 15. Febr. 1802. 17. Jul. und 28. Nov. 1808. 17. Juni 1809. 6. Juni 1811. 13. Dec. 1815. 27. Merz 1817. Reg.Bl. 1801. S. 351. 1802. S. 100. 1808. S. 1674 und 2758. 1809. S. 1033. 1811. S. 772. 1817. S. 290. Geret Samml. V. S. 153. — b) zwiſchen Unter-Behörden. V. vom 24. Febr. 1812. und 21. Sept. 1818. Reg.Bl. 1812. S. 377. 1818. S. 1057. 1062.

7) P. G. O. art. 77. — Bayr. Strafg. 1813. II. art. 3. — Zweckmäßige Mittel, dieſe Beſchleunigung zu bewirken und zu erhalten. — In wieweit gehören dahin Prozeß-Tabellen und Tagebücher? — L. 5. C. de custod. reor. (IX. 4.) — Mittermaier Handb. I. S. 273 fg. 272 fg. — V. vom 13. Dec. 1808. 19. Sept. 1813. 14.

§. 14.

Verhältniſſe der Criminal- und Civil-Gerichte, der Criminal- und Civilſachen.

A. Gemeines Recht.

Das Zuſammentreffen von Civil-Anſprüchen und criminellem Verfahren kann in einer principalen, präjudiciellen, oder bloß incidenten Verbindung beſtehen. Die principale geſtattet getrennte Verhandlung beyder Gegenſtände, die präjudicielle fordert, daß derjenige Prozeß, für welchen der andere ein Präjudiz bildet, bis zu dieſes andern Entſcheidung ruhe. Aus der incidenten Verbindung entſteht wahre Connexität [1]). Ohne ſolche Verbindung geht in der Behandlung überhaupt die wichtigere [2]), daher gewöhn-

---

Apr. 1814. 13. Juni 1815. 4. Merz 1817. 13. Oct. 1818. — Reg.Bl. 1808. St. 53. 1815. S. 467 fg. Lith. Samml. Nr. 3. 188. Doppelmayr S. 139. 243 fg. — v. Gönner und von Schmidtlein's Jahrb. III. S. 244 fg.

8) arg. art. 77. d. P. G. O. und art. 451 fg. des bayr. Strafg. 1813. I. R. vom 14. Apr. 1818. Lith. Samml. Nr. 188. Doppelmayr S. 103.

1) L. vn. C. quando ciuil. act. (IX. 31.) L. 3. C. de ordine iud. (VII. 19.) — P. G. O. art. 12. 157. 201. 207. — Kleinſchrod, über das Verhältniß des Civil- und Crim. Proz. im N. Arch. des Crim. R. II. S. 257 fg. — v. Feuerbach §. 514 fg. — Bauer §. 66. — Martin §. 25. — Stübel §. 248 fg. 1327 fg. — Tittmann §. 647. — Zur gleichzeitigen Verhandlung dient der Adhäſions-Prozeß. Kleinſchrod Abh. III. Nr. XVI. S. 461 fg.

lich die Criminalſache, oft aber auch ein Civil-Prozeß, bey dem Gefahr auf dem Verzug haftet [3]), vor.

Aus der Verurtheilung im Civilwege folgt nur Wahrſcheinlichkeit, nicht Beweis und Rechtskraft für die Schuld im Criminal-Punct. Losſprechung und Verurtheilung im Criminalwege begründen aber Civil-Entſchädigungs-Recht vor dem ordentlichen Richter [4]).

§. 15.

B. Bayriſche Ordnung.

Criminalſachen gehen den Civilſachen vor, wenn nicht letztere präjudiciell ſind [1]). Das präjudicielle Civil-Erkenntniß iſt für die ſtrafrechtliche Klage vollgültig, wenn es auf Beweiſen beruht, welche auch im Unterſuchungs-Prozeß zuläſſig ſind [2]); eben ſo wirkt, ohne dieſe Beſchränkung, ein für die Civilfrage präjudicielles Straferkenntniß, mit Vorbehalt des weitern Civil-Beweiſes im Fall bloſſer Entlaſſung von der Inſtanz, und des Gegenbeweiſes für dritte Be-

---

2) Glück Erläut. der Pand. VI. S. 522.

3) L. 1. C. de appell. (VII. 56.) L. 7. C. ad L. Iul. de vi publ. (IX. 12.)

4) L. 7. §. 2. D. de accus. (XLVIII. 2.) L. 9. C. de accus. (IX. 2.) L. vn. C. quando act. civ. (IX. 31.) P. G. O. art. 99. 199. 201. — Stübel §. 3231.

1) Dahin gehört aber weder die prov. ex L. diff., noch eine Injurienklage. Bayr. Strafg. 1813. II. art. 3. 10.

2) ebd. art. 8. — Unterſchied der Beweisführung.

theiligte [3]). Ergiebt ſich in oder bey einer Civilſache hinreichender [4]) Verdacht eines Verbrechens oder Vergehens, ſo iſt der Unterſuchungs-Prozeß ſogleich zu eröffnen [5]). Eine durch Verbrechen oder Vergehen veranlaßte Civilklage wird als Denunciation [6]) behandelt. Das Strafverfahren und Erkenntniß erſtreckt ſich a) auf privatrechtliche Zwiſchenpuncte, b) auf Koſten, Wiedererſtattung, Schadens-Erſatz und Genugthuung, wenn die Inſtruction darüber verlangt und vollſtändig iſt [7]), c) auf Deſerviten der Vertheidiger [8]).

§. 16.

Verhältniſſe der Criminal- und Polizey-Gewalt.

Die Polizey [1]) hat Verbrechen und Vergehen zu verhindern, ihre Fortſetzung zu hemmen, und nach

---

3) ebd. art. 9.

4) ebd. art. 4. 59. 72 fg. 94 fg. 308 fg. — Vorſicht in Anwendung dieſer Vorſchrift, und Nothwendigkeit, bey der Einleitung jedes ſtrafrechtlichen Verfahrens zu prüfen, nicht blos, ob die That geſchehen, und ob hinreichender Verdacht gegen den Beſchuldigten vorhanden, ſondern auch, ob dieſe That geſetzlich als Verbrechen oder Vergehen zu betrachten ſey. —

5) ebd. art. 4.

6) ebd. art. 5.

7) ebd. art. 6. 7.

8) R. vom 27. Mai 1817. Nr. 4. Lith. Samml. Nr. 168. Doppelmayr S. 226.

1) Unterſchied der teutſchen Polizey von dem franzöſiſchen Amt der gerichtlichen Polizey (police iudiciaire) Code

der That die Strafgewalt zu unterſtützen, ſie iſt befugt die zu Erforſchung des Thatbeſtands, Entdeckung und Verfolgung des Thäters nöthigen gerichtlichen Handlungen vorläufig [2]) vorzunehmen; nach bayr. R. ſoll ſie dieſes aber nur in eilenden Fällen, darf nie das Verhör des Verdächtigen auf den Inhalt der Anſchuldigung erſtrecken, Zeugen nur im Nothfall vernehmen, und hat den Ergriffenen binnen 24 Stunden dem Unterſuchungs-Gericht auszuliefern [3]).

---

d'instr. crim. art. 8 sq. — Berriat St. Prix cours de droit crim. p. 20. Legraverend traité de la legislation crim. I. p. 134.

2) Mittermaier Handb. I. S. 258 fg. — Stübel §. 20. 24. — Tittmann §. 28. — Harl Handb. der Polizeywiſſenſchaft §. 110. 224 fg. — Lotz über das Unterſuchungs- und Beſtrafungsrecht der Polizey-Behörden im N. Arch. des Crim. R. III. S. 558 fg.

3) Bayr. Strafg. 1814. II. art. 18—21. V. vom 18. Febr. 1814. Doppelmayr S. 124. — Ueber die Befugniß zur Hausſuchung. V. vom 28. Merz und 31. Dec. 1815. und 28. Sept. 1820. Lith. Samml. Nr. 80. 119. Int.Bl. 1820. S. 907. Doppelmayr S. 180.

Darſtellung
des
Criminal-Prozeſſes ſelbſt.

Erſtes Buch.
Ordentlicher Criminal-Prozeß.
Erſter Titel.
Criminal-Gerichte.
Erſtes Kapitel.
Zuſtändigkeit der Criminal-Gerichte.

§. 17.

Ordentlicher Gerichtsſtand [1]).

Das gemeine Recht kennt nach der römiſchen Quelle als ordentlichen gemeinen Gerichtsſtand (for. ordin. commune) a) in der Regel nur den des begangenen Verbrechens (forum delicti commissi) [2]);

1) v. Feuerbach §. 510—517. — Bauer §. 56—64. — Martin §. 34—40. — Stübel §. 201 fg. — Tittmann §. 624 fg.

2) L. 7. §. 4. 5. L. 22. D. de accus. et inscr. (XLVIII. 2.) L. 7. D. de cust. reor. (XLVIII. 3.) L. 28. §. 15. D. de

die gemeinrechtliche Praxis aber, veranlaßt durch die ehemaligen teutſchen Territorial-Verhältniſſe, zählt noch hinzu die b) des Wohnorts (domicilii), c) der Herkunft (originis), d) und der Ergreifung (deprehensionis).

Das bayr. Geſetz läßt als ordentlichen Gerichtsſtand nur den des begangenen Verbrechens [4]) gelten, deſſen Begriff durch die Vollendung des Verbrechens beſtimmen, und bey dem Zuſammentreffen mehrerer Verbrechen die Prävention entſcheiden.

§. 18.

Auſſerordentliche Gerichtsſtände [1]).

A. Der Perſon.

Das gemeine Recht zählt hierher die Familien-Glieder des Regenten, fremde nicht regierende Für-

---

poenis (XLVIII. 19.) L. 14. C. ad L. Iul. de adult. (IX. 9.) Nov. 69. c. 1. Nov. 134. c. 5. — Ausnahmen L. 3. §. 13. D. de off. praes. (I. 18.) L. 1. vbi de crim. (III. 15.) — Vorzüge deſſelben. — Tittmann im N. Arch. des Crim. R. III. S. 151.

4) Bayr. Strafg. II. art. 22. — Mit ihm auch neuere Verordnungen in andern teutſchen Ländern, z. B. in Coburg, Verordn. v. 26. Juni 1816. Cob. Reg.Bl. 1816. St. 32. Opitz Real-Repertorium S. 93. — Würtemb. Org. Ed. Nr. IV. §. 207. l. Hofacker Ueberſ. S. 35. — Ausnahmen a) bey Mitſchuldigen. Bayr. Strafg. II. art. 24. — b) durch Verfügung der Obergerichte art. 26. — c) bey Vergehen art. 457.

1) v. Feuerbach §. 517. — Bauer §. 63 fg. — Mar-

ſten und Fürſtenmäßige, Standesherrn, höhere Staats-diener, Geiſtliche, Militairperſonen und akademiſche Bürger, dann nach dem Grundſatze einer Exterri-torialität fremde regierende Fürſten und Geſandte. Die bayr. Strafprozeß-Ordnung ſtellt a) Militair-Perſonen wegen gemeiner und militairiſcher Verbrechen vor die Militair-Gerichte[2]), b) Mitſchuldige aus dem Civil- und Militairſtande vor gemiſchte Gerichte[3]), c) Adeliche in Anſehung der Unterſuchung vor das Kreis-Gericht, in Rückſicht des Urtheils vor die Criminal-Gerichte erſter und zweyter Inſtanz[4]), d) erbliche Reichs-Räthe in Rückſicht der Unterſuchung und Ent-ſcheidung erſter Inſtanz vor die Appellations-Gerich-te[5]), e) Mitglieder ſtandesherrlicher Familien eben-ſo[6]), f) die Häupter der ſtandesherrlichen Häuſer nur in Bezug auf die Unterſuchung eben dahin, in Rückſicht des Erkenntniſſes vor ein Austrägal-Ge-richt[7]).

---

tin §. 39. — Stübel §. 261 fg. — Tittmann §. 638 fg.

2) Strafg. 1813. II. art. 27. §. 1.

3) ebd. §. 2. — V. vom 25. Dec. 1813. Lith. Samml. Nr. 24. Doppelmayr S. 128., womit ſämmtliche Ver-ordnungen zu §. 19. über Militair- und vermiſchte Sachen zu vergleichen ſind.

4) Strafg. 1813. II. art. 28. — Verf. Urk. vom 26. Mai 1818. Beyl. V. §. 11. Geſ.Bl. 1818. S. 217.

5) ebd. §. 11. S. 217.

6) Verf. Urk. Beyl. IV. §. 8. Geſ.Bl. 1818. S. 194.

7) ebd. S. 192 fg.

§. 19.

B. Der Sache.

Einen beſondern Gerichtsſtand der Sache (forum speciale causae) nimmt das gemeine R. an, a) theils nach verſchiedenen Objecten, meiſt provinzialrechtlich, bey Jagd- und Forſt-Freveln, Zoll-, Accis-, Poſt-, Stempel-, Steuer-, Lotterie-, Berg-Vergehen u. a., b) theils nur in einzelnen Ländern, nach dem Ort, z. B. Vergehen auf Land-, Heer-, Königs-Straſſen [1]. In Bayern kommen beſondere Gerichtsſtände der Sache vor a) bey Zoll- und Weggeld-Gefährden [2], b) Stempel-Uebertretungen [3], c) Lottocontraventionen [4], d) ehedem beym Wucher in Wechſeln [5], e) bey Verbrechen der Beam-

---

1) v. Feuerbach §. 517. — Bauer §. 62. — Martin §. 35 und 39. — Stübel §. 285 fg. — Tittmann §. 636. 6 7.

2) Geſ. vom 22. Jul. 1819. Beyl. III. d. Std. Abſch. Tit. VII. §. 57 fg. Geſ.Bl. 1819. S. 127 fg.

3) Stemp. Ordn. v. 18. Dec. 1812. §. 18 fg. Reg.Bl. 1813. S. 66 fg. — V. vom 26. Sept. 1822. Int.Bl. des Rez.Kr. 1822. S. 2323. — Geſetz die Stempelordnung betr. Beyl. V. d. St. Abſch. vom 11. Sept. 1825. §. X. Geſ.Bl. 1825. S. 185 fg. — Nov. z. G. O. I. 101. — Moriz, Nov. z. G. O. II. 85. III. 69. IV. 91.

4) Nov. z. G. O. I. 102. Moriz, Nov. z. G. O. II. 85. III. 70.

5) Vor den Wechſel-Gerichten. W. O. vom 24. Nov. 1785. §. 3. Lit. N. Mayr Gen. III. S. 60. — V. vom 19. Jul. 1787. §. 3. ebd. S. 131. — Moriz, Nov. zum Landr:

ten [6]), f) Polizeyſachen [7]), g) Beleidigung der Wachen und Gensdarmen durch Civilperſonen [8]), h) Begünſtigung der Deſerteurs und widerſpenſtiger Conſcribirter [9]), i) bey im Auslande oder gegen einen auswärtigen Staat begangenen Verbrechen der Inländer, weil hier dasjenige Gericht zuſtändig iſt, wo der Inländer ergriffen wird [10]).

S. 513. — Aufgehoben durch das Strafg. I. art. 261. 262. Anm. Bd. II. S. 250 fg. — und nochmals durch das Geſ. vom 11. Sept. 1825. Beyl. II. des Std. Abſch. §. 4. Nr. 3. Geſ.Bl. 1825. S. 43.

6) Strafg. 1813. II. art. 432—440. Nov. z. G. O. I. 118. Moriz, Nov. II. 99 fg.

7) Strafg. 1813. II. art. 2. 3. 36. 196. 253. 254. 259. 261. 275. 380. 381. 387. 397. II. 18—21. 127. 128. 130. 132. 153. 234. 416. Nov. z. G. O. I. S. 85. 93. Moriz, Nov. z. G. O. II. 49 fg. 58. III. 36 fg. IV. 65 fg. 80.

8) Verordn. vom 4. Nov. 1813., 24. Oct. 1814., 25. Merz und 29. Jul. 1815. Lith. Samml. Nr. 17. 79 und 98. Doppelmayr S. 128. 129. 133. — Kabin. Befehl vom 15. April 1817. §. 95. Reg.Bl. 1817. S. 359. V. vom 14. April und 3. Mai 1818. Lith. Samml. Nr. 189. 191. Doppelmayr S. 130. 131., Verf. Urk. vom 26. Mai 1818. Tit. IX. §. 7. Geſ.Bl. 1818. S. 136. 137. V. vom 23. Nov. 1822. Reg.Bl. 1822. St. 44. S. 1153 fg.

9) Conſcriptions-Geſetz vom 29. Merz 1812. Reg.Bl. 1812. S. 593 fg. 1017. — Militair. Strafg. vom 19. Aug. 1813. art. 13. 15—17. Reg.Bl. 1813. S. 1049. 1055. V. vom 19. Merz 1814. Lith. Samml. Nr. 37. Doppelmayr S. 129.

10) Bayr. Strafg. 1813. II. art. 30. — Abegg, über die

§. 20.

Colliſion der Gerichtsſtände und Jurisdictions-Conflicte [1]).

Die Colliſion entſteht uneigentlich zwiſchen gemeinen und beſondern Gerichtsſtänden (§. 18. 19.); denn letztere gehen natürlich vor. Bey Colliſion der gemeinen unter ſich entſcheidet ſpecielles Geſetz oder Vertrag, die Natur des Gerichtsſtandes, endlich das Zuvorkommen des einen, Prävention, in irgend einer, den Anfang der Unterſuchung bezeichnenden, richterlichen Handlung. Das bayr. Geſetz beſchränkt ſie auf Ladung oder Verhaftung, und auf die Concurrenz verſchiedener Gerichtsſtände der begangenen That [2]). Streitigkeiten inländiſcher Gerichtshöfe über den Vorzug oder über die Befreiung von Uebernahme einer Criminalſache werden von höhern Behörden, auch von Spruchcollegien entſchieden [3]); in Bayern erkennt das Obergericht im Streit der ihm untergebenen Untergerichte,

---

Beſtrafung der im Auslande begangenen Verbrechen. 1819. v. Kamptz Jahrb. 47. Heft 1821. S. 19 fg.

1) v. Feuerbach §. 514—516. — Bauer §. 65—69. — Martin §. 42. — Stübel §. 338—372. — Tittmann §. 631 fg. 646.

2) Bayr. Strafg. 1813. II. art. 22. §. 3. — Die Coburg. V. v. 26. Juni 1816. beſchränkt ſie auf die Concurrenz gleichſtraffälliger Geſetzwidrigkeiten, und dehnt ſie aus auf Verbrechen, die auf der Gränze verſchiedener Gerichte begangen wurden. Opitz, Realrep. S. 93.

3) Tittmann §. 632.

das Ober-Appellations-Gericht im Streit der Obergerichte oder der Untergerichte verſchiedener Kreiſe [4]). Colliſionen inländiſcher und ausländiſcher Gerichte können nur durch Vergleich oder Staats-Verträge oder Entſcheidung eines Bundesgerichts gehoben werden [5]).

§. 21.

Auslieferung [1]).

Die Verbindlichkeit inländiſcher Gerichte, unter ſich, Verbrecher auszuliefern, und ſie anzunehmen, gründet ſich auf den Vorzug der verſchiedenen Gerichtsſtände (§. 20.); Auslieferung an auswärtige Behörden iſt immer nur Ausnahme, veranlaßt durch Staats-Verträge. In **Bayern** findet Auslieferung a) eines Inländers ins Ausland ebenſo nicht ſtatt [2]), auch b) die Stellung der Inländer als Zeugen vor ausländiſche Gerichte nur ausnahmsweiſe [3]); c) die Requiſition um Auslieferung der Inländer aus dem Ausland ins Inland geſchieht auch ohne Anfrage bey den Miniſterien [4]). Ausländer werden wegen im Aus-

---

4) Bayr. Strafg. 1813. II. art. 25.

5) Tittmann §. 634.

1) v. Feuerbach §. 537. — Bauer §. 66—113. — Martin §. 41. 102. 104. 147. — Stübel §. 373 fg. — Tittmann §. 648. 649.

2) Strafg. 1813. II. art. 30.

3) V. v. 24. Nov. 1815. Lith. Samml. Nr. 109. Doppelmayr S. 171.

4) V. v. 17. Febr. 1816. Lith. Samml. Nr. 122. Doppelmayr S. 138.

land begangener Verbrechen dem Gerichte der begangenen That ausgeliefert [5]), an Oeſterreich aber nur nach Mittheilung erheblicher Verdachtsgründe [6]).

§. 22.

Perhorreſcenz und Recuſation [1]).

Alles, was einen Zeugen verdächtig macht, hat dieſelbe Wirkung gegen den Richter, und der Angeſchuldigte hat das Recht, ſeinen Richter zu perhorreſciren, worüber er aber nicht mehr zum Perhorreſcenz-Eide gelaſſen wird. Die Ablehnung der Spruchcollegien geſchieht wie in Civilſachen, gegen Landes-Juſtiz-

---

5) Ausgenommen, wenn das Verbrechen nicht an bayriſchen Unterthanen oder am bayriſchen Staat begangen wurde. Bayr. Strafg. 1813. II. art. 13. Pat. vom 19. Mai 1813. art. 4. Haben ſie im In- und Ausland Verbrechen begangen, ſo werden nur erſtere in Bayern unterſucht und beſtraft art. 32., von dem Gericht der begangenen That. art. 31. 32. V. v. 30. Jul. und 20. Aug. 1814. Lith. Samml. Nr. 49. Doppelmayr S. 138.

6) Als Reciprocum für eine K. K. öſterreich. Verordn. vom 14. Aug. 1808. Allgem. Zeit. 1809. S. 140. V. v. 22. Febr. 1812. Lith. Samml. Nr. 33. Doppelmayr S. 138. — Die Verordnungen und Verträge über Behandlung der Vaganten ſ. in v. Wendt Grundr. §. 23. S. 30.

1) v. Feuerbach §. 505. — Bauer §. 46. — Martin §. 40. 155. Note 1., vergleiche deſſen Lehrb. des bürgerl. Prozeſſes §. 57. 287. — Stübel §. 407. — Tittmann §. 664. 818. — J. M. Seuffert, vom Rechte des peinlich Angeklagten, ſeine Richter auszuſchließen 1787.

collegia hat ſie nur ſtatt, wenn die Perhorreſcenz-Gründe alle Mitglieder betreffen. Das bayr. Geſetz[2]) verlangt nur Beſcheinigung des Ablehnungs-Grundes, redet nur von Ablehnung einzelner[3]) Mitglieder eines Criminal-Gerichts, nennt die einzelnen Ablehnungsgründe, und verpflichtet jede Gerichtsperſon, bey welcher einer derſelben eintritt, dieſen ihrem Vorgeſetzten anzuzeigen, und ſich ihrer Amtsfunction zu entſchlagen.

Zweytes Kapitel.

Beſetzung der Gerichte.

§. 23.

I. Unterſuchungs-Gerichte.

A. Richter.

Das **gemeinrechtliche** Unterſuchungs-Gericht umfaßt einen Richter, zwey Beyſitzer, und den Gerichtsſchreiber[1]), und ſoll beſetzt werden mit „**frommen, erbarn, verſtendigen vnd erfarnen**

---

2) Bayr. Strafg. 1813. II. art. 33—36.

3) Vorbehalten iſt die Befugniß der höhern Inſtanz, ganze Unterſuchungen und das Erkenntniß darüber, andern als den ordentlichen Gerichten zu übertragen. ebd. art. 26. 374. §. 2. V. vom 25. Oct. 1813. Doppelmayr S. 139.

1) P. G. O. art. 46. 47. §. 2. art. 56. §. 2. art. 71. 91. 181. — v. Feuerbach §. 505. — Bauer §. 45—48. — Martin §. 43 und 60. — Stübel §. 402 fg. — Tittmann §. 662 fg.

perſonen, ſo tugendlichſt vnd beſt — zu bekommen ſein" [2]); die überdieß eidlich zu verpflichten ſind [3]); das bayriſche bilden ein Unterſuchungs-Richter und ein beeideter Actuar [4]), der erſtere eben ſo qualificirt wie überhaupt jeder Juſtiz-Beamte, daher auf ihn alle allgemeinen Verordnungen über Rechte und Pflichten der Staatsdiener, Indigenat [5]), Geſetzeskenntniß und wiſſenſchaftliche Bildung [6]), Integri-

---

2) „Darzu auch Edeln vnnd gelerten gebraucht werden mögen." P. G. O. art. 1. — vergl. L. 19. §. 1. D. de off. praes. (I. 18.) — Glück, Erläut. der Pand. Th. VI. S. 213. — Die perſönlichen Erforderniſſe ſind wie bey dem Civilrichter. Weislich verlangt die Mekl. Crim. O. vom 31. Jan. 1817. Th. I. §. 8. Kenntniſſe im Criminal- und Civil-Recht.

3) P. G. O. art. 3 fg.

4) Bayr. Strafg. 1813. II. art. 37. 38. 458. ohne Unterſchied zwiſchen Verbrechen und Vergehen. — Die Beeidigung darf nachgeholt werden.

5) Verf. Urk. vom 26. Mai 1818. Beyl. I. Geſ.Bl. 1818. S. 141 fg. — Moriz Nov. z. G. O. III. S. 114.

6) Qualification, Prüfungen und Amtspraxis der Rechtscandidaten. R. vom 21. Merz 1812., 16. Jul. 1816. und 16. Dec. 1817., 3. Oct. 1821. Reg.Bl. 1812. S. 541. 1816. S. 483. 1817. S. 1011. 1821. S. 939. — Wiſſenſchaftliche Bildung der Gerichts-, beſonders Collegial-Mitglieder. R. vom 8. Dec. 1810., 8. Febr. 1814. (nicht lith. und nicht gedr.) — Aufmunterung durch Beförderung. V. v. 21. Merz, 4. Sept. 1812., 10. Jan. 1814. 24. Jan. 1815., 15. Merz 1816. Reg.Bl. 1812. S. 541 fg. 1563. 1814. S. 83. 1815. S. 65. 1816. S. 133. — R. v. 15. Mai 1815., 18. Juni 1806. Moriz, Nov. III. 114.

tät[7]), eidliche Verpflichtung[8]), Amtscaution[9]), Geſchäftsordnung und Amtskleidung[10]), Entfernung von Privat- und auswärtigen Aemtern[11]), ſo wie von geheimen Verbindungen im weiteſten Sinn[12]) und dgl. Anwendung finden[13]).

§. 24.

B. **Beyſitzer.**

Die Beyſitzer, Schöpfen (scabini), ehedem Urtheiler, Urtheilsſprecher, Urtheilsfinder, Mitrichter, ſind jetzt nur Urkundsperſonen für die Unterſuchung, auch nicht Rechtsverſtändige, beſonders beeidet, in der Zahl von zweyen[1]). Das bayr. Geſetz erwähnt ſie,

---

7) Nov. z. G. O. I. S. 142. 145. Moriz, Nov. z. G. O. II. S. 148. — V. vom 9. Juni 1807. Reg.Bl. 1807. S. 1041. — v. Feuerbach Themis S. 185 fg. — Strafg. 1813. I. 355. 356. 443—448. Anm. III. S. 170—182. 330—350.

8) Nov. z. G. O. I. S. 141. Moriz, II. S. 144. 146. IV. 118.

9) Moriz, IV. 110.

10) ebd. III. 133—135. IV. 109.

11) Nov. z. G. O. I. 133. 135. Moriz III. 131. IV. 107.

12) ebd. III. 132. IV. 108.

13) Ueber die Befugniß der Rechtspracticanten und Acceſſiſten, als Unterſuchungs-Richter unter Aufſicht zu functioniren. V. vom 29. Sept. 1812. Reg.Bl. 1812. S. 1657 fg. — R. vom 3. Jun. 1813., 30. Aug. und 28. Sept. 1814. Lith. Inh. Note 5. 65. 71.

1) P. G. O. art. 1. 4. 56. 81. 91. 149. 181. 206. —

ohne ihre Zuziehung zu verordnen [2]), und wo ſie nach ausländiſcher Form beſtanden, wurden ſie abgeſchaft [3]). Von andern gerichtlichen Nebenperſonen, Defenſoren, Gerichtsärzten, Beichtvätern, ſiehe unten Tit. Kap. 3. und Tit. III.

§. 25.

C. Actuar.

Der Gerichtsſchreiber, Actuarius, Protocollführer; ſoll „inn den Sachen das peinlich gericht betreffend, fleiſſig auffmerken haben, klag vnnd antwurt, anzeygung, argkwon, verdacht, oder beweiſung, auch die vrgicht des gefangen, und wes gehandelt wirdet, getrewlich auffſchreiben, verwaren, vnd ſo es not thut verleſen" [1]). Seine Stelle kann durch einen Notar erſetzt werden.

---

v. Feuerbach §. 506. — Bauer §. 49. 50. — Martin §. 44. — Stübel §. 408—415. — Tittmann §. 667.

2) Bayr. Strafg. II. art. 34. 37. 458. mit Ausnahme des Standrechts. (§. 28. S. 48.)

3) In den ehemals öſterr. Landestheilen. V. vom 30. Merz 1813. RegBl. 1813. S. 459.

1) Nov. 73. c. 5. Nov. 82. pr. — c. 11. X. de probat. (II. 19.) c. 28. X. de test. (II. 20.) P. G. O. art. 1. 5. 46. 47. 56. 94. 181—191. 202. C. G. O. I. tit. 26—29. 59. 79. R. A. v. 1570. §. 68. — v. Feuerbach §. 507. — Bauer §. 51—53. — Martin §. 45. — Stübel §. 416—426. — Tittmann §. 668 fg.

Dieſelben Pflichten giebt ihm das bayriſche Geſetz und legt ihm gewiſſenhaftes Stillſchweigen auf [2]).

§. 26.

D. Gerichtsdiener u. d.

Subalternen [1]) des Strafgerichts ſind: der Gerichtsdiener, Pedell, adparitor, der Gefangenwärter, Gefangenaufſeher, commentariensis, der Gerichtsknecht, Büttel, Profoß, lictor, der Scharfrichter, Nachrichter [2]), carnifex, der Scharfrichterknecht, Henker, supplicii minister [3]). **Bayriſche** Verordnungen bezeichnen Gerichtsdiener [4]), Gerichtsdienerknechte [5]), Gerichtsknechte [6]), Gefangenwärter [7]), Scharfrichter, Scharfrichtergehülfen [8]) und Scharfrichterknechte [9]).

---

2) Bayr. Strafg. 1813. II. art. 40. — Die Abſicht des Geſetzes iſt nicht, daß ihm dictirt werde; — Cod. crim. v. 1751. II. 1. §. 4. unterſchied deswegen zwiſchen Gerichtsſchreibern und Kanzliſten der Dicaſterien.

1) v. Feuerbach §. 509. — Bauer §. 54. — Martin §. 48. — Stübel §. 427—436. — Tittmann §. 672.

2) P. G. O. art. 96. 97.

3) Verſchieden davon der Abdecker, Schinder, Caviller, excoriator.

4) Cod. iud. cap. 2. §. 9. V. vom 24. Merz 1802. Nov. z. G. O. I. S. 163.

5) V. vom 20. Sept. 1816. Moriz, Nov. IV. S. 127.

6) Bayr. Strafg. 1813. I. art. 25.

7) ebd. II. art. 55. 56. — Inſtr. v. 22. Jun. 1813. Reg.Bl. 1813. S. 793. Doppelmayr S. 256.

8) V. vom 22. Febr. 1814. Lith. Samml. Nr. 32. Doppelmayr S. 213.

9) Bayr. Strafg. I. art. 6.

§. 27.

E. Gefängniß-Anſtalten.

„Die gefengnuß“ ſollen „zu behaltung vnd nit zu ſchwerer geuerlicher peinigung der gefangen — gemacht vnd zugericht ſein. Vnnd wann auch der gefangen mer dann eyner iſt, ſoll man ſie — von eynander theylen“ [1]). Daſſelbe befiehlt die bayr. Str. G. O. [2]), erlaubt dem Gefangenen Beſchäftigung [3]), ordnet ſeine Koſt und übrige Verpflegung [4]), entfernt alle nachtheilige Mittheilun-

---

1) P. G. O. art. 11. 218. conf. L. 25. D. de poenis (XLVIII. 19.) L. 23. C. eod. (IX. 47.) L. 1. 3. 5. C. de custod. reor. (IX. 4.) — v. Feuerbach §. 531 fg. — Bauer §. 106 fg. — Martin §. 119. — Stübel §. 1707—1736. — Tittmann §. 703 fg. — Von dem Gefängniß als Strafe ſ. v. Wendt Grundr. §. 21. S. 26.

2) Bayr. Strafg. 1813. II. art. 51. 54. — V. vom 19. Juni 1814. Lith. Inh. Note 33. — Trennung der Kinder von ihren verhafteten Müttern, und polizeyliche Verſorgung der erſtern. V. vom 9. Jan. 1818. Lith. Samml. Nr. 184. Doppelmayr S. 153. — Trennung nach Ständen. Anm. Bd. I. S. 102.

3) ebd. art. 53. R. vom 19. Jul. 1816. (nicht lith. und nicht gedr.) V. vom 31. Jan. 1822. Reg.Bl. 1822. S. 97—110. Doppelmayr S. 274 fg. — v. Wendt Grundr. §. 24. S. 31.

4) Strafg. II. art. 52. — Inſtr. vom 22. Jul. 1813. Reg. Bl. 1813. S. 793. Doppelmayr S. 254. V. vom 23. Merz 1817. Doppelmayr S. 141.

gen [5]), und ſorgt für zweckmäßige Behandlung [6]), geſetzliche Controle derſelben und nöthige Aufſicht [7]).

§. 28.

II. Erkennende Gerichte.

Das teutſche erkennende Criminalgericht beſteht aus einem Richter und „nit vnder ſiben oder acht ſchöffen" [1]) in Sachen aber, „die nit zum todt oder (ewiger) [2]) gefengknuß ꝛc. — zum wenigſten — vier — vrtheylern oder ſchöffen" [3]). Die Anwendung hievon iſt in einzelnen Ländern verſchieden [4]), ebenſo die Anordnung der Inſtan-

---

5) ebd. art. 55. — Beſuch der Geiſtlichen. (P. G. O. art. 103.) V. vom 23. Febr. 1819. Lith. Samml. Nr. 198. Doppelmayr S. 142.

6) ebd. art. 56. — Reſcr. v. 24. Aug. 1814. Int.Bl. d. Iſarkr. 1814. S. 265 fg. — V. v. 11. Jun. 1816. Reg.Bl. 1816. S. 389. Doppelmayr S. 140. — Gebrauch der Feſſeln und Daumenſchrauben, als Ausnahme. ebd. und V. vom 7. Jan. 1818. Lith. Samml. Nr. 183. Doppelmayr S. 141.

7) ebd. art. 57. 58. v. Gönner und Schmidtlein, Jahrb. III. S. 28 fg.

1) P. G. O. art. 84.

2) P. G. O. art. 10. 101. — ſ. Roßhirt Lehrb. d. Crim. R. §. 73. Note 2.

3) P. G. O. art. 196. — ebenſo bey Verfügungen über das Beweisverfahren. art. 72.

4) Die jetzt beynahe allgemeine Trennung unterſuchender und erkennender Gerichte findet auch da ſtatt, wo beſondere Criminal-Collegia errichtet ſind, wie für Meklenburg in

zen[5]) nach Zahl[6]) und Qualität[7]). In **Bayern** (§. 12.) ſind nur die Appellations-Gerichte und das Ober-Appellations-Gericht erkennende Straf-Gerichte in Senaten von unabänderlicher[8]) Zahl, wozu bey Verbrechen im Appellations-Gericht ſechs[9]), im O. A. G. ebenſoviel, nur bey Capitalſtrafen[10]) acht[11]) Räthe, bey Vergehen im Appellations-Gericht als erſter Inſtanz vier[12]), in dem nämlichen

---

Bützow durch Crim. G. O. vom 31. Jan. 1817. §. 37. S. 23.

5) Von ihnen ſchweigt die P. G. O. ganz. — Vergl. v. Feuerbach §. 620. Note a.

6) In der Regel nur zwey. Von Oeſterreich, ſ. Geſ.B. 1803. §. 433 fg. — Preuſſen, Crim. O. 1805. §. 508 fg. — Königr. Sachſen, Stübel §. 176 fg. Winkler, Handb. §. 161. — Meklenburg, C. G. O. 1817. §. 49. O. A. G. O. vom 1. Jul. 1818. §. 41. Publ. Pat. de eod. §. 33. — Großherz. und Herz. Sachſen, Prov. O. d. gemeinſchaftl. O. A. G. zu Jena v. 8. Oct. 1816. §. 32 fg. — Anhalt, Erl. d. Anh. Land. O. vom 10. Jul. 1822. XIX fg. §. 14. 16. S. 148. — Vier freye Städte, Prov. G. O. des gem. O. A. G. 1820. §. 15., wobey Hamburg eine Ausnahme macht.

7) v. Feuerbach §. 503. 618. 620. — Bauer §. 41. 231 fg. — Martin §. 42. 140 fg. — Stübel §. 176—195. — Tittmann §. 905.

8) Bayr. Strafg. 1813. II. art. 50.

9) ebd. art. 12. 13. 48.

10) Anm. I. 13.

11) Strafg. II. art. 49.

12) ebd. art 12. 13.

als zweyter und letzter Inſtanz ſechs [13]) Räthe und überall ein Vorſtand (Präſident oder Director), ohne Stimmrecht [14]) gehören. Das Austrägal-Gericht über Verbrechen der Standesherrn (§. 12. Note 2. u. §. 18.), wird vom Könige in der Reſidenz aus Ebenbürtigen, oder, wo die geſetzlich [15]) erforderliche Zahl mangelt, aus den Reichsräthen unter Vorſitz eines O. A. G. Präſidenten in erſter, des Juſtizminiſters, als Großrichter, in zweyter Inſtanz, in beyden unter dem Re- und Coreferat zweyer O. A. G. Räthe mit bloß berathender Stimme [16]), angeordnet. Das Standrecht (Unterſuchungs- und erkennendes Gericht [17])), iſt mit fünf Richtern, drey aus Appellations- oder Stadt-Gerichten, und zwey vom Militair mit wenigſtens Hauptmanns-Rang, zwey Beyſitzern und einem beeideten Actuar beſetzt [18]).

---

13) ebd. art. 479.

14) Dagegen hat derſelbe die, jetzt auf Privat-Verbrechen und Vergehen beſchränkte Befugniß, Reviſion zu ergreifen. Strafg. II. art. 13. §. 3. art. 368. 369. V. vom 19. Merz 1816. R. vom 19. Sept. 1817. Reg.Bl. 1816. S. 129. Lith. Samml. Nr. 174. Doppelmayr S. 202—204. — conf. DE WENDT obs. ad ius bav. Sect. I. 1821.

15) Strafg. II. art. 13. §. 2. 48. 49.

16) Verf. Urk. vom 26. Mai 1818. Beyl. IV. §. 8. Geſ.Bl. 1818. S. 193. 194.

17) Strafg. II. art. 442. 449.

18) ebd. art. 445.

§. 29.

Aufſicht und Controle der Gerichte.

Der Mangel mehrerer Inſtanzen wird in der P. G. O. erſetzt durch das überall befohlne Rathſuchen „damit niemandt vnrecht geſchehe,“ auch „vnwiſſenheyt — nit entſchuldigen“ ſolle, und es ſind „des alſo Richter, ſchöffen vnd der ſelben oberkeyt — gewarnt.“ Mithin wird eine, das Criminal-Gericht belehrende Obrigkeit („Oberhofe — oberkeyt on alle mittel“) [1]), welche nöthigenfalls weiter fragt [2]), von jenem unterſchieden. Neben dieſer noch geltenden Anordnung tritt jetzt Aufſicht und Oberaufſicht über Unterſuchungs- und erkennende Behörden ein [3]), welche durch Viſitationen [4]), Criminal-Prozeß-Tabellen und Berichte [5]), genaue Prüfung eingeſendeter

1) P. G. O. art. 219.

2) ebd. art. 203.

3) Mittermaier Handb. I. S. 270 fg. — Tittmann §. 28. — v. Arnim Bruchſt. l. S. 121. 155. — Vergl. die oben §. 28. Note 7. angeführten Ordnungen, beſonders Preuß. C. O. 1805. §. 99—105. — Mekl. C. O. l. §. 37. 38. ll. §. 91 fg.

4) Bayr. Strafg. ll. art. 16. 58.

5) Siehe oben §. 13. Note 7. In Bayern auch durch Tagebücher Strafg. ll. art. 45. verbunden mit dem Actenverzeichniß. R. vom 19. Sept. 1813 und 14. April 1814. Lith. Samml. Nr. 3 und 188. Doppelmayr S. 139.

Acten [6]), Belehrung über Anfragen [7]) u. d. die unterorgeordneten Gerichte fortwährend controlirt [8]).

Zweyter Titel.

Verfahren.

Erſte Abtheilung.

Form der Prozeßhandlungen.

§. 30.

Protocolle.

„Eyn jeder gerichtsſchreiber ſoll — alle handlung, ſo peinlicher klag vnd antwurt halb geſchicht [1]), — was der beklagt — zu antwurt gibt [2]) — was ſolcher fürbrachten antzeygung halb — bewieſen wirt [3]) — was — gefragt, ermant vnd entlich geantwurt, auch was darauff alles

---

6) Strafg. II. art. 347.

7) ebd. II. art. 16. — ſ. die §. 13. Note 4. angeführten bayr. Verordnungen. Lith. Samml. Nr. 12. 39. 49. 91. 96. 97. 129. Doppelmayr S. 122. 138.

8) Controle durch Oeffentlichkeit! vergl. v. Feuerbach Betracht. (oben S. 7. Note 1.). Mittermaier, die öffentl. mündliche Strafrechtspflege 1819. — möglich auch nach jetzigen bayriſchen Geſetzen diſſeits des Rheins. Ein Verſuch der Ausführung in v. Wendt Beytr. zur juriſt. Prax. 1825. Hft. I. S. 56—58.

1) P. G. O. art. 181.

2) art. 182. 3) art. 183.

— erfaren vnd erkundigt wirt [4]), — wo — der beklagt — ſolche vrſachen die jn von der thatt entſchuldigen möchten, anzeygt, das ſelbig, auch alle vrkundt, kundtſchafft, weiſung, erfarung vnd erfindung derhalb [5]) — gar eygentlich, vnderſchiedlich vnd ordenlich aufſchreiben [6]) — vnd ſoll alwegen durch den ſchreiber jar, tag vnd ſtundt, darauff eyn jede — handlung geſchicht, auch wer jedesmal dabei geweſt ſei, gemelt werden, vnd er der ſchreiber ſoll ſich, daß er ſolchs gehort vnd beſchriben hab, mit ſeinem tauff vnd zunamen ſelbs auch vnderſchreiben [7])". Dies dehnt eine zweckmäßige Praxis auf die Unterſchrift der Richter und Beyſitzer, und ein vorſichtiger Richter auch auf die des Vernommenen aus [8]). Das bayr. Strafgeſetz verlangt noch auſſerdem [9]) wörtliche Aufzeichnung aller Fragen und Antworten [10]),

---

4) art. 184. 5) art. 187.

6) art. 181. 185. 7) art. 189.

8) v. Trützſchler Anweiſ. zur Abf. rechtl. Auff. Th. I. S. 13. 3. Ausg. (Kurſ. Erl. P. O. 1724. II. §. 6.) — Unterſchied der Protocolle von Regiſtraturen, nach ſächſ. Begriff. — Oeltze Anleit. zur ger. Prax. §. 19. — nach preuß. und fränk., Puchta, der Geſchäftsmann 1818. §. 98. — ſ. überhaupt Bauer §. 53—186. Martin §. 60. Stübel §. 419 fg. 2623 fg. 2980. Tittmann §. 688 fg.

9) II. art. 41 fg. — Unterzeichnung des Schreibens Unkundiger, vom Actuar allein beglaubigt. art. 43. §. 2. — vergl. preuß. A. G. O. I. 25. §. 63. preuß. C. O. I. §. 55.

10) In der erſten Perſon art. 42. §. 2. — die Fragen links,

Vermeiden alles Ausſtreichens, Zuſetzens und Verän-
derns [11]), Genehmigung der Zuſätze durch beſondere Unterſchrift des Vernommenen [12]), den Namens-zug [13]) des Unterſuchungsrichters am Ende jeder Seite aller Augenſcheins- und Verhörs-Protocolle, und Verbindung mehrerer Bogen durch Heftſchnur und Gerichts-Siegel [14]). Bey Verhören eines Verhafteten iſt die Frage, ob er mit ſeiner Behandlung zufrieden ſey [15]), bey Zeugenvernehmungen die Auferlegung des Stillſchweigens [16]) und bey Verhören jeder Art am Ende die Bemerkung, wie der Vernommene ſich benommen habe [17]) (Geberden-Protocoll), weſentlicher Beſtandtheil des Protocolls.

---

die Antworten rechts; bey Confrontationen die Frage in der Mitte, die Antworten links und rechts. art. 42. §. 1. art. 231. §. 1.

11) art. 42. §. 3. — Nöthige Unterlaſſung alles Radirens!

12) ebend.

13) Nicht ausgeſchrieben, aber deutlich und ſich gleichbleibend.

14) art. 44. — bey einzelnen Bogen ſeit 1812 ſchwarzer Stempel, nur bey mehreren Oblat oder Siegellak. vgl. Inſtr. f. die Vollz. d. Hypoth. Geſ. vom 13. Merz 1823. §. 8. Nr. 4. §. 9. Nr. 3.

15) Strafg. II. art. 57.

16) ebd. II. art. 217. (Cod. iud. cap. 10. §. 16. Nr. 6.)

17) ebd. II. art. 196. 216. 231. (Cod. iud. cap. 10. §. 16. Nr. 8.) vergl. P. G. O. art. 71. Oeſt. Geſetzb. 1803. §. 362. Preuß. C. O. 1805. §. 281. — Martin §. 60. 69. 130. Stübel §. 2183. Tittmann §. 782. Mittermaier

§. 31.

Verfügungen.

Prozeßleitende Decrete [1]), im Sinne des Civilproceſſes, kommen im Criminal-Verfahren ſelten vor, und ſind meiſtens Regiſtraturen über den ſchon beobachteten oder noch zu beobachtenden Gang des Verfahrens (Decreta ad acta), zweckmäßig als eigene Richtſchnur für den Inquirenten [2]), und als Erklärung der Gründe des Verfahrens von erkennenden und aufſehenden Behörden [3]). Sonſt kommen vor: Ladungen aller Art, Communicate und Requiſitionen [4]), Berichte [5]), Beſchlüſſe über Nebenhandlungen und Incidentpuncte, Cautionen, Editionen, Verfügungen zum Habhaftwerden des Beſchuldigten [6]), ergänzende Anordnungen der erkennenden Gerichte [7]), u. d. Ob

---

Handb. I. S. 718. — derſelbe im N. Arch. des Crim. R. I. 3. Nr. XII. S. 328 fg.

1) P. G. O. art. 72 fg. — v. Feuerbach §. 525 fg. 652. — Bauer §. 89 fg. 225 fg. — Martin §. 61. 62. — Stübel §. 1509 fg. 3084. — Tittmann §. 742. 816.

2) Beſonders bey Ueberhäufung mit mehreren gleichzeitigen Unterſuchungen oder Geſchäften überhaupt. A. M. iſt Martin a. a. O. Note 4. — Von dem dabey nöthigen Entwerfen eines beſtimmten Plans, ſ. Abth. 2. Kap. 3.

3) Nothwendiges Geheimhalten ſolcher Decrete während der Unterſuchung. Bauer §. 89.

4) ſ. §. 13.

5) ebend.

6) ſ. Abth. 2. Kap. 3.

7) Tittmann §. 816. Note 9. — Bayriſches Strafg.

der Inquirent allein, oder das geſammte Unterſuchungsgericht, oder nur die erkennende Behörde Verfügungen erlaſſen könne, hängt von jedes Gerichts Verfaſſung ab. Communicate werden gewöhnlich von dem Gerichtsvorſtand unterzeichnet. Der bayr. Inquirent führt die Unterſuchung nach ſeiner Einſicht und darf nur über zweifelhafte und präjudicielle Verhandlungen im verſammelten Gericht vortragen [8]).

§. 32.

Behandlung und Aufbewahrung der Acten [1]).

Der Gang der Unterſuchung oder Verhandlung und das Erkenntniß werden erleichtert durch ordentlich geführte, ſauber gehaltene, ſicher verwahrte, chronologiſch geordnete und, bey Concurrenz von Verbrechen oder Verbrechern, — der beſondern Beſchaffenheit jeder Sache angemeſſen, — in verſchiedene Bän-

---

II. art. 347. 374. und die oben S. 27. Note 6. angef. Verordn.

8) Reſcr. vom 30. Oct. 1816. Sach-Reg. zur Lith. Samml. Bd. I. S. 28. voce Inquirenten. — Vergl. O. A. G. Entſchl. vom 7. Sept. 1812. (ungedr.) V. vom 10. Sept. 1816. Reg.Bl. 1816. S. 679. Moritz, Nov. z. G. O. III. S. 201 fg R. vom 9. Mai 1818. Gönner und Schmidtlein Jahrb. II. S. 205. — Von den Verfügungen, welche in Bayern dem erkennenden Gericht vorbehalten ſind, ſ. unten Abth. 2. Kap. 2. 3. — Strafg. II. art. 98. 104. §. 3. art. 136. 194. 347. 374. 399. 417.

1) P. G. O. art. 5. 189. Bauer §. 53. Hofacker Ueberſ.

de geſonderte [2]), geheftete [3]) und foliirte [4]), mit Rubrik, Actenverzeichniß [5]) und Regiſtern verſehene Acten. Die Sorge dafür iſt Geſchäft des Actuars [6]), der ſorgfältige und gewiſſenhafte Inquirent theilt ſie durch zweckmäßige Anordnung, Aufſicht und eigenes Mitwirken [7]).

S. 36. 37. Martin §. 59. Stübel §. 421. 426. 3147—3149. Tittmann §. 690. 691. — Bayr. Strafg. II. art. 45. 46.

2) Anwendung einer zweckmäßigen, logiſchen, nicht zu wenig, und nicht zuviel trennenden Separations-Methode. — Nachhülfe durch Ueberſichten und Regiſter über Verhöre, Zeugenvernehmungen, Thatbeſtände u. d. alphabetiſch, immer mit Rückſicht auf Spitz- und andere Bey-Namen, und chronologiſch.

3) Nicht durch den Buchbinder. R. vom 26. Oct. 1813. Lith. Samml. Nr. 13. Doppelmayr S. 168.

4) Foliirt müſſen auch nach Producten numerirte Acten werden, um brauchbar zu ſeyn, wenn ſie geheftet ſind. (Zu Strafg. 1813. II. art. 46.)

5) Allenfalls verbunden mit einem Tagebuch, wie in Bayern, nach V. vom 19. Sept. 1813. Lith. Samml. Nr. 3. Doppelmayr S. 139. — Vergl. S. 27. Note 7. — Oeſterr. Geſetzb. 1803. §. 346.

6) P. G. O. art. 5. — Bayr. Strafg. II. art. 40.

7) Unentbehrlich, um die zweckmäßige logiſche Ordnung, beſonders in Concurrenzfällen, zu erhalten, und weil der Plan des Inquirenten dabey Hauptrichtſchnur ſeyn ſoll. — Beyſpiele aus der Criminal-Praxis.

Zweyte Abtheilung.

Anklage-Prozeß.

§. 33.

A. Verfahren nach der P. G. O. Karl V. [1]).

Der Ankläger ſagt dem Richter zuerſt die Uebelthat und den gegen den Thäter obwaltenden Verdacht an, wird mit dem Angeklagten verhaftet oder leiſtet Caution, wenn nicht die That unbezweifelt iſt [2]). Der Richter erkundiget ſich fleißig „**ob die miſſethat — auch beſchehen ſei oder nit**“ [3]). Beſtätiget ſich die That und der gegen den Angeklagten erhobene Verdacht durch geſetzliche [4]), hinreichend erhobene [5]), factiſche Gründe, ſo wird der Läugnende, auf Antrag des Anklägers, zur Rede geſtellt und mit der Marter bedroht [6]), er jedoch auch aufgefordert, ſeine Unſchuld und beſonders ſeine etwaige Abweſenheit zur Zeit der That zu beweiſen [7]). Gelingt dieſer Beweis nicht, ſo wird gegen den Läugnenden mit der Marter verfahren, ſein darin erfolgendes Geſtändniß nach derſelben umſtändlich aufgenommen [8]) und über die Wahrheit

---

1) Eine vollſtändige, mit dem ſpätern Gerichtsgebrauch unvermiſchte, Darſtellung dieſes Verfahrens mangelt in den bisherigen Lehrbüchern. Hier konnten nur Grundzüge Platz finden.

2) P. G. O. art. 11—16. 3) art. 6.

4) art. 18. 24—44. 5) art. 23.

6) art. 45. 46. 7) art. 47. 8) art. 53.

aller Umſtände „mit allem Fleiß“ gefragt[9]; auch, wenn ſich die Umſtände des Bekenntniſſes nicht beſtätigen, die Marter wiederholt[10]. Gegen den läugnenden Angeklagten wird der Ankläger mit Beweis zugelaſſen[11], wozu zwey oder drey glaubhafte „von irem ſelbs eygen waren wiſſen, mit anzeygung ires wiſſen gründtlicher vrſach“ deponirende Zeugen genügen[12]. Der Ankläger tritt den Beweis an durch ſchriftliche Artikel mit Benennung der Zeugen und ihres Wohnorts. Die Vernehmung geſchieht „durch etliche aus den vrtheylern, oder aber andere verordnete Commiſſarien“[13]. Nach dem Zeugenverhör ſetzt der Richter zu Eröffnung der Kundſchaft Tag an und läßt ſchriftliche Einrede und Schutzrede zu[14]. Daſſelbe geſchieht von Commiſſarien. Beyde Theile erhalten Abſchrift, damit dieſe an die Sachwalter und beſonders an den Gefangenen gebracht werde. Was jeder Theil zu ſagen hat, reicht er „inn ſchrifften gezweifacht“ ein, die eine Schrift bleibt bey den Verhörern, die andere erhält der Gegentheil, ſeine Gegenſchrift darauf zu thun. Kein Theil hat

9) art. 48—52.

10) „denn je zu zeiten die ſchuldigen die vmbſtende der miſſethat unwarlich anzeygen vnd vermeynen, ſie wollen ſich damit vnſchuldig machen, ſo die erkundigung nit wahr erfunden werden.“ art. 57.

11) art 62. 12) art. 63—68.

13) art. 70 fg. 14) art. 73. §. 1.

mehr als zwey Schriften, nur „auß mergklichen treffenlichen vnd bewegenden vrſachen" eine dritte [15]). Eben ſo wird es mit der Weiſung gehalten, welche ein Beklagter zu ſeiner Entſchuldigung führt [16]). Alles Einbringen, den ganzen von dem Gerichtsſchreiber aufgezeichneten Inhalt der Acten, ſollen die Richter und Urtheiler vor dem endlichen Rechttag leſen hören [17]). Dieſer wird nach Antrag des Klägers oder auf Bitten des Beklagten benannt [18]), und an demſelben iſt jedem Theil auf ſein Begehren „ein fürſprech auß dem gericht — oder ſunſt" erlaubt; Redner aus den Schöpfen werden an ihren Eid erinnert, andere beſonders beeidet [19]). Sie reden öffentlich am endlichen Rechttag nach gewiſſen Formeln oder reichen ihre Anträge ſchriftlich ein, und bitten den Richter, ſolche „auß der eingelegten Zettel offentlich verleſen" zu laſſen [20]). Das Urtheil wird nach beſtimmter Form [21]) ſchriftlich gefaßt, und vom Gerichtſchreiber öffentlich verleſen [22]).

---

15) ebend. §. 2—4.

16) art. 74.

17) art. 81.

18) art. 78.

19) art. 88.

20) art. 89. 90.

21) art. 190—203.

22) art. 94.

§. 34.

B. Verfahren nach gemeinrechtlicher[1]) Praxis.

Die Anwendung des accuſatoriſchen Prozeſſes wird jetzt ſelten mehr vorkommen[2]). Wo beſondere Landesverordnungen mangeln, ſind, mit Ausnahme der Folter, die Vorſchriften der P. G. O. (§. 33.) und analog die des römiſchen und canoniſchen Rechts über Zulaſſung und Verpflichtung zur Anklage[3]), Ausſchluß

---

1) v. Feuerbach §. 646—651. — Bauer §. 249—255. — Martin §. 137. 138. — Stübel §. 589. 609—623. — Tittmann §. 678. 681. 923. 924. — **Bayern** hat keinen Anklage-Prozeß (§. 4. Note 9.), hatte ihn aber bis 1813 im Geſetz, nach Cod. crim. de 1751. II. 2. §. 1—9. und noch 1808 wurde im Iſarkreiſe pct. homicidii gegen einen Flüchtigen, der ſicheres Geleit erhielt, darnach verfahren.

2) Als fortwährend gültig erwähnt ihn in peinlichen und fiscaliſchen Sachen für Meklenburg die O. A. G. O. von 1818. §. 41. Nr. 1. vergl. mit der Crim. O. von 1817. Th. I. §. 3. — mit zwey Inſtanzen für Hamburg die proviſ. G. O. für d. gemeinſch. O. A. G. der vier freyen Städte §. 15. Abſ. 4. — Im Königreich Sachſen iſt er nicht ausdrücklich abgeſchaft, kam aber ſeit einem Kurfürſtl. Mandat von 1579 nach und nach außer Gebrauch. Winkler Handb. §. 17. (zwey ſpätere Fälle von 1632 und 1639 in Carpzov Pract. rer. crim: qu. 105. Nr. 83. qu. 106. Nr. 78.) — In Preuſſen trat an ſeine Stelle der fiscaliſche Unterſuchungs-Prozeß. A. G. O. I. 35. §. 34 —107.

3) L. 1. 2. §. 1. L. 8. 9. 11. pr. §. 1. D. de accus. (XLVIII. 2.) L. 15. §. 6. D. ad L. Jul. de adult.

einer Gegenanklage (recriminatio) [4]) und nothwendige Theilnahme des Anklägers an der Sache bis zu deren Schluß [5]) als geltend zu betrachten.

Dritte Abtheilung.

Unterſuchungs-Prozeß.

Erſtes Kapitel.

Veranlaſſung und Eröffnung der Unterſuchung.

§. 35.

Allgemeine Erforderniſſe.

Nicht die Möglichkeit, ſondern nur die Wahrſcheinlichkeit [1]), daß ein Verbrechen verübt worden ſey, giebt dem Richter die Befugniß, eine Unterſuchung einzuleiten. Die Veranlaſſung dazu, Grundlage der Unterſuchung, kann eine unmittelbare, oder mittelbare ſeyn [2]).

(XLVIII. 4.) L. vn. C. vt nemo inuitus (III. 7.) L. 13. 14. 15. C. qui accus. non poss. (IX. 1.) C. 7. 19. X. de accus. (V. 1.) — aber ohne inscriptio in crimen L. 7. pr. et §. 1. D. de accus. (XLVIII. 2.) — Inscription en faux des Code de proced. art. 218.

4) L. 5. pr. D. de publ. iud. (XLVIII. 1.) L. 19. C. qui acc. non poss. (IX. 1.)

5) Tit. D. et C. ad Sc. Turp. (XLVIII. 16. — IX. 45.)

1) P. G. O. art. 6. 11. — v. Feuerbach §. 625. — Bauer §. 82. — Martin §. 65—69. 122. — Stübel §. 688 fg. 2839. — Tittmann §. 732 fg. — Bayr. Strafg. II. art. 59.

2) ſ. §. 36 g.

§. 36.

A. Unmittelbare Veranlaſſung. — Eigene Wahrnehmung des Richters.

Wahrnehmungen des Richters im Gericht über ſtrafbare Handlungen, ohne Selbſttäuſchung, ſind vollkommen geſetzliche Veranlaſſung zu Eröffnung einer Unterſuchung, und das darüber ſogleich abgehaltene Protocoll hat volle Beweiskraft. Was aber der Richter auſſer dem Gerichte wahrnimmt, darüber iſt er nur einzelner Zeuge [1]). Das bayr. Geſetz erlaubt ihm, wenn er Umſtände, welche bloß den Anfang einer Unterſuchung begründen, beobachtete [2]), — nicht aber, wenn er Zeuge der That ſelbſt und über die Perſon des Thäters war, die Unterſuchung ſelbſt zu führen [3]).

§. 37.

B. Mittelbare Veranlaſſung [1]).

a) Selbſtangabe [2]).

Selbſtangabe des Verbrechers, als Geſtändniß, iſt nach den Erforderniſſen dieſes letztern zu beurthei-

---

1) v. Feuerbach §. 625. — Bauer §. 83. 84. — Martin §. 67. 81. — Stübel §. 2871. — Tittmann §. 740.

2) Seine Erfahrung hierüber hat er im Beyſeyn eines andern Gerichts-Mitgliedes auf ſeinen Amts-Eid zu Protocoll zu erklären. Strafg. II. art. 69.

3) ebd. vgl. oben §. 29. v. Grolman Grdſ. §. 463. Note 1.

1) C. 19. 21. §. 1. C. 24. X. de accus. (V. 1.) P. G. O. art. 6. 21. — Martin §. 67.

2) L. 1. §. 17 et 27. D. de quaest. (XLVIII. 18.) — v.

len, als Veranlaſſung der Unterſuchung aber immer hinreichend; dieſe beginnt neben vorläufigen Maßregeln zu Vermeidung der Flucht und für Erhaltung der Spuren des Verbrechens, mit vorſichtiger umſtändlicher Vernehmung des eignen Angebers, unter ſorgfältiger, allenfalls ärztlicher, Beobachtung ſeines Gemüthszuſtandes [3]), worauf möglichſt baldige Erhebung des Thatbeſtandes [4]) folgt.

§. 38.

b) Ergreifen auf friſcher That [1]).

Wird der Verbrecher auf friſcher That α) von dem Richter betreten, ſo iſt der Fall eigner Wahr-

---

Feuerbach §. 625. 626. — Bauer §. 83. — Martin §. 67. 72. — Stübel §. 2877—2886. — Tittmann §. 739. — Bayr. Strafg. II. art. 67.

3) Mittermaier Handb. I. S. 643 fg. — v. Wendt Grundr. §. 48. S. 63.

4) P. G. O. art. 54. — Strafg. II. art. 72. — Beyſpiele unwahrer Selbſtanzeigen und Bekenntniſſe mit und ohne Verſtandes-Verwirrung.

1) Begriff des delicti manifesti, beſonders bei Diebſtählen §. 3. J. de obl. quae ex del. (IV. 1.) L. 2—8. D. de furtis (XLVII. 2.) — (Beyſpiele in L. 7. D. quod met. (IV. 2.) L. 2. §. 2. L. 29. pr. D. ad L. Jul. de adult. (XLVIII. 5.) L. 54. C. de episc. et cler. (I. 3.) L. 4. C. de raptu virg. (IX. 13.) L. 16. C. de poenis (IX. 47.)) — der offenbaren handhaften That P. G. O. art. 16. 158. v. Grolman Grundſ. §. 184. 4te Aufl. — Tittmann §. 418. — Konopak im Arch. des Crim. R. V. 2. S. 147 fg. — des délit flagrant in dem weitern Sinn des Code d'instr. crim.

nehmung (§. 36.) — β) von einem andern, der ſolches anzeigt, der Fall einer Denunciation (§. 39.) vorhanden. Daher verfügt das bayr. Geſetz [2]), wie bey dieſer [3]), und läßt den Ergriffenen (proviſoriſch) verhaften [4]).

§. 39.

c) Denunciation [1]).

Zur Denunciation, — Anzeige eines Verbrechens in der Abſicht, daß der Richter daſſelbe von Amtswegen unterſuche, — iſt **gemeinrechtlich** bey einzelnen ſtaatsgefährlichen Verbrechen jeder Bürger [2]), ſonſt nur der Beamte, nach dem beſondern Verhältniß ſeiner Amtspflicht, verbunden; jeder aber, mit Aus-

---

art. 41 et 46. — **Wichtiger Unterſchied** zwiſchen der ſichtbaren Thát und der Qualität des Verbrechens. Mittermaier Handb. I. S. 527. vergl. oben §. 15. Note 4.

2) Strafg. II. art. 68.

3) ebd. art. 64.

4) ebd. art. 64. vergl. mit art. 97. Nr. 2 und 119.

1) Unterſchied der Denunciation von Anklage, Adhäſion, Diffamation, Gerücht. — Bauer §. 85. — Kleinſchrod Abh. I. IV. §. 3. 4. S. 267 fg. — überhaupt ſ. v. Feuerbach §. 625. 626. — Bauer §. 83. 85—88. — Martin §. 71. 124. Note 13. 14. — Stübel §. 2887—2911. — Tittmann §. 734. 736.

2) L. 5. §. 6. ad L. Jul. Mai. (XLVIII. 4.) L. 1. pr. C. de fals. mon. (IX. 24.)

nahme des Beichtvaters [3]), zugelaſſen. Das bayr. Recht verpflichtet die Unterthanen nur zur Anzeige oder Verhinderung ſolcher Verbrechen oder Vergehen, welche in deren Gegenwart vorbereitet oder angefangen werden [4]), Beamte aber in gewiſſen Fällen [5]) auch zur Anzeige der geſchehenen, Defenſoren nur zur Anzeige der bevorſtehenden [6]) Uebelthaten. Beyde Rechte fordern Beſtimmtheit, Ausführlichkeit, Wahrſcheinlichkeit der Anzeige, eine zeugentüchtige Perſon, welche aus eigenem Wiſſen deponirt, und ſorgfältige gerichtliche Aufnahme der Anzeige als Einleitung zu eben ſolchen Nachforſchungen über die Wahrheit derſelben [7]). Anonyme ſchriftliche Anzeigen veranlaſſen nur vorſichtige Erkundigung über Urheber und Quelle [8]).

---

3) Andres im N. Arch. des Crim. R. Bd. I. S. 556 fg. II. S. 151.

4) Strafg. 1813. I. art. 78. — mit Ausnahme der Blutsverwandten in auf und abſteigender Linie, leiblichen Geſchwiſter, Ehegatten und im nächſten Grade Verſchwägerten. art. 79.

5) Strafg. I. art. 74. IV. Anm. I. S. 208. art. 447. Anm. III. S. 345. R. vom 20. Aug. 1814. Lith. Samml. Nr. 47. Doppelmayr S. 234.

6) V. vom 24. Jan. 1815. Lith. Samml. Nr. 68. Doppelmayr S. 164 fg. — v. Wendt Grundr. §. 36. S. 46.

7) S. Note 1. zu dieſem §. und Quiſtorp Grundſ. d. teutſchen peinlichen Rechts, herausgeg. von Roß, 6te Ausg. 1821. III. §. 595. — Bayr. Strafg. II. art. 63—65.

8) ebd. art. 63. — a) Keine Cautions-Verbindlichkeit des jetzigen Denuncianten. Quiſtorp §. 594. — Tittmann

§. 40.

d) Klage des Verletzten.

Die Civil-Klage eines durch ſtrafbare Handlung Verletzten iſt geſetzliche Veranlaſſung zur Unterſuchung, ſobald ſie über ein Factum, was den Richter zum officiellen Verfahren verpflichtet, hinreichende Nachweiſung enthält, und wird daher als Denunciation behandelt [1]).

---

§. 736. — Bayr. Strafg. II. art. 65. §. 2. — b) Beeidigung des Denuncianten. Bauer §. 87. ſiehe unten §. 50. — c) Verſchweigung des Namens. Tittmann §. 736. Note r. — d) Belohnung des Angebers. — Püttmann de delatoribus criminum praemiis haud excitandis in ſ. opusc. iur. crim. p. 289. v. Soden Geiſt der peinl. Geſ. II. §. 476. Bauer §. 87. Note d. — Dagegen bayr. Strafg. II. art. 87. R. vom 21. April 1818. Lith. Samml. Nr. 190. Doppelmayr S. 146 fg. — Beyſpiele in d. V. vom 9. Aug. 1806. §. 18. Reg.Bl. 1806. S. 297., beſonders aber Strafg. I. art. 448. (vergl. Entw. 1810. art. 438. 1822. I. art. 170. — de Wendt obs. ad ius bav. S. II. not. 20. p. 11.) — e) Pasquille. Martin §. 70. Note 3.

1) Mittermaier Handb. I. S. 537—543. — B. Strafg. II. art. 4. 5. vergl. mit art. 59. 94 fg. 308 fg. — vgl. oben §. 15. Note 4. — Von der Glaubwürdigkeit des Verletzten als Zeuge ſiehe §. 50. Von dem Einfluß der frz. action civile auf eine action publique, ohne welch letztere kein eigentliches Criminal-Verfahren beginnt. Code d'instr. crim. art. 1—4. Berriat St. Prix Cours de dr. crim. p. 21 sq. — Legraverend Traité I. p. 7—67. Berenger de la iustice crim. p. 261—267.

§. 41.

e) Gerücht.

Gerücht [1]) — gleichartige Aeuſſerung Vieler über ein Factum — veranlaßt [2]) den Richter, dem Urheber deſſelben nachzuforſchen, die davon Wiſſenden und die Verbreiter als Zeugen, den Urheber aber als Verletzten (§. 40.) oder Anzeiger (§. 39.) zu vernehmen, und im Fall der Beſtätigung des Gerüchts der dadurch bezeichneten ſtrafbaren That und dem Thäter weiter nachzuſpüren [3]).

§. 42.

f) Notorietät.

Allgemeines Wiſſen einer ſtrafbaren That, Notorietät, enthebt den Richter der Pflicht, Beweiſe

---

1) Weſentlich verſchieden davon die clameur publique des Code d'instr. crim. art. 41. — der Fall des Ergreifens auf friſcher That durch die Menge. Code brumaire an IV. art. 63. CARNOT instr. I. p. 136.

2) C. 19. 21. §. 1. C. 24. X. de accus. (V. 1.) P. G. O. art. 6. 25. 218. — v. Feuerbach §. 626. — Bauer §. 83. 84. — Quiſtorp §. 593. — Stübel §. 2211 fg. 2870. 2919 — 2929. — Tittmann §. 737 fg. — Kleinſchrod im Arch. des Crim. R. IV. S. 3. 18. — Bayr. Strafg. II. art. 66. (Cod. iud. c. 12. §. 6.)

3) Gleichweit entfernt von Leichtgläubigkeit und von Unglaube. — Beyſpiel des erfolgreichen Nachforſchens nach der Veranlaſſung eines Weiber-Zanks, Pfiſter im N. Arch. des Crim. R. I. S. 36. und in ſeinen merkwürdigen Crim. Fällen V. 1.

über ihr Daſeyn zu den Acten zu bringen, nicht, erleichtert aber ihre ſchleunige Erfüllung [1]). Was gerichtskundig [2]) iſt, wurde auf ſolche Art ſchon bewieſen.

Zweytes Kapitel.

General-Unterſuchung.

§. 43.

Begriff und Zweck.

General-Unterſuchung [1]) begreift alle richterliche Handlungen, welche das factiſche und juridiſche Daſeyn einer ſtrafbaren That nachweiſen, und den wahrſcheinlichen Thäter erforſchen ſollen; ſobald aber eine beſtimmte Perſon, als der That ſpeciell beſchuldiget, vor Gericht geſtellt wird, iſt das Verfahren Special-Inquiſition im urſprünglichen [2])

---

1) P. G. O. art. 16. — Bauer §. 84. a. E. — Mittermaier Handb. I. S. 524—526. — Stübel §. 2207—2210. (Cod. iud. c. 12. §. 5.)

2) Stübel §. 2208. (Cod. iud. l. c.)

1) Meister princ. iur. crim. §. 368. — v. Feuerbach §. 624. — Bauer §. 76. 77. 89. — Martin §. 123. — v. Grolman §. 533 fg. — Mittermaier Handb. I. S. 410—432. 441—454. II. 1—9. — Quiſtorp Grdſ. herausg. v. Roß §. 593. (†)

2) „super excessibus alicuius personae singularis.“ Durand Spec. iur. III. 1. de inquis. §. 3. Nr. 4. 5. — Martin §. 123. Note 9. 11. — Vergl. c. 24. X. de acc. (V. 1.)

und natürlichen (weitern, materiellen) Sinn. Wo durch Landesgeſetze die Special-Inquiſition im engern (formellen) Sinn in **articulirter** [3]) Form der Verhöre des Inquiſiten, auch wohl der Zeugenvernehmungen, auf **ſchwere** Verbrechen, allenfalls nach gewiſſen Strafgraden [4]), beſchränkt wird, ſteht ihr das ſummariſche (nicht articulirte) Verfahren gegenüber, in welchem ſich aber ebenfalls General-Unterſuchung und Verfahren gegen ein beſtimmtes Individuum unterſcheiden laſſen. Dieſer natürliche, weſentliche und nützliche Unterſchied [5]) iſt auch in das bayr. Geſetz aufgenommen, und der Uebergang von der General-Unterſuchung zur Special-Inquiſition in der Regel dem Erkenntniß des Obergerichts vorbehalten [6]).

---

3) In **Meklenburg** als Regel für eigentlich peinliche Sachen. Crim. O. 1817. II. §. 23. — im Königr. **Sachſen** blos bey Capital-Verbrechen. Gen. vom 30. Apr. 1783. §. 8. — **Stübel** §. 2752. 2965. — **Winkler** Handb. §. 147.

4) So in **Preuſſen**, Decl. wegen Beſchl. der Crim. Proz. vom 17. Oct. 1796. Ansb. Int.Bl. 1797. Beyl. zu Nr. 3. §. 4. — **Eiſenberg** und **Stengel** Beytr. Bd. V. S. 202. — **Cavan** Anw. §. 229. — **Salchow** Lehrb. §. 622 fg. — Crim. O. 1805. §. 423—429. — in **Anhalt**, Erl. d. L. O. 1822. Tit. XIX fg. §. 8. S. 145.

5) A. M. **Tittmann** §. 683. — Den Namen nur verwirft **Stübel** §. 2746. — Vergl. **Klein**, **Kleinſchrod** und **Siewert** im Arch. d. Crim. R. I. S. 78 fg. III. S. 20 fg. V. S. 108.

6) Bayr. Strafg. II. art. 72 fg. 92—112. — Ausnahmen

§. 44.

Thatbeſtand.

Alle Umſtände, wodurch eine Handlung Verbrechen [1]) wird, ſind Thatbeſtand des Verbrechens [2]), corpus delicti [3]); er umfaßt daher nicht blos das factiſche, ſondern auch das juridiſche [4]) Daſeyn einer ſtrafbaren That und eines Thäters, ohne welchen keine That denkbar iſt. Wo die Handlung nicht erſt durch individuelle, perſönliche Verhältniſſe [5])

---

art. 97. — Bey Vergehen iſt General-Unterſuchung von der Haupt-Unterſuchung unterſchieden, und die Verfügung der letzten dem Unt. G. überlaſſen. art. 460. 467. — Instruction und examen des franz. Proz. Code d'instr. cr. art. 133. 192. 214.

1) Im weitern Sinn ſ. v. Wendt Grundr. §. 8.

2) Eigentlicher Thatbeſtand. — Daher iſt die Ausübung des Strafrechts ohne Thatbeſtand überall rechtlich unmöglich, und in jedem Lehr- und Geſetzbuch bey jedem einzelnen Verbrechen Feſtſetzung des Thatbeſtands das Wichtigſte, — vorzüglich daher die Behandlungsart in Meister princ. iur. crim. ed. 1—6. 1780—1819. und Martin Lehrbuch d. teutſch. gem. Crim. R. 1825.

3) Nebenbedeutungen des Corpus delicti: Object der That, Werkzeug, Spuren, ſogar der Thäter. Boehmer ad C. C. C. art. 6. §. 10. — Dorn Comm. §. 319. — Mittermaier Handb. I. S. 465. — Tittmann §. 43. w. — Quiſtorp Grundſ., herausg. v. Roß §. 597. b.

4) Martin Lehrb. d. peinl. Proz. §. 125. Note 2. — Vgl. oben §. 15. Note 4. §. 38. Note 1. S. 63.

5) Solche Verhältniſſe entſcheiden über die Exiſtenz des Ver-

den Character des Verbrechens erhält, laſſen ſich die Umſtände der That noch ohne Rückſicht auf einen beſtimmten Thäter erheben, und ihr Inbegriff iſt dann Thatbeſtand im engern, gewöhnlichen Sinn [6]). Der Wille, ein Verbrechen zu begehen, dolus [7]), gehört überall zur vollſtändigen [8]) Erörterung des eigentlichen [9]) Thatbeſtandes; zum Daſeyn des Verbrechens an ſich nur, wo die culpoſe Handlung blos civil- nicht criminalrechtliche Folgen haben würde [10]), und ſchon zur erſten [11]) Erhebung des Thatbeſtandes theils in demſelben Fall [12]), theils wo die Straf-

---

brechens bey Ehebruch, Inceſt, Prävarication, Beſtechung — nicht bey Diebſtahl, Raub, Mord u. d.

6) Stübel über den Thatbeſtand der Verbrechen §. 1. 3. 18. 96—155. — Vergl. v. Feuerbach §. 81 fg. 601 fg. — v. Grolman §. 475 fg. — Bauer §. 90 fg. — Martin Lehrbuch d. peinl. Proz. §. 125. des Crim. R. §. 28. 29. 42. — Stübel Crim. Verf. §. 654 fg. — Tittmann §. 43—45. 232—234. 259. 260. 292. — v. Wendt Grundr. §. 57.

7) v. Wendt Grundr. §. 30. 59.

8) Folge des Begriffs ſ. Note 2.

9) Martin §. 125.

10) z. B. bey der Wegnahme einer fremden beweglichen Sache.

11) Objectiver Thatbeſtand — im Gegenſatz des ſubiectiven. Martin Lehrb. d. peinl. R. §. 30.

12) Diebſtahl iſt nach dem Sprachgebrauch und nach allen darauf gegründeten poſitiven Geſetzen ohne Dolus undenkbar. (Kleinſchrod Abh. II. S. 89. Tittmann §. 416. A. M. v. Feuerbach §. 320. v. Grolman Bibl. des

barkeit [13]) der Handlung nur von individuell perſönlichen Verhältniſſen abhängt [14]). Dieſelben Grundſätze ſind weſentlich im bayr. Geſetz enthalten [15]).

§. 45.

Weſentlicher Gang der General-Unterſuchung [1]).

Der Richter erforſcht auf dem kürzeſten und ſicherſten Wege die Wahrheit [2]), er verfolgt zunächſt diejenigen Umſtände, welche ihm durch die Veranlaſſung der Unterſuchung (§. 35—42.) über das Daſeyn eines Verbrechens und eines Verbrechers bekannt wur-

---

peinl. R. I. S. 200.) Das Daſeyn des Dolus gehört daher auch zur erſten Erhebung des Thatbeſtands, und wird ſich gewöhnlich aus den Umſtänden der diebiſchen That allein, noch ohne Rückſicht auf einen beſtimmten Thäter, ergeben.

13) Hier verbinden ſich gewöhnlich beyde Erforderniſſe, z. B. bey dem Auslaſſen einer Rechnungs-Poſt, welche ohne Abſicht zu veruntreuen, und ohne das Amt des Kaſſenbeamten u. d. nicht Unterſchlagung iſt.

14) Dadurch verbindet ſich der Beweis über den Thäter, mit dem Beweis über die Exiſtenz der That, der ſubjective mit dem objectiven Thatbeſtand.

15) Bayr. Strafg. I. 106. 143—145. 161—165. II. 74—84. 259. 260. 261. 268—271. 349. Nr. II. art. 459. Anm. I. S. 127 fg. II. S. 10 fg. 37 fg.

1) P. G. O. art. 6. 16. 18. 54. — v. Feuerbach §. 627 fg. — Bauer §. 75. 76. 78. 89. — Martin §. 124 fg. — Stübel §. 2771 fg. — Tittmann §. 741 fg. — Bayr. Strafg. II. art. 72—90.

2) Vergl. Preuß. A. G. O. Einl. §. 10.

den, immer mit vorſichtiger Rückſicht auf das Nöthigſte zu Erreichung des Hauptzwecks, Schuld oder Unſchuld nach dem Geſetz zu entwickeln, und auf das Dringendſte bey etwaiger Gefahr auf dem Verzuge, worin ihn nicht allgemein gültige Regeln [3]), ſondern nur Umſicht und rechtliche, richtige Beurtheilung des einzelnen Falls leiten dürfen. Er ſieht mit eigenen Augen, wo Spuren des Verbrechens exiſtiren (§. 46. 47.), zieht Sachverſtändige zu, wo es auf techniſche Beurtheilung ankommt (ebendaſ.), hört Zeugen, ſo viel nöthig und glaubhafte zu finden ſind (§. 49. 50.), veranſtaltet Nachſuchungen (§. 51.), nimmt Recognitionen vor (§. 46. Note 12.), erkundigt ſich um den Leumuth des wahrſcheinlichen Thäters (§. 52.), und trifft proviſoriſche Maßregeln (§. 53.).

§. 46.

Augenſchein [1]).

Was der Richter mit eigenen Sinnen [2]) wahr-

---

3) Martin §. 124. — Mittermaier Hdb. I. S. 432 fg. 441 fg.

1) P. G. O. art. 6. 54. 149. — v. Feuerbach §. 574. 603. 605. — Bauer §. 93 fg. — Martin §. 81. — Mittermaier Hdb. I. S. 487 fg. — Stübel §. 701 fg. 1837 fg. — Tittmann §. 749 fg. — Bayr. Strafg. II. art. 74 — 84. 232 — 241.

2) Gewöhnlich mit den Augen, daher Augenſchein, ohne die Beobachtung durch Gehör, Geruch, Gefühl — auszuſchlieſſen. — Stübel §. 1837.

nehmen kann, das ſoll er nie [3]) unbeobachtet laſſen, dieſe Beobachtung auf Perſonen und Sachen, Werkzeuge, Mittel und Objecte der That, Ort und Zeit, überhaupt auf alle wahrnehmbaren, ſelbſt zur Zeit ſcheinbar unbedeutenden [4]) Umſtände erſtrecken, und das Reſultat mit der größten Genauigkeit und Umſtändlichkeit zu Protocoll nehmen; alles zweckmäßig geordnet nach den Eigenheiten des zu unterſuchenden Verbrechens [5]). Er handelt hiebey in vollſtändig beſetztem Gericht [6]), wo es zu Aufklärung der Sache dient, mit Zuziehung von Zeugen, Angebern u. d. [7]), ſelbſt des Verdächtigen [8]), und, wo die richtige Wahrnehmung und Beurtheilung von beſonderer Wiſſenſchaft oder Kunſtfertigkeit abhängt, mit Zuziehung von

---

3) Tittmann §. 749. m. — Bayr. Strafg. II. art. 74. (Vergl. Pr. C. O. 1805. §. 136.) Für offenbar unnöthige Augenſcheine werden die Commiſſionskoſten geſtrichen. R. vom 17. Dec. 1819. Doppelm. S. 177.

4) Beyſpiele erſt ſpäter ſich ergebender Erheblichkeit.

5) Verſchieden bey Tödtungen (§. 47.), Vergiftung, Nothzucht, Verwundung, Beſchädigung, Einbruch, Brandſtiftung, Fälſchung u. d. — Tittmann §. 763—771. — Bayr. Strafg. II. art. 75—84.

6) P. G. O. art. 149. — Bayr. Strafg. II. art. 235.

7) Zu Beſchleunigung der Unterſuchung, und zur Koſtenerſparung. Strafg. II. art. 85. R. vom 17. Dec. 1819. Doppelm. S. 177.

8) Martin §. 131. Note 2. — B. Strafg. II. art. 75. §. 2. (Vgl. Mittermaier im N. Arch. des Cr. R. I. S. 512.

zweckmäßig gewählten [9]) Sachverſtändigen [10]), welche, in ſofern ſie das Beobachtete dem Richter erzählen, als Zeugen, in ſo weit ſie über das Reſultat der Beobachtung urtheilen, als Gehülfen des Richters zu betrachten ſind [11]). Ueberall iſt auf Aechtheit und Identität der Sache und Perſon zu achten, und daher mit der Beſichtigung vorſichtige Recognition [12]) zu verbinden, oder dieſelbe zu paſſender Zeit nachzuholen, wenn das dazu Nöthige ſich aufbewahren läßt, unverändert bleibt, oder ſonſt fort beſteht.

---

9) Nicht der Schneider-Aelteſte bey Vergleichung des Meſſers mit dem Schnitt im Kleide des Erſtochenen. Klein Annal. Bd. XX. S. 92.

10) Zuſammengeſetzter Augenſchein, im Gegenſatz des einfachen. Hofacker Ueberſ. §. 203. — Martin §. 81. u. d. übr. oben Note 1. — Bayr. Strafg. II. art. 235. Nr. 3. N. v. 9. Mai 1814. Nr. 2. Doppelmayr S. 148.

11) Verſuch einer Vereinigung der darüber vorhandenen abweichenden Meinungen. — Vergl. Stübel über den Thatbeſtand §. 237. — Mittermaier Handbuch. I. S. 569 fg.

12) Bauer §. 188. — Martin §. 71. 80. 104. — Stübel §. 2053. 2082. — Quiſtorp §. 704. — Tittmann §. 883. (vgl. §. 845. d. 1ten Ausg.) — Mittermaier im N. Arch. d. Crim. R. I. S. 495 fg. — Bayr. Strafg. II. art. 75. 154. 177. 215. 223. 240. (Vergl. Oeſt. G. 1803. §. 380. Pr. Crim. O. 1805. §. 161. 340.

§. 47.

Leichenſchau und Zergliederung [1]).

Leichname von Perſonen, deren Tod eine nicht natürliche Urſache gewiß oder wahrſcheinlich hatte, ſind [2]) von dem Gericht und den vorher beeideten [3])

---

1) P. G. O. art. 147. 149. — v. Feuerbach §. 604. — Martin §. 82. 83. — Mittermaier Hdb. I. S. 599 fg. — Quiſtorp Grundſ. von Roß. §. 602—605. — Stübel §. 2483—2542. — Tittmann §. 753 — 760. — B. Strafg. II. art. 75—77. — Hiſtoriſche Quellen: Leichenſchau der Griechen, Wendt de politia Athen. §. 15. p. 31. — der Römer, Gerike progr. quo insp. cad. in hom. ap. Rom. in vsu fuisse ostend. Helmst. 1739. — Innocenz III. (1209.) in c. 18. X. de homic. (V. 12.) Karl V. (ohngefähr 1537) fragt die Theologen zu Salamanca über die Zuläſſigkeit der Section. Niceron's Nachr., herausgeg. von Baumgarten V. S. 245.

2) Auch wenn ſie ſchon begraben ſeyn ſollten. Beyſpiele von erfolgreichem ſpätern Ausgraben. Quiſtorp Grdſ., herausg. von Roß §. 602. i. — Ad. Henke Lehrb. der ger. Medicin §. 63. Note 1. §. 666. Nr. 3. — Bachmann in den Abhandl. der phyſ. medic. Soc. zu Erlangen. II. 1812. S. 76 fg. — Noch ungedrucktes Gutachten des von Walther in der U. w. F. S. * vom 25. Februar 1814.

3) P. G. O. art. 149. — Bayr. Strafg. II. art. 237. 264. Nr. 2. — Oeffentlich angeſtellte Sachverſtändige brauchen an den geleiſteten Amtseid nicht erinnert zu werden, nach bayr. Spec. V. vom 2. Dec. 1817. Lith. Samml. Nr. 179. Doppelmayr S. 178. — (Anders bey Defenſoren. V. vom 28. Apr. 1814. Nr. 1. Reg.Bl. 1814. S. 993. Doppelmayr S. 162.

Gerichtsärzten [4]) zuerſt äuſſerlich [5]) genau zu beſichtigen (Leichenſchau, inspectio cadaueris) und zu beſchreiben, dann, nach vorgenommener Recognition (§. 46.), von den Aerzten in Gegenwart des Gerichts, wenigſtens [6]) in den drey Haupthöhlen [7]) zu öffnen (Zergliederung, sectio, obductio cadaueris), um die Todes-Urſache mit möglichſter Beſtimmtheit zu erfahren; bey Vergiftungen daher auch die in dem Leichname oder ſonſt befindlichen fremdartigen Beſtandtheile chemiſch ſorgfältig zu unter-

---

4) Einer genügt bey der Leichenſchau. P. G. O. art. 149. Bayr. Strafg. II. art. 243. — In allen Fällen, wo das Gutachten auf das Straf-Erkenntniß ſelbſt von Einfluß iſt (alſo wohl immer?) ſind mindeſtens zwey erforderlich. B. Strafg. II. art. 236. §. 2. — a) Ein Gerichtsarzt, V. v. 21. Nov. 1813., 6. Aug. 1819. Lith. S. Nr. 18. 203. Doppelm. S. 178. — b) Landärzte, 22. Apr. 1815. — aufgehoben 25. Jan. 1823. Lith. Samml. Nr. 88. Doppelm. S. 179. Reg.Bl. 1823. S. 107. — c) Sections-Inſtrumente. R. vom 3. Jul. 1813. Lith. Samml. Sach-Regiſt. S. 42.

5) Nachtheile der Unterlaſſung, ſelbſt in Bezug auf mögliche Belebungs- und Heil-Verſuche. — Unt. w. N* zu Kl. R* 1798.

6) Vergl. Ad. Henke a. a. O. §. 56.

7) Die Unterlaſſung hat, wenn die Tödlichkeit der Verletzungen ſonſt auſſer Zweifel iſt, keine Nichtigkeit zur Folge. Bayr. Strafg. II. art. 244. §. 2. — Ad. Henke a. a. O. §. 680. — deſſen Abhandl. III. S. 180.

ſuchen [8]). Bey Neugebohrnen iſt dieſe Unterſuchung auf alle Erſcheinungen zu erſtrecken, welche die lebendige Geburt und Lebensfähigkeit des Kindes nachweiſen oder wahrſcheinlich machen können [9]. Der Richter hat das ganze Verfahren zu leiten [10]), und das Gutachten (Parere) [11]) der Gerichtsärzte abzufordern, in **Bayern** [12]) durch Vorlegung ſpecieller Fragen.

§. 48.

Zeugenvernehmung [1]).

Wer nur immer von dem Verbrechen, deſſen Umſtänden und Spuren, und von dem wahrſcheinli-

---

8) Bayr. Strafg. II. art. 78. 238. §. 2. — Ad. Henke Lehrb. §. 625—682.

9) Bayr. Strafg. II. art. 77. — Ad. Henke a. a. O. §. 506—594.

10) Daher der Umfang der ihm nöthigen Hülfskenntniſſe. S. oben §. 9. und Note 4. — A. M. iſt Ad. Henke a. a. O. §. 47. S. 39. der 4ten Ausg. — Anleitungen zu vollſtändigen Obductionen ſ. ebd. §. 64. S. 57.

11) Tittmann §. 761. — Schriftlich, B. Strafg. II. art. 242. §. 2. (Pr. Crim. O. §. 169.) — Ob unter Mittheilung oder wenigſtens nach vorläufiger Einſicht der Acten? — Klein Grundſ. des peinl. R. §. 270. — Tittmann §. 761. h. — Ad. Henke a. a. O. §. 57. — Unterſchied des Parere vom Visum repertum. — Tittmann §. 761. a.

12) Bayr. Strafg. II. art. 245. vgl. I. art. 143—145. Anm. II. S. 7—18. — Auch in Preuſſen. C. O. 1805. §. 174.

1) Tit. Dig. Cod. et X. de test. (XXII. 5. — IV. 20. —

chen Thäter irgend Auskunft geben kann, wird, vorläufig ohne Rückſicht auf Zeugentüchtigkeit [2]) (§. 50.), und daher ſogar der muthmaßliche Thäter ſelbſt [3]), durch den Unterſuchungs-Richter, oder auf ſeine Requiſition, — jeder Zeuge einzeln [4]), umſtändlich vernommen. Im gemeinen Strafprozeß iſt die erſte Zeugenvernehmung nur ſummariſch, und die Beeidigung auch des eidesfähigen und tüchtigen Zeugen unterbleibt bis zu einer wiederholten, zuweilen bis zur articulirten Vernehmung [5]). In **Bayern** geſchieht die Vernehmung,

---

ll. 20.) P. G. O. art. 63—68. — v. Feuerbach §. 575 fg. 610. 642. — Bauer §. 124. 148—150. 187 fg. — Martin §. 67. 77. 78. 125. — Mittermaier Hdb. l. S. 723 fg. ll. S. 138. — Quiſtorp §. 688—706. — Stübel §. 2388 fg. — Tittmann §. 790—799. 850 —860.

2) Tittmann §. 792. — Bayr. Strafg. ll. art. 85.

3) Martin §. 126. und Note 9. — Stübel §. 2787. — Vergl. Tittmann §. 796. — Kleinſchrod Abhandl. l. S. 101. — Bayr. Strafg. ll. art. 86. — ſelbſt ſolche Verdächtige, denen die Wohlthat vorläufiger Verantwortung vor der Special-Inquiſition zukommen würde. art. 99. V. vom 11. Merz 1815. Lith. Samml. Nr. 74. Doppelm. S. 145.

4) Tittmann Handb. §. 795. — derſelbe im N. Arch. des Crim. R. lll. S. 478 fg. — Bayr. Strafg. ll. art. 207. §. 1.

5) L. 9. C. de test. (lV. 20.) c. 17. X. de test. (ll. 20.) — Martin §. 125. — Grolman Grundſ. §. 534. a. E. und Note b. — Quiſtorp §. 699. — Tittmann §. 798. — Erl. d. Anh. Land. O. Tit. XlX fg. §. 10. Abſ. 3.

nach wörtlich vorgeſchriebener Ermahnung zur Wahrheit [6]), zuerſt über perſönliche Fragen nach Tauf- und Zunamen, Religion, Alter, Geburts- und Wohnort, Stand und Erwerb, Verhältniſſe zu dem vermuthlichen Thäter und zu dem Beſchädigten, und über andere auf des Zeugen Integrität und Glaubwürdigkeit ſich beziehende Umſtände [7]); dann, wenn er eidesfähig iſt, ſogleich ſeine Beeidigung [8]), hiernach

---

S. 146., welche die Gegenwart des Angeſchuldeten fordert. — Vergl. Martin §. 78. Note 10. — Kleinſchrod im Arch. des Crim. R. VII. S. 193 fg. — Martin §. 125. — Stübel §. 2472.

6) Bayr. Strafg. II. art. 207. §. 2.

7) ebd. art. 208. — Dieſe Umſtände ſind: ob er von ſeiner Ausſage Nutzen zu hoffen oder Schaden zu fürchten habe? ob ihm Jemand wegen des Zeugniſſes etwas angeboten, oder gegeben (vergl. Strafg. I. art. 445.)? ob er ſich nicht mit andern Perſonen über ſeine Ausſagen im Voraus benommen habe? — Die ehemals übliche Frage nach etwa ſchon erlittener Unterſuchung oder Beſtrafung iſt nur bey Unbekannten zuläſſig. R. vom 16. Oct. 1813. Lith. S. Nr. 13. Doppelm. S. 174.

8) Bayr. Strafg. II. 209. — Mit Ausnahme dieſes Punkts ſind alle übrige Vorſchriften auch gemeinrechtlich anwendbar — ſiehe die vorhergehenden und folgenden Noten. — Die Depoſition bey Zeugſchaften iſt von den Königl. Familiengliedern bey Fürſtlichen Trauen und Glauben durch einen Präſidenten des O. A. G. zu erholen und dem einſchlägigen Gerichte mitzutheilen. Fam.Geſ. vom 5. Aug. 1819. X. §. 3. — Reg.Bl. 1821. S. 23. Moriz Nov. z. G. O. IV. S. 179. Strafg. II. art. 205. Nr. 1. — Beeidung a) der Memmoniten. V. v. 20. Oct. 1811.

erſt die Vernehmung über die Sache ſelbſt, von welcher er eine zuſammenhängende Erzählung [9]) zu geben veranlaßt wird, erſt nach dieſer über beſondere, zur nöthigen Aufklärung dienende Fragen, welche erſchöpfend [10]), beſtimmt und deutlich, nur auf einen einzigen Thatumſtand gerichtet, unverfänglich und nicht ſuggeſtiv ſeyn ſollen [11]). Der Zeuge hat den Gegenſtand ſeiner Ausſage, Sache oder Perſon, wo möglich zu recognoſciren [12]), iſt bey zurückhaltendem

---

Reg.Bl. 1811. S. 1601 fg. Moriz Nov. z. G. O. II. S. 211. vergl. Strafg. 1813. I. art. 270. Anm. II. S. 273. Nr. 1. (Pr. Crim. O. 1805. I. §. 335. Nr. 4. A. G. O. I. 10. §. 203. Nr. 5.) — b) der Griechen (Pr. A. G. O. I. 10. §. 356 fg. ſ. oben §. 8. Note 6.) — c) der Juden (ebd. §. 317—355. Crim. O. 1805. §. 336.) — d) der Mahomedaner (Pr. A. G. O. §. 367.) — ſiehe überh. Bayr. Strafg. II. art. 210. — e) der Stummen. Hommel obs. 211. (Pr. A. G. O. I. 10. §. 203. Nr. 6. Crim. O. §. 335. Nr. 5.) — f) der Tauben (Pr. Crim. O. §. 335. Nr. 6.)

9) c. 37. X. de test. (II. 20.) — Kleinſchrod im Arch. des Crim. R. VII. S. 193 fg. — Martin §. 125. — Stübel §. 2472. — Bayr. Strafg. II. art. 212.

10) Alſo auch den Grund der Wiſſenſchaft umfaſſend. P. G. O. art. 65. c. 47. X. de test. (II. 20.) — Tittmann §. 795. — Bayr. Strafg. II. art. 213. 214.

11) Meister pr. iur. crim. §. 399. — Tittmann §. 795. — Stecher über captiöſe Fragen. 1816. — Mitterm. Handb. I. S. 673. — N. Arch. des Crim. R. I. S. 676. — Bayr. Straf. II. art. 213.

12) ſ. oben §. 46. Note 12. — Dorn Comm. §. 366. — Quiſtorp §. 704. — Bayr. Strafg. II. art. 215. 223.

oder ſonſt verdächtigem Benehmen an den Eid und an die Folgen eines falſchen Zeugniſſes zu erinnern [13]), die Ausſage am Ende ihm vorzuleſen, von ihm zu unterzeichnen [14]) und er unter Auflegung des Still-ſchweigens zu entlaſſen [15]).

§. 49.

Zeugen-Pflicht [1]).

Von der allgemeinen Bürgerpflicht, vor dem Gericht als Zeugen zu erſcheinen, ſind befreit, gemeinrechtlich unbedingt nur Beichtväter [2]), bey nicht ſchweren Verbrechen, auch Ehegatten, nahe Verwandte und Vaſallen [3]); — in Bayern auſſer den Beichtvätern [4]),

---

13) Tittmann §. 798. — Bayr. Strafg. II. art. 216.

14) Gemeinrechtlich nicht durchaus nöthig. Tittmann §. 798. a. E. — ſiehe oben §. 30. — Bayr. Strafg. II. art. 217.

15) Martin §. 78. Note 10. — Tittmann a. a. O. — Bayr. Strafg. II. art. 217.

1) L. 4. 5. 8. 21. §. 1. D. de test. (XXII. 5.) L. 16. C. eod. (IV. 20.) Nov. 90. c. 5. tit. X. de test. cog. (II. 21.) — Bauer §. 148. — Martin §. 78. Note 9. Mittermaier Hdb. II. S. 140. — Quiſtorp §. 699—702. — Stübel §. 2423 fg. — Tittmann §. 791. — Bayr. Strafg. II. art. 203.

2) ſ. §. 39. Note 3.

3) L. 9. C. de test. (IV. 20.) II. Feud. 33. §. 1. — Bauer §. 148.

4) Strafg. II. art. 204. Nr. 2.

auch Verwandte, welche zur Anzeige des Verbrechers nicht verpflichtet ſind [5]), Staatsbeamte, wenn ſie durch Zeugniß ihre Amtsverſchwiegenheit verletzen würden [6]), öffentliche Beamte, wenn ſie über ein begangenes Verbrechen oder Vergehen unter ausdrücklicher Beziehung auf ihren Dienſteid eine pflicht- und inſtructionsmäßige Anzeige machen [7]), Defenſoren über ſchon vollendete und vergangene Verbrechen, die ſie bey Gelegenheit der Vertheidigung erfuhren [8]). In ihrer Wohnung ſind zu vernehmen: Perſonen der königlichen Familie [9]), Standesherrn [10]), Staatsbeamte der erſten und zweiten Rangklaſſe [11]), alle Perſonen mit befreitem Gerichtsſtand [12]), diejenigen, welche

---

5) ebend. Nr. 1. vergl. l. art. 79.

6) ebend. Nr. 3.

7) V. vom 24. Merz 1815. Reg.Bl. 1815. S. 241. Doppelmayr S. 173.

8) R. vom 24. Jan. 1815. Lith. Samml. Nr. 68. Doppelmayr S. 164. Gönner und Schmidtlein Jahrb. I. S. 97—112. (Sam. Fr. de Boehmer ad C. C. C. III. p. 397. „cliens ad eum (aduocatum) tanquam sacram anchoram confugit.“)

9) Strafg. II. art. 205. Nr. 1.

10) ebd. Nr. 2. — R. vom 31. Oct. 1818. Moriz Nov. z. G. O. III. S. 194 fg.

11) ebd. Nr. 2. — Wer dahin zu rechnen ſey? ſ. V. vom 25. Nov. 1808. Reg.Bl. 1808. S. 2749. vergl. Dörrer Real-Index I. S. 225. II. S. 108. 109. Schunck Staats-Recht des Königr. B. §. 67 fg. — Geſetzbl. 1818. S. 120 fg. Regbl. 1821. S. 52. 1822. S. 81. 1825. S. 770.

12) ſ. oben §. 18. S. 33 fg.

Alter, Krankheit oder Gebrechlichkeit zu erſcheinen hindert [13]). Wer Zeugſchaft zu leiſten verpflichtet iſt, muß auch den Zeugen-Eid [14]) leiſten; und kann durch Geld- und Gefängnißſtrafe dazu angehalten werden [15]).

§. 50.

Zeugentüchtigkeit [1]).

Die Glaubwürdigkeit der Zeugen hängt von ihrer Fähigkeit und ihrem wahrſcheinlichen Wil-

---

13) Strafg. II. art. 205. Nr. 3.

14) Die Befreiung der Siegelmäßigen vom körperlichen Eide in Civilſachen erſtreckt ſich nicht auf Criminalſachen. Beyl. VIII. zur V. U. vom 26. Mai 1818. §. 13. Geſetzbl. 1818. S. 330. — Von Mitgliedern der königlichen Familie ſ. §. 48. Note 8.

15) can. 80. C. 11. qu. 3. c. 35. in fine X. de sent. exc. Glück Erl. der Pand. XXII. S. 184. — ehedem in unrichtiger Anwendung der L. 22. §. 2. D. de test. (XXII. 5.) L. 28. D. de quaest. (XLVIII. 18.) und Nov. 90. cap. 1., welche nur von Sclaven reden, ſogar durch Tortur. Tittmann §. 791. q. — Zweckmäßiger iſt Belehrung. Stübel §. 2432. — Das bayr. Strafg. II. art. 203. beſtimmt keine Zwangsmittel. Cod. iud. c. 10. §. 8. nennt Gefängniß, geringe Atzung, Geldſtrafe und Koſten-Erſatz. Vergl. Pr. A. G. O. I. 10. §. 183—186. 203. a. E. Crim. O. §. 311.

1) v. Globig Theorie der Wahrſcheinlichkeit I. 7. II. 7. — Kleinſchrod im Arch. d. Crim. R. VI. 3. VII. 2. — Mittermaier Theor. d. Bew. §. 94 fg. — Stübel §. 877 fg. — Tittmann §. 792 fg.

len, die Wahrheit zu ſagen, ab. Sie ſind, nach erſter, unfähige oder fähige, dieſe nach letztem, unbeſcholtene [2]) oder verdächtige. Das bayr. Geſetz nennt mit Rückſicht auf beyde Eintheilungsgründe a) als ſchlechterdings untüchtige und zum Beweiſe untaugliche Zeugen: α) Kinder unter acht Jahren [3]), β) Verſtandesloſe [4]), γ) die, denen der zur Beobachtung nöthige Sinn mangelt [5]), δ) welche ihre Gedanken nur durch Zeichen ausdrücken können [6]), ε) bürgerlich todte [7]), ζ) die, welche wegen Verläumdung [8]), falſcher Denunciation [9]), falſchen

---

2) „genugſame.“ P. G. O. art. 66.

3) Strfg. 1813. II. art. 278. > (d. i. abweichend) gemeinrechtlich nicht blos Kinder unter ſieben Jahren (nach dem neuröm. Begriff der L. 8. C. Th. de bon. mat. und L. 18. pr. et §. 4. C. Iust. de iure delib. (VI. 30.), ſondern auch Unmündige bis zum 14. Jahre. L. 3. §. 5. D. de test. (XXII. 5.) Glück XXII. S. 143. (P. G. O. art. 164.)

4) Zur Zeit des zu bezeugenden Vorfalls oder des Zeugniſſes Raſende, Wahn- und Blödſinnige, höchſt Trunkene. Strfg. II. art. 278. Nr. 2. = (d. i. übereinſtimmend) L. 3. §. 5. D. de test. (XXII. 5.) c. 19. X. de accus. (V. 1.)

5) Strafg. II. art. 278. Nr. 3. = Mittermaier Theor. §. 103. c. — Quiſtorp §. 690. c.

6) Strafg. a. a. O. Nr. 4. = Quiſtorp a. a. O.

7) Strafg. a. a. O. Nr. 5. und Th. I. art. 7. Anm. I. S. 86. — v. Wendt Grundr. §. 15.

8) Bayr. Strafg. I. art. 284 fg.

9) ebend. I. art. 288.

Zeugniſſes [10]) oder Meineids [11]) verurtheilt [12]), oder wenigſtens nicht vollkommen [13]) losgeſprochen [14]) wurden, η) beſtochene [15]), ϑ) alle, welche von ihrer Ausſage einen unmittelbaren ſichern Vortheil oder Schaden an Leben, Leib, Ehre oder Gütern von ſich abzuwenden haben [16]), ι) die ſich in ihrer Ausſage widerſprechen, oder in einem einzelnen Punct der Unwahrheit überführt werden [17]); b) als verdächtige, α) Menſchen von ſchwachen Sinnen [18]), β) Unbekannte [19]), γ) die wegen eines Verbrechens ver-

---

10) ebend. I. art. 289—292.

11) ebend. I. art. 269—272. 290—292. II. art. 278. Nr. 6.

12) ebend. II. art. 358.

13) ebd. 353. vergl. 377. 386. 405. = Can. 15. C. 6. qu. 1. c. 10. 13. 20. 54. 56. X. de test. (II. 20.) Glück XXII. 144.

14) Strafg. II. art. 354.

15) ebend. art. 278. Nr. 7. = L. 3. §. 5. D. de test. (XXII. 5.) L. 1. §. 1. 2. C. ad L. Corn. de fals. (IX. 22.) P. G. O. art. 64. Quiſtorp §. 690. g.

16) Bayr. Strafg. II. art. 278. Nr. 8. = L. 10. D. de test. (XXII. 5.) — Daher auch Mitſchuldige, wenn ſie durch ihr Zeugniß die Schuld ganz oder zum Theil von ſich auf andere zu bringen ſuchen. Bayr. Strafg. II. art. 284. §. 2.

17) Bayr. Strafg. II. art. 279. vergl. 216.

18) Bayr. Strafg. II. art. 280. Nr. 1. = Stryk de iure sens. I. 4. Nr. 35.

19) Bayr. Strafg. II. art. 280. Nr. 2. = P. G. O. art. 63.

urtheilt, oder nur von der Inſtanz entlaſſen, oder in Unterſuchung ſind [20]), δ) Ehegatten, Verwandte in gerader Linie, oder im vierten Grade der Seitenlinie, im zweyten der Schwägerſchaft, Freunde, Hausgenoſſen und Verpflichtete für [21]), ε) Feinde gegen den Beſchuldigten [22]), ζ) mittelbar Betheiligte [23]), η) diejenigen, welche in ihrem Benehmen den Ver-

---

20) Bayr. Strafg. II. art. 280. Nr. 3. = Quiſtorp §. 691. und ſo auch Ehrloſe im gem. R., Quiſtorp §. cit. a. Kind quaest. for. cap. 81. p. 318.

21) Bayr. Strafg. II. art. 280. Nr. 4. (Cod. civ. P. I. c. 4. §. 5. Nr. 13.) > gem. R., welches alle nahe Verwandte hieher zählt. Quiſtorp §. 692. 694. Mittermaier II. S. 362 fg.

22) Bayr. Strafg. II. art. 280. Nr. 5. = Quiſtorp §. 694.

23) Bayr. Strafg. II. art. 280. Nr. 6. Unter dieſen auch reumüthig bekennende Mitſchuldige, die Fälle der Noten 7—14. und 17. ausgenommen. Sie ſollen aber die Eigenſchaft eines vollgültigen Zeugen erlangen, wenn ſie ihre Ausſage 1) dem Beſchuldigten bey der Gegenſtellung ins Geſicht wiederholen und 2) nach der ihnen geſchehenen Urtheils-Verkündung von neuem bekräftigen. Bayr. Strafg. II. art. 284. §. 2. Hiebey ſoll die erſte Ausſage dem Zeugniß, und die nachherige (doppelte) Bekräftigung der Beeidigung gleichgeachtet werden. R. vom 22. Mai 1814. Lith. Samml. Nr. 42. Doppelmayr S. 181. vgl. oben §. 9. Note 8. (Oeſtr. G. 1803. §. 410.) — > L. 16. §. 2. D. de quaest. (XLVIII. 18.) L. 17. C. de accus. (IX. 2.) L. 11. C. de test. (IV. 20.) P. G. O. art. 31. Mittermaier I. S. 368 fg.

dacht der Parteylichkeit erregen [24]), ϑ) Beſchädigte in Anſehung der Perſon des Thäters [25]), ι) Angeber, welche nicht vermöge ihres Amtes Anzeige machen [26]). Eidesfähig iſt der Zeuge erſt mit dem 18. Jahre [27]), aber vollgültiger Zeuge nur in Anſehung der nach dem 14. Jahre erfahrnen Thatſachen [28]).

§. 51.

Hausſuchung, Beſchlagnahme von Papieren.

Der Unterſuchungs-Richter iſt befugt, Hausſuchung [1]) vorzunehmen, ſobald er hinreichende

---

24) Bayr. Strafg. II. art. 280. Nr. 7. R. vom 26. Oct. 1813. Lith. Samml. Nr. 13. Doppelmayr S. 174. — Tittmann §. 854. IV.

25) Bayr. Strafg. II. art. 282. — Mittermaier Th. d. B. S. 289.

26) Bayr. Strafg. II. art. 64 und 283. ſ. oben §. 39. — Kleinſchrod Abh. I. S. 263 fg. — Bauer §. 149. c. — Mittermaier II. S. 367 fg.

27) Bayr. Strafg. II. art. 281. §. 1. > das 14. Jahr. Can. 15. C. 22. qu. 5. Quiſtorp §. 693. c. — das 20. im Anklageprozeß der Römer. L. 20. D. de test. (XXII. 5.)

28) Bayr. Strafg. II. art. 281. §. 1. 2. > Quiſtorp §. 693. a. E.

1) Bauer §. 98. 109. — v. Feuerbach §. 535 fg. — v. Grolman §. 178. — Kleinſchrod im Arch. des Crim. R. II. 3. Nr. IV. — Martin §. 96. 97. 126. — Mit-

Gründe hat, das Daſeyn einer zum Thatbeſtand gehörigen Sache, oder eines flüchtigen Verbrechers an irgend einem Orte zu vermuthen. Beſondere [2]) Hausſuchung, welche den Eigenthümer oder Bewohner des Hauſes als ſelbſt verdächtig bezeichnet, ſetzt die nämlichen Verdachtsgründe voraus, welche eine Special-Inquiſition rechtfertigen würden [3]). Beſchlagnahme von Papieren oder Briefen findet nur dann ſtatt, wenn ihr Eigenthümer oder Beſitzer ſchon in den Stand der Anſchuldigung verſetzt iſt [4]).

---

termaier I. S. 432. 589. — Quiſtorp §. 610. 822. 823. — Stübel §. 1360. 1578. 1864—1883. — Tittmann §. 693. 717. 771.

2) Entgegengeſetzt der allgemeinen, zu welcher auch Streifen gehören.

3) Bayr. Strafg. II. art. 74. §. 2. 251 fg. ſiehe oben §. 43. — Polizeyliche Hausſuchung durch Forſtbediente, Gensdarmen u. d. R. vom 19. Mai 1810 und 28. Merz 1815. Lith. Samml. Nr. 80. Doppelm. S. 180. — bey Lottocontraventionen. V. vom 14. Aug. 1810. Reg.Bl. 1810. S. 677. §. IX. Moriz Nov. z. Landr. S. 507. — bey Wildfrevel. R. vom 31. Dec. 1815. Lith. Samml. Nr. 119. Vergl. Lotz im N. Arch. des Crim. R. V. 225 fg. — Vorſichtsmaßregeln bey Vornahme der Hausſuchungen. Mittermaier a. a. O.

4) Mittermaier im N. Arch. des Crim. R. II. S. 452 fg. — Verſchieden davon iſt die Editionspflicht. Hofacker Ueberſ. §. 183. Note 95 und §. 196. — Tittmann §. 694.

§. 52.

Leumuths-Erforſchungen.

Nicht, was Gerede unter den Menſchen (Leutemund), ſondern was der auf Thatſachen gegründete Ruf eines Menſchen (Leumde) über ſeinen Charakter, ſeine moraliſche Eigenthümlichkeit (Muth, Beſchaffenheit [1]), bekundet, iſt als pſychologiſcher Erklärungs-Grund factiſcher Erſcheinungen in jeder Unterſuchung wichtig [2]). Der Leumuth in ſolcher Art wird zweckmäßig dargeſtellt durch Erforſchungen über Hauptneigungen, Beſchaffenheit und Hauptrichtung der Seelenkräfte einer Perſon aus ihrem bisher im Leben [3]) dargelegten Benehmen, nach glaubwürdigen Quellen.

---

1) Aehnlich gebraucht in Sanftmuth, Demuth, Armuth.

2) „inspecto vitae — praecedentis actu," — „ratio anteactae vitae." L. 3. §. 12. L. 5. pr. D. de re militari. (XLIX. 16.) P. G. O. art. 25. 26. 28. 31. 32. 35. 37. 41—43. 143. — Mittermaier I. S. 735. 754. — deſſen Theorie S. 430. — N. Arch. des Crim. R. I. S. 67 fg. Bayr. Strafg. II. 97. 99. 111. 119. 131. 135. 161. 251. 269. 313. 315. 323. 461. (Oeſtr. G. §. 262. 263. 270. 306. 412. Preuß. Crim. O. §. 108. 126. 279. 405. 407.)

3) Nicht alſo aus den letzten Zeiten allein, nicht nach Notizen vom letzten Anfenthalts-Orte, nicht durch Vernehmung zufällig gewählter Nachbarn u. d. — **Bayr.** Verbot, bey dieſen Erforſchungen auf den ganzen bisherigen Lebenswandel einzugehen. R. vom 2. Sept. 1816. Lith. Samml. Nr. 149. Doppelm. S. 148.

§. 53.

Proviſoriſche Maaßregeln.

Sicherheitsmaaßregeln, welche Jemanden, als des Verbrechens verdächtig, beſtimmt bezeichnen, ſind durch die Erforderniſſe der Special-Inquiſition im weitern Sinn (§. 43.) bedingt [1]). Proviſoriſcher Arreſt bey noch entferntem Verdacht iſt, wie ſeine Benennung, eine Erfindung neuerer Zeit [2]), in **Bayern** auf Vagabunden, der Flucht verdächtige Ausländer, fliehende oder die Flucht vorbereitende Inländer, ſchon wegen Verbrechen beſtrafte oder von der Inſtanz Entlaſſene, und Perſonen ſchlechten Leumuths (§. 51.) [3]) auf Verhaftungen bey Todſchlägen und Verwundungen in Raufhändeln [4]), und auf Fälle der Colluſion [5]) beſchränkt.

---

1) Daher gehören die gelinden Mittel, welche die Verhaftung erſetzen, Beſchlagnahme der Päſſe, Stadtarreſt, Hausarreſt, Cautionen, dann die Annotation der Güter, Nacheile u. d. in das 3. Kap. d. Tit. §. 60. 61.

2) Hofacker Ueberſicht §. 128. — Mittermaier Handb. II. S. 58 fg. — Tittmann Handb. §. 705. — (mandat de depot) Code d'instr. crim. art. 94.

3) Bayr. Strafg. II. art. 118—123.

4) ebend. art. 120.

5) Bey Verbindung mit Räuberbanden, ebd. art. 121. — Colluſions-Gefahr, bey Unterſuchung wegen Vergehen, begründet nicht proviſoriſchen, ſondern Civil-Arreſt während der Haupt-Unterſuchung. art 461. Nr. 6.

§. 54.

Schluß der General-Unterſuchung.

Die General-Unterſuchung wird geſchloſſen, ſobald hinreichende Gründe vorhanden ſind, eine beſtimmte Perſon in den Stand der Anſchuldigung zu verſetzen (§. 43.) [1]).

Drittes Kapitel.

Special-Unterſuchung.

§. 55.

Uebergang der General- zur Special-Unterſuchung.

Die Verſetzung einer Perſon in den Stand der Anſchuldigung [1]) iſt gemeinrechtlich dem Unterſuchungsrichter überlaſſen, nach bayr. Geſetz nur ausnahmsweiſe [2]). In der Regel ſind hier die Acten

---

1) Bauer §. 125. — v. Feuerbach §. 628. *) — Martin §. 127. 132. — Stübel §. 2827. — Tittmann §. 784. — Bayr. Strafg. II. art. 91. — Prüfung ihrer Vollſtändigkeit durch den Inquirenten ſelbſt, nach den Erforderniſſen der Geſetze und ſeines ſpeciellen Plans. (Vergl. §. 31. Note 2. §. 44. 45.)

*) Hier und in den folgenden Citaten nach der neueſten, neunten Ausgabe dieſes vorzüglichen Lehrbuchs, welche erſt bey dieſem Bogen in unſre Hände kam.

1) Special-Inquiſition im weitern Sinn. Vergl. §. 43. — Bauer §. 87 fg. — v. Feuerbach §. 624. — Martin §. 128. — Mittermaier II. S. 8 fg. — Quiſtorp §. 592. † §. 666. — Stübel §. 2742.

2) Bayr. Strafg. II. art. 97. Nr. 1—6. R. vom 1. Oct. 1813. Lith. Samml. Nr. 6. Doppelmayr S. 120 fg.

nach geſchloſſener General-Unterſuchung zu dem Appellations-Gericht, als Criminal-Gericht erſter Inſtanz, einzuſenden [3]), welches entweder a) Ergänzung der General-Inquiſition, b) oder einſtweilige Aufhebung des Prozeſſes verfügt [4]), c) oder auf definitive [5]) Aufhebung der Unterſuchung, d) oder auf Special-Inquiſition erkennt.

§. 56.

Erforderniſſe der Special-Inquiſition.

Nicht die Verſetzung in den Stand der Anſchuldigung überhaupt, ſondern nur die Special-Inquiſition im engern Sinn erfordert gemeinrechtlich halben Beweis [1]). In **Bayern** wird vorausgeſetzt: Exiſtenz eines Verbrechens [2]), Abweſenheit die Strafbarkeit aufhebender Gründe [3]), hinreichender Verdacht

---

V. vom 11. Mai 1814. Reg.Bl. 1814. S. 1082. Doppelmayr S. 149.

3) ebend. art. 98. §. 1.

4) ebd. art. 98. §. 2. 3. — R. vom 19. Februar 1815. Lith. Samml. Nr. 72. Doppelmayr S. 150.

5) Auch im Fall der Verjährung. V. vom 10. Dec. 1814. Reg.Bl. 1814. S. 1810. Nr. 2 Doppelmayr S. 42.

1) P G. O. art 6. 11. 12. 30. — Bauer §. 128. — Hinreichende Verdachtsgründe überhaupt. v. Feuerbach §. 636. — Martin §. 123. 128. — Mittermaier I. S. 750. II. S. 11 fg. — Quiſtorp §. 611. — Die ganze Abtheilung verwirft Tittmann §. 683.

2) Thatbeſtand. Bayr Strafg. II. art. 94.

3) Nämlich: Mangel der nothwendigen Bedingungen eines

gegen eine Perſon durch Selbſtangabe (§. 37.), oder auſſergerichtliches Bekenntniß, oder Zeugniß eines vollgültigen, oder zweyer übereinſtimmender, wenn auch nicht ganz vollgültiger (§. 50.), Zeugen über die That ſelbſt, oder dringender Verdacht (indicium proximum) aus gehörig erwieſenen Anzeigungen (§. 57.) [4]).

§. 57.

Anzeigungen.

Auch gemeinrechtlich anwendbar [1]) theilt das bayr. Geſetz [2]) die Anzeigungen (indicia), That-

---

Verbrechens, Strafloſigkeit der That an ſich, Nothwehr, Gründe, welche das Verbrechen tilgen, oder das Criminal-Verfahren ausſchlieſſen, wie: Rechtskraft eines losſprechenden Erkenntniſſes, ſchon erlittene Strafe, Tod des Verbrechers, Verjährung, Begnadigung, ſiehe v. Wendt Grdr. K. 5. §. 48—56. — Bayr. Strafg. I. art. 119—141. V. vom 10. Dec. 1814. Reg.Bl. 1814. S 1810. Doppelm. S. 42 fg.

4) Bayr. Strafg. II. art. 94. 95. Von den Erforderniſſen der Haupt-Unterſuchung bey Vergehen, ebend. art. 460. vergl. unten §. 97.

1) v. Feuerbach §. 546 fg. — Bauer §. 154—173. — Martin §. 84—91. — Mittermaier II. S. 440 fg. Quiſtorp §. 612—641. — Tittmann §. 865—890. — Unterſchied zwiſchen Vermuthung, Verdacht. Mittermaier II. S. 440.

2) Bayr. Strafg. II. art. 96. 308—330.

ſachen, welche mit einem Verbrechen in ſolchem Zuſammenhang ſtehen, daß von ihnen auf das Verbrechen oder auf den Verbrecher geſchloſſen werden kann, a) nach dem Verhältniß zur **That** in vorausgehende, gleichzeitige und nachfolgende [3]), b) nach dem Verhältniß zur **Art** des Verbrechens in allgemeine, beſtimmte oder unbeſtimmte, und beſondere [4]), c) nach ihrer **Beweiskraft** in entfernte und nahe, d) nach ihrem **Reſultat** in Anzeigungen der Schuld oder der Unſchuld. Auſſerdem hat die Doctrin noch nothwendige, nicht nothwendige, mittelbare, unmittelbare, geſetzliche und natürliche [5]).

§. 58.

Gegenſtände der Special-Unterſuchung [1]).

Der Zweck der Special-Unterſuchung iſt: volles [2]) rechtliches Gehör für den Beſchuldigten und mög-

---

3) Entnommen aus v. **Feuerbach** §. 547 fg. — nicht gebilligt von **Tittmann** §. 865.

4) = P. G. O. art. 24—44.

5) Wohin gehören **Widerſprüche** in Vernehmungen und Verhören? — Vgl. Bayr. Verordn. vom 7. Jul. 1806. Strafg. II. art. 173 fg. 216. 279. 313. ſiehe unten §. 67.

1) **Bauer** §. 123. 124. 132. 174. 187. 188. — v. **Feuerbach** §. 630. — **Martin** §. 129. 131. 134. — **Mittermaier** II. S. 18 fg. 34. — **Stübel** §. 2742 fg. — **Tittmann** §. 683. — Bayr. Strafg. II. art. 92. 105—112. Vergl. mit art. 468. 469.

2) Deswegen kann auch die **materielle** Vertheidigung hierher gezogen werden, **Bauer** §. 132. Note 2., ſie erhält

lichſt vollſtändiger Beweis ſeiner Schuld oder Unſchuld [3]). Daher gehören in dieſe Abtheilung des Criminal-Verfahrens: a) **materiell** die Verhöre des Beſchuldigten, die genaueſte Erforſchung der Wahrheit oder Unwahrheit ſeiner Geſtändniſſe, Angaben, Behauptungen, Einreden u. d. [4]) und deswegen die Nachholung alles deſſen, was darüber in der General-Unterſuchung (§. 43. 45.) noch ungewiß oder unvollſtändig blieb, die Berichtigung des Thatbeſtands (§. 44.), Einnahme oder Wiederholung des Augenſcheins (§. 46. 47.), Abforderung von Gutachten der Sachverſtändigen (§. 47. a. E. und §. 77.), erneuerte und genauere Hausſuchung (§. 51.), Herbeyſchaffung von Urkunden (§. 21. und 78.), Confrontation zwiſchen dem Beſchuldigten und Zeugen, oder zwiſchen Mitſchuldigen, gemeinrechtlich [5]), **nicht** aber in **Bayern** [6]) auch zwiſchen Zeugen unter ſich (§. 68.); b) **formell**, nach dem engern Sinn des gemeinen Rechts das articulirte Verhör des Inquiſiten und der

---

jedoch mit der **formellen** beſſer ihren Platz in einem eigenen Titel, ſiehe §. 70.

3) **Bauer** §. 132. = Bayr. Strafg. II. art. 107.

4) P. G. O. art. 6. 54. = Bayr. Strafg. II. art. 108. 112.

5) **Bauer** §. 200. — **Quiſtorp** §. 714.

6) Bayr. Strafg. II. art. 219. R. vom 10. Aug. und 8. Nov. 1814. Lith. Samml. Nr. 51. und 57. **Doppelmaier** S. 175. — Ehedem beſchränkt zugelaſſen in Cod. crim. 1751. II. c. 9. §. 2.

Zeugen [7]) (§. 63.). Sie umfaßt materiell, gemeinr. und bayr., nicht blos die ſchon während der General-Unterſuchung angezeigten, ſondern auch alle erſt während der Special-Inquiſition entdeckten Verbrechen [8]).

§. 59.

Folgen der Special-Inquiſition, und Mittel, ſie abzuwenden.

Die formelle Special-Inquiſition, oder der feierliche Unterſuchungs-Prozeß des gem. Rechts hat Anrüchtigkeit, den Namen Inquiſit oder peinlich Angeſchuldigter, und Criminal-Gefängniß zur Folge [1]). Beyde letztern Wirkungen gelten auch bey der bayr. Special-Unterſuchung [2]), welche außerdem gegen einen Staatsbeamten Suſpenſion von ſeinem Amte

7) Bauer §. 175. 182 fg. — v. Feuerbach §. 636 fg. — Martin §. 133. — Mittermaier II. S. 99 fg. — Stübel §. 646. 2011 fg. 2980. — Tittmann §. 683. 746. 785 fg.

8) Mögliche Ausnahme bey dem Verfahren gegen Staatsdiener und andere, denen die vorläufige Verantwortung nach Strafg. II. art. 99. zuſteht. (§. 59.)

Iſt ſie auf die wichtigſten zu beſchränken? Bayr. Strafg. II. art. 111.

1) Bauer §. 129 fg. — v. Feuerbach §. 637. — Mittermaier II. S. 21. — Quiſtorp §. 675. — Stübel §. 2949 fg.

2) Bayr. Strafg. II. art. 106.

Amte und Dienſtgehalt [3]), und gegen andere öffentliche Diener die Suſpenſion vom Amte und Zurückbehaltung eines Drittheils ihres Gehaltes [4]) nach ſich zieht und Jeden, als Zeugen, verdächtig macht [5]). Das gemeine Recht geſtattet zu Abwendung ſolcher Folgen [6]) eine defensio pro auertenda inquisitione speciali [7]); das bayr. Geſetz theils eine vorläufige Verantwortung vor dem Erkenntniß auf Special-Inquiſition bey bisher unbeſcholtenen [8]) Anſäßigen [9]), theils eine Vertheidigung gegen ſchon erkannte Special-Inquiſition, wenn Nicht-Exiſtenz des Verbrechens, Abweſenheit vom Orte der That zur Zeit ihrer Begehung, oder Irrthum in der Perſon ſogleich nachgewieſen werden kann [10]).

---

3) ebend. art. 437.

4) ebend. art. 438.

5) ebend. art. 280. Nr. 2.

6) Auſſer manchen unzweckmäßigen Nothbehelfen, wie z. B. der Vernehmung über Puncte, Fragſtücke ſtatt Artikel u. a. d. Bauer §. 131.

7) Bauer §. 129. — v. Feuerbach §. 637. — Martin §. 63, 129. — Mittermaier II. S. 23 fg. — Quiſtorp §. 675. — Tittmann §. 807.

8) Daher nöthig vorausgehende Leumuths-Erforſchung, ſiehe oben §. 42.

9) Durch Grundbeſitz, Gewerbe, oder öffentlichen Dienſt. Bayr. Strafg. II. art. 99. 100. — Wirkung einer nicht genügenden Verantwortung. Vergl. art. 98. §. 2.

10) ebend. art. 102—104. — wozu bey nicht förmlich eröffneter Special-Inquiſition in den erſten Fragen Gelegen-

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

§. 60.

Ladung, Verhaftung, Caution.

Ladung des Verbrechers reicht hin, wenn nicht Gefahr der Flucht, nach Größe der bevorſtehenden Strafe, oder Eigenthümlichkeit der Perſon bemeſſen, oder Gefahr der Colluſion mit Mitſchuldigen Gefangenſchaft während der Unterſuchung nöthig macht [1]). Geſtützt auf dieſe gemeinrechtlichen Grundſätze erklärt das bayr. Strafgeſetz Verhaftung, ohne Unterſchied der Perſon, für nöthig, wenn Todes-Ketten oder Zuchthaus-Strafe auf das angeſchuldete Verbrechen geſetzt iſt [2]), bey geringern Verbrechen gegen Angeſeſſene [3]) nur, wenn ſie früher ſchon wegen Verbrechen beſtraft, oder nur von der Inſtanz entlaſſen, oder der Flucht verdächtig ſind [4]). Mit Ausnahme dieſer letzten

---

heit zu geben iſt. V. vom 30. Jul. 1814. Reg.Bl. 1814. S. 1401. §. 1. Doppelmaier S. 151. — Unzuläſſigkeit eines Anwalts bey derſelben. R. vom 18. Apr. 1815. Lith. Samml. Nr. 85. Doppelm. a. a. O. — Wirkung genügender Vertheidigung iſt nicht Losſprechung, ſondern definitive oder einſtweilige Aufhebung der Unterſuchung. R. vom 21. Dec. 1815. Lith. Samml. Nr. 116.

1) Bauer §. 105—107. — v. Feuerbach §. 525—533. — Martin §. 101. 116—119. — Mittermaier II. S. 36. 50 fg. — Quiſtorp §. 642—650. — Stübel §. 1509—1661. 1684—1758. — Tittmann §. 695—702. 705—715. 718. 719.

2) Bayr. Strafg. II. art. 113. vergl. art. 51—58. 118—133. 460—464.

3) Im Sinn des §. 59. Note 9.

4) Bayr. Strafg. II. art. 114—118.

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Fälle, der Colluſions-Gefahr und des Verfahrens gegen Landſtreicher können auch nicht Angeſeſſene gegen hinreichende, nur durch Bürgen oder Pfand [5]) im Betrag von wenigſtens 200 fl. zu leiſtende Sicherheit bis zum Erkenntniß [6]) von der Verhaftung befreit bleiben, worüber das Unterſuchungs-Gericht, nach Vernehmung des Damnificaten, vorbehaltlich der Berufung an den höhern Richter, erkennt [7]). Jede Verhaftung erfordert einen förmlichen Verhaftbefehl [8]).

§. 61.

Verfahren gegen Abweſende und Flüchtige [1]).

Die Ladung eines abweſenden Verbrechers zum Verhör ſetzt die Erforderniſſe der materiellen Spe-

---

5) Nicht durch Eid, wie im gem. Recht bey abweſendem Verdacht des Meineids angenommen wird. L. 17. C. de dignit. (XII. 1.) Bauer §. 105. — Quiſtorp §. 646. — Tittmann §. 712. — Dagegen v. Feuerbach §. 533. — Mittermaier II. S. 41.

6) Bey Verkündung des Strafkenntniſſes tritt Verhaftung, der Caution ungeachtet, ein. Bayr. Strafg. II. art. 140., nicht aber für die, deren perſönliche Verhältniſſe die Befreiung von Arreſt bewirkten. R. vom 6. Aug. 1816. Lith. Samml. Nr. 145. Doppelm. S. 207.

7) Bayr. Strafg. II. art. 134 — 139.

8) ebend. art. 124. 125. Ausnahmen. art. 126. Nr. 1 — 5.

1) Bauer §. 103. 104. 108. 110 — 119. — v. Feuerbach §. 534 — 542. — Martin §. 101 — 107. — Mittermaier I. S. 68. — Stübel §. 1575—1683. 1759—1835. Quiſtorp §. 822 — 844. — Tittmann §. 706. 716. 720—731. — Bayr. Strafg. II. art. 410 — 418. 465. 466.

cial-Inquiſition (§. 43.), die Verfolgung eines flüchtigen die Erforderniſſe der Verhaftung (§. 60.) voraus. Beydes geſchieht durch Requiſitorialien, (§. 13. und 31.) die Verfolgung auch durch Hausſuchung (§. 51.), durch Nacheile, über die Gränzen eines Landes hinaus nur in Gemäßheit beſonderer Staatsverträge [2]), durch vorſichtig [3]) abgefaßte Steckbriefe [4]) und Beſchlagnahme des Ver-

---

2) R. A. 1548. §. 20. 1559. §. 21. 22. — Bayr. Strafg. II. art. 413. vgl. art. 124. 125. und oben §. 19. u. 21. — Hieher gehören alle Verordnungen und Staatsverträge über die Behandlung der Vaganten, in v. Wendt Grundriß des Crim. R. §. 23. S. 30. — und auſſer den dort litt. α — ϑ. angeführten Verträgen noch die neuern 1) mit Sachſen Coburg Salfeld vom 11. Dec. 1822. (Regbl. 1822. S. 97.) k) mit Sachſen Hildburghauſen vom 18. Jun. 1824. (Regbl. 1824. S. 597.) — dann die Verträge über Verminderung ſtrafrechtlicher Koſten a) mit Sachſen Weimar vom 2. Sept. 1823. b) mit dem Königr. Sachſen vom 16. Sept. 1823. (Regbl. 1823. S. 1343. 1367.) c) mit Würtemberg vom 15. Febr. 1824. (Regbl. 1824. S. 121.)

3) Damit nicht ſpecielle Umſtände dem Verbrecher voreilig bekannt gemacht werden. Tittmann §. 720. l. — Vgl. bayr. Strafg. II. art. 176. Nr. 3. — Muſter des Gegentheils.

4) Kleinſchrod Abh. II. S. 329 fg. — Biedermann im Arch. des Crim. Rechts III. 3. S. 27 fg. — Quiſtorp §. 827. — Stübel §. 1611. — Möſer patr. Phant. III. S. 171. — Bayr. V. vom 1. Merz 1809. (Regbl. 1809. S. 483.) Strfg. II. art. 124. 414—416. — Bey Ver-

mögens (annotatio bonorum) [5]). Auſſer dieſen nächſten (primären) Mitteln gelten Edictal-Citation und ſicheres Geleit (saluus conductus) als aushülfliche (ſecundäre). In Bayern iſt erſtere theils bloſſe Ladung eines Abweſenden, deſſen Aufenthalt unbekannt blieb [6]), theils Folge des Contumacial-Prozeſſes [7]) (§. 101.); letzteres [8]) wird, beſchränkt oder unbeſchränkt [9]), auf Gutachten des Criminal-Gerichts (§. 28.) durch königliches Reſcript ertheilt [10]).

---

gehen nur ausnahmsweiſe zugelaſſen. ebend. art. 465. §. 2. in Bezug auf art. 461.

5) P. G. O. art. 206. Kleinſchrod Abh. II. S. 3 fg. — Quiſtorp §. 829. 830. — Tittmann §. 724. 725. — Bayr. Strafg.? (II. art. 427.) — Pflicht der Unterſuchungsrichter, die Vermögens-Umſtände der Beſchuldigten genau zu unterſuchen. V. vom 16. Dec. 1817. (Regbl. 1817. S. 1022.) R. vom 27. Jan. 1818. Lith. Samm. Nr. 185. Doppelmaier S. 228. 230. Von Confiscationen ſiehe v. Wendt Grundr. §. 22.

6) Bayr. Strafg. II. art. 117. vergl. art. 467.

7) ebend. art. 421 fg.

8) Kleinſchrod Abh. II. S. 133 fg. und im N. Arch. des Crim. R. V. S. 283. — Stü[illegible] §. 1766.

9) Nach Cod. crim. 1751. II. c. 6. §. 11. zum Rechten allein, oder von und zum Rechten. — Bayr. Strafg. II. art. 417. 418.

10) Bayr. Strafg. II. art. 417. — **Gemeinr.**, wo Landes-Geſetze nicht daſſelbe verordnen, iſt dazu jeder zuſtändige Richter befugt. Tittmann §. 727. p.

§. 62.

Summariſches Verhör [1]).

Das gemeinrechtliche ſummariſche Verhör des Angeſchuldeten iſt weſentlicher Beſtandtheil der Special-Inquiſition im weitern Sinne und unterſcheidet ſich von dem articulirten in der formellen Special-Inquiſition nur durch die nicht articulirte Form. Es umfaßt daher perſönliche Verhältniſſe des Inculpaten, und Hauptſache, nämlich Geſtändniß, Einreden, Angaben und Erklärungen deſſelben über ſeine, und ſeiner etwaigen Mitſchuldigen, Schuld oder Unſchuld, und hat vollſtändige Aufnahme aller durch die General-Unterſuchung noch nicht, oder Ergänzung dort ſchon erhobener Thatumſtände (§. 45. 48.) zur Folge. Dagegen ſteht dem bayr [2]) ſummariſchen Verhör das ordentliche (§. 63.) gegenüber, und in erſterem darf, die Fragen nach blos perſönlichen Verhältniſſen [3]), und den Fall eines freywilligen Bekenntniſſes ausgenommen [4]), mit beſondern Fragen in den Verhörten nicht gedrungen, auch ihm die Beſchuldigung noch nicht genannt werden [5]); es hat daher lediglich

---

1) Bauer §. 102. — v. Feuerbach §. 631—636. — Martin §. 130. 132. — Mittermaier I. S. 646. Quiſtorp §. 663—665. — Stübel §. 1890 fg. 1998 fg. 2660—2665. 2788. 2989 fg. — Tittmann §. 772. 774. 783. 784.

2) Bayr. Strafg. II. art. 133. 152—162.

3) ebend. art. 157. 4) ebend. art. 161.

5) ebend. art. 158. — Wie iſt hiemit die art. 154. vorge-

den Zweck, einem blos proviſorich Verhafteten [6]) vor erkannter Special-Inquiſition [7]) ſchon in den erſten 24 Stunden [8]) bey jeder [9]) ihn verhaftenden Behörde Gehör zu verſchaffen [10]).

§. 63.

Articulirtes — ordentliches Verhör.

Articulirte Form der Verhöre des Angeſchuldeten und allenfalls auch der wiederholten Zeugenvernehmungen (§. 43.) iſt weſentlicher Character des gemeinrechtlichen feierlichen Criminal-Prozeſſes oder der formellen Special-Inquiſition. Da Geſtändniß oder wenigſtens halber Beweis (§. 56.) vorausgegangen ſind, ſo umfaſſen die vor dem Verhör ſchriftlich zu entwerfenden Inquiſitional-Artikel und zwar a) die General-Artikel alle erheblichen perſönlichen Verhältniſſe und Lebensumſtände des Inquiſiten, b) die Special-Artikel, deren jeder nur Einen Thatumſtand enthalten darf,

---

ſchriebene Recognition eines Leichnam vereinbar? Vergl. art. 75. 93—98. 113. 118. 119. 150 fg. — Mittermaier im N. Arch. d. Crim. R. I. S. 512. — v. Feuerbach Crim. Rechtsf. II. S. 5. (Pfiſter) im Arch. des Crim. R. V. S. 72 fg. — Puchta, W. H., im N. Arch. des Crim. R. IV. S. 436 fg.

6) Bayr. Strafg. II. art. 155. vergl. mit art. 119.

7) ebend. art. 163.

8) ebend. art. 152. vergl. mit art. 19. Nr. 7.

9) ebend. art. 19. 20. 132. 133. 153. 155.

10) ebend. art. 157. 158.

im Ganzen alle weſentlichen Umſtände des Verbrechens, und, was während des Verhörs ſich zur Ergänzung ergiebt, wird c) in Additional-Artikel gebracht [1]). — Die in Bayern vorgeſchriebene wörtliche Aufzeichnung aller Fragen und Antworten (§. 30.) vertritt die Stelle der Artikel in allen Vernehmungen und Verhören. Das erſt nach erkannter Special-Inquiſition (§. 62.) vorzunehmende ordentliche Verhör [2]) des Beſchuldigten unterſcheidet ſich daher von dem ſummariſchen theils durch eine wörtlich vorgeſchriebene Ermahnung zum offenen Bekenntniß [3]), theils durch die Richtung der ſpeciellen Fragen, welche, von der Veranlaſſung der Vorrufung oder des Verhafts im Allgemeinen ausgehend [4]), allmählig [5]) der Beſchuldigung näher rücken, und den Zweck haben, alles, was die Schuld, Unſchuld oder mindere

---

1) v. Feuerbach §. 632. 636—643. — Bauer §. 120—122. 175—186. — Martin §. 133. — Mittermaier II. 99 fg. — Stübel §. 1998 fg. 2750 fg. 2968. — Quiſtorp §. 671—673. — Tittmann §. 785—789.

2) Bayr. Strafg. II. art. 150—154. 163—168. 468.

3) ebd. art. 165. — Nur im erſten und zweyten Verhöre anwendbar. arg. art. 94. Nr. 5. Th. I.

4) Dabey iſt denen, welchen eine vorläufige Verantwortung nach art. 99. nicht zukam und der nachherige Beſchluß der Special-Inquiſition nicht förmlich eröffnet wurde, Gelegenheit zu geben, die art. 102. ausgezeichneten Vertheidigungs-Gründe (§. 59.) anzubringen. V. vom 30. Jul. 1814. Regbl. 1814. S. 1402.. Nr. II. Doppelm. S. 151.

5) Bayr. Strafg. II. art. 167 fg.

Strafbarkeit des Inquiſiten betrifft [6]), umſtändlich zu erforſchen.

§. 64.

Wiederholung des Bekenntniſſes. Widerruf.

Wiederholung eines gerichtlichen Bekenntniſſes fordern die Quellen des gemeinen Rechts nur bey dem in der Marter (§. 67.) abgelegten, in der Urgicht ausdrücklich [1]), iſt aber auch noch jetzt, wenigſtens bey ſchweren Verbrechen, für nöthig zu achten, weil ohne ſie ſelten wahre Beſtimmtheit, Glaubwürdigkeit und Gewißheit (§. 75.) zu erreichen iſt [2]). Deswegen verlangt auch das bayr. Recht, daß ein Geſtändniß über Verbrechen [3]) immer in zwey Verhören abgelegt ſey, ſo daß das im ſummariſchen Verhör (§. 62.) enthaltene im erſten ordentlichen [4]), ein in dieſem gegebenes, im zweyten [5]) und ſo weiter wie-

---

6) ebend. art. 107.

1) P. G. O. art. 66. §. 2. v. Feuerbach §. 593. — Bauer §. 196. — Martin §. 115.

2) Mittermaier II. S. 206. 211. — Mit Bezug auf die P. G. O. art. 91. (ſ. Note 7.) und die gewöhnlichen Urtheils-Formeln, Stübel §. 777 fg. — für unnöthig hält ſie Tittmann §. 832. a. E. — Vgl. Quiſtorp §. 743.

3) Nicht bey Vergehen. Bayr. Strafg. II. art. 470. — Noch weiter geht ein R. vom 9. Jan. 1819. Nr. III. Lith. S. Nr. 195. Doppelm. S. 237. (? Verf. Urk. vom 26. Mai 1818. Tit. VII. §. 2. Geſetzbl. 1818. S. 127.)

4) Bayr. Strafg. II. art. 162. 169. §. 1.

5) ebd. §. 2. — R. vom 13. Dec. 1814. und 8. Merz 1816. Lith. Samml. Nr. 74. b. Doppelm. S. 170.

derholt werden muß, theils um die Wahrheit des erſten durch die Treue des folgenden zu prüfen, theils um in dem folgenden Gelegenheit zu nöthigen Ergänzungen zu erhalten. — Widerrief der Bekennende das in der Tortur abgelegte Bekenntniß, ſo wurde „weither mit peinlicher frage gegen jm" gehandelt [6]), läugnete er aber die Miſſethat, „die er doch vormals ordenlicher beſtendiger weiß bekannt", im „entlichen rechttag", ſo mußte nur „der Richter die zwen geordneten ſchöpffen, ſo mit jm ſolche verleßne vrgicht vnd bekanntnuß gehort" hatten „auff jr eyde fragen, ob ſie die verleſen vrgicht gehort haben vnd ſo ſie jha darzu ſagen", ſo geſchah die Actenverſendung (§. 73.) an Rechtsverſtändige [7]). Jetzt erfordert, nach gem. [8]) und bayr. [9]) Ordnung, jeder Widerruf neue Unterſuchung und genaue Erforſchung ſeiner Veranlaſſung, Gründe, Wahrſcheinlichkeit und Wahrheit.

---

6) P. G. O. art. 57.

7) „vnnd nach dem ſolche zween ſchöpffen inn dieſem fall nit als zeugen, ſonder als mit Richter handeln, ſollen ſie derhalb vom gericht oder der vrtheyl nit ausgeſchloſſen werden." P. G. O. art. 91.

8) v. Feuerbach §. 587. Nr. 2. — Bauer §. 197. — Kleinſchrod im N. A. des Crim. R. IV. S. 195 fg. — Martin §. 75. — Mittermaier II. S. 330 fg. — Quiſtorp §. 744 fg. — Stübel §. 756. 2858. — Tittmann §. 836 fg. — derſelbe über Geſtändniß und Widerruf. 1810.

9) Bayr. Strafg. II. art. 170. 273.

§. 65.

Captiöſe und ſuggeſtive Fragen [1]).

Einen Beſchuldigten auf geſetzliche Entſchuldigungs- und Vertheidigungs-Gründe durch, dieſelben bezeichnende, Fragen aufmerkſam zu machen, iſt in der P. G. O. in Bezug auf den Beweis der Unſchuld überhaupt, und auf die Abweſenheit vom Orte der That insbeſondere [2]), im bayr. Geſetz in Rückſicht auf letztere, auf Nicht-Exiſtenz der That und auf einen Irrthum in der Perſon [3]) befohlen; und gegen hartnäckig läugende Verbrecher wird zuletzt beſtimmtes Vorhalten der Beſchuldigung in den Fragen nöthig (§. 67.). Auſſerdem aber ſind Fragen, welche das, was der freyen Aeußerung des Verhörten hätte überlaſſen werden ſollen, ſchon enthalten, oder auch ein bloſſes Ja oder Nein veranlaſſen würden, bey Inquiſiten und Zeugen, als unerlaubte Suggeſtionen [4]), und Fragen, welche mehrfachen Sinn

---

1) Bauer §. 179—181. — v. Feuerbach §. 633. — Kleinſchrod Abh. I. S. 63. — Martin §. 74. — Mittermaier I. S. 673 fg. II. S. 119. — Quiſtorp §. 669. 670. — Stübel §. 1973—1997. — Tittmann §. 777. Parſt über Suggeſtionen. 1810. Stecher über captiöſe Fragen 1816. 2) art. 47.

3) Bayr. Strafg. II. art. 102. — ſiehe oben §. 59.

4) L. 1. §. 2. C. de quaest. (IX. 41.) „die ſelben vmbſtende der miſſethat vorgeſagt." P. G. O. art. 56. §. 1. = Bayr. Strafg. II. art. 183. vergl. art. 267. Nr. 5. und 277. Nr. 2.

haben, deren Bejahung oder Verneinung daher eine Auslegung gegen den Sinn des Antwortenden zuläßt, captiöſe (verfängliche) [5]), verboten.

§. 66.

Verfahren bey Stummen, Tauben, Taubſtummen, der Sprache Unkundigen, Geisteskranken u. d.

Einem tauben Inquiſiten oder Zeugen ſind die Fragen ſchriftlich vorzulegen, ein Stummer hat die mündlichen Fragen ſchriftlich zu beantworten. Kann der Taube nicht leſen oder der Stumme nicht ſchreiben, oder iſt der Verhörte taubſtumm und im Leſen und Schreiben nicht unterrichtet, ſo geſchieht die Vernehmung unter Zuziehung von glaubwürdigen Zeugen, welche, der Zeichen des Vernommenen kundig, ſich ihm verſtändlich machen können; die Zeichen werden genau zu Protocoll beſchrieben und ihre Erklärung in Worten beygefügt [1]). Iſt der Ver-

---

5) „Dahin gehören alle unbeſtimmte, vieldeutige, verſchiedene Umſtände zugleich umfaſſenden Artikel, wie auch ſolche Fragen, wobey vorausgeſetzt wird, als habe der Inquiſit bereits etwas anderes geſtanden, was von ihm entweder geläugnet oder wenigſtens noch nicht eingeſtanden worden iſt.“ Bayr. Strafg. II. art. 182. vergl. art. 267. Nr. 4. und art. 277. Nr. 2.

1) Bayr. Strafg. II. art. 197. — Claproth Einl. in die ſumm. Proz. §. 547. — Martin §. 60. Note 8. — Mittermaier I. S. 721. — Quiſtorp §. 672. — Stübel §. 2126—2153. 2584—2593. — Tittmann §. 782. — Guyot, R. T., diss. de iure surdo-mutorum. Groen. 1824. — Beyſpiele in Eiſenhart Rechtsb. VII. 1. —

hörte der Sprache des Richters unkundig, ſo werden beeidete Dolmetſcher zugezogen und die Verhandlungen zugleich in zwey Sprachen aufgezeichnet [2]). Bey wahrſcheinlich Geiſteskranken ſind Gerichtsärzte zuzuziehen [3]).

§. 67.

Verfahren gegen Läugnende.

Ein lang gemißbrauchtes, für den gefühlloſen Richter bequemes, aber auch höchſt trügliches [1]) Mittel gegen läugnende Verdächtige war die Folter (Tortur, Marter, peinliche Frage, Peinlichkeit) [2]) und

---

Beyträge zur juriſt. Litt. in den preuß. Staat. V. 1. — Archiv f. d. civil. Prax. III. S. 345 fg. Vergl. A. L. Z. 1820. Nr. 232. — Am ſicherſten ſcheint folgender Gang: 1) Erhebung eines vollſtändigen Beweiſes über die Bedeutung der Zeichenſprache, 2) vollſtändige Erforſchung der Fähigkeiten des Taubſtummen, 3) genaueſte Prüfung ſeines Leumuths, 4) Beobachtung ſeiner Zeichen-Antworten durch zwey, wo möglich von denen zu Nr. 1. gebrauchten, verſchiedene Zeugen; 5) ſeparirte Vernehmung derſelben über die Reſultate der Zeichenbeobachtung; 6) weitere künſtliche Vernehmung des Taubſtummen über die Wahrheit der von ſeinen Zeichen gemachten Erläuterungen, 7) Recapitulation des Verfahrens zu Nr. 4 und 5.

2) Bayr. Strafg. II. art. 198. — Bauer §. 122. — Mittermaier a. a. O. — Tittmann §. 781.

3) Hofacker Ueberſ. §. 166. — Mitermaier I. S. 643. — Tittmann §. 763. — arg. art. 188. 235. Th. II. des bayr. Strafg.

1) „res est fragilis et periculosa." L. 1. §. 23. D. de quaest. (XLVIII. 18.)

2) v. Feuerbach §. 590—594. — Bauer §. 184. 185. 189—197. — Martin §. 112—115. — Mittermaier II. S. 143.

die ihr manchmal vorausgegangene (Verbal- oder Real-) Territion [3]), ſo vorſichtig auch Karl V. ihren Gebrauch durch die Erforderniſſe voller Gewißheit der That [4]), eines halben Beweiſes gegen den Thäter [5]), der Abweſenheit anderer Ueberweiſungs-Mittel [6]), eines ſchweren Verbrechens [7]), und ihre Folgen durch das Verbot aller Suggeſtiv-Fragen (§. 65.) [8]) und durch die Erforderniſſe einer gründlichen [9]) Wiederholung [10]) des Bekenntniſſes und vollſtändiger Verification [11]) deſſelben beſchränkte. Sie iſt in Teutſchland faſt [12]) überall ganz aufgehoben [13]). Deſto ſchwerer, aber auch ehrenvoller

— Quiſtorp §. 722—752. — Stübel §. 1172—1178. Tittmann §. 780.

3) v. Feuerbach §. 595. — Quiſtorp §. 753 fg. — Stübel §. 1179.

4) P. G. O. art. 6. 5) ebd. art. 20. 24 fg.

6) ebd. art. 69. 7) ebd. art. 8. 20.

8) ebend. art. 56.

9) „ſolch warzeychen vnnd vmbſtende — die keyn vnſchuldiger wiſſen oder ſagen kann.“ ebend. art. 53.

10) ebend. art. 56. §. 2.

11) ebend. art. 54.

12) Badenſches Straf-Edict von 1803. §. 10.

13) v. Feuerbach §. 590. e. — deſſen Themis S. 239 fg. — Mittermaier II. S. 162. — Stübel §. 1183 fg. — Die Aufhebung geſchah a) in Preuſſen 3. Jun. 1740. beſchränkt, 27. Jan. und 4. Jul. 1754. ganz, b) in Baden 1767. beſchränkt (vergl. Note 12.), c) in Meklenburg

dagegen iſt für den Inquirenten jetzt die Aufgabe, den Grund des Läugnens zu entdecken und zu heben, und in dem Schuldigen eine Gemüthsſtimmung zu veranlaſſen, welche das Bekenntniß als Folge, entweder der Reue über die ſtrafbare That, oder der Ueberzeugung von der Pflicht, die Wahrheit zu ſagen, oder auch nur der Meinung, längeres Läugnen werde vergeblich ſeyn, herbeyführt. Der Inquirent ſoll, geſtüzt auf volle Kenntniß der Thatumſtände und des Geſetzes, auf umfaſſende Menſchenkenntniß und genaue Beobachtung des Inquiſiten, dieſem nicht durch ein äuſſeres Schreckens-Syſtem, nicht durch betrügliche Verſprechungen [14]), eben ſo wenig durch Drohungen und phyſiſchen Zwang [15]), ſondern durch ſeinen Verſtand, durch Ueberlegenheit ſeines Geiſtes und durch unerſchütterliche Rechtlichkeit [16]) imponiren.

---

16. Dec. 1769, d) in Kurſachſen 2. Dec. 1770, e) in Oeſterreich 1776, f) in Meiningen Jan. 1786, g) in Bamberg 1795, h) in Anhalt-Bernburg Dec. 1801, i) in Bayern 7. Jul. 1806. (durch eine nur einzeln gedruckte, ins Regbl. nicht aufgenommene Verordnung), k) in Würtemberg 23. April 1809, l) in Hannover 25. Mai 1822.

14) Bayr. Strafg. II. art. 186. — v. Feuerbach §. 633.

15) Bayr. Strafg. II. art. 181. — v. Feuerbach §. 633. — Mittermaier I. S. 709.

16) Beyſpiel eines Inquiſiten, welcher erſt dann geſtand, als er ſah, daß alle Verſuche, den Inquirenten zu einem Exceß in dem Maß der Ungehorſamsſtrafen (Note 20.) zu reitzen, fruchtlos ſeyen.

Er wird Ernſt und Güte zweckmäßig abwechſeln laſſen, die Eigenheiten des Inquiſiten ſorgfältig beobachten, ſeine Gemüthsſtimmung immer genau im Auge behalten, ſie überall gehörig nützen, ſelbſt leiten, und den Eindruck, den dieſe Leitung durch ſchickliche Fragen, Ermahnungen, Vorhalt von Widerſprüchen u. d. [17]) macht, aufmerkſam verfolgen, den hartnäckig Läugnenden durch ununterbrochenes Verhör ermüden, den Zurückhaltenden durch das Mannigfaltige der Fragen zu umſtändlichen Angaben nöthigen, dem Ausweichenden auf Umwegen näher rücken, ihn zu indirecten Angaben veranlaſſen, deren Verhältniß zur Hauptſache directe Folgen begründen kann, den Vielredenden in Widerſprüche verwickeln, den planmäßig Lügenden durch Beweiſe der Unwahrheit ſeiner Angaben in ſeinem Syſtem ſtören, den, der ſich ſicher glaubt, durch plötzliches Vorhalten von neuen Verdachtsgründen, Vorzeigung von Werkzeugen oder Spuren der That [18]) überraſchen und überführen, dem Unbeſorgten, Verwegenen und Trotzenden Furcht und Beſorgniß, dem Verzagten Vertrauen einflößen, und wenn alle dieſe mit unermüdeter Geduld fortgeſetzte Bemühungen, ſelbſt am Ende erneuerte Angriffe mit

der

---

17) Bayr. Strafg. II. art. 171—179. — v. Feuerbach §. 632. 633. — Mittermaier I. S. 668 fg. II. S. 115. — Stübel §. 2031—2043. 2089—2125. — Tittmann §. 775 fg.

18) Bayr. Strafg. II. art. 177.

der ganzen Maſſe der wichtigſten [19]) Verdachtsgründe ohne den Erfolg eines offenen Bekenntniſſes bleiben, die ganze Verhandlung wenigſtens ſo leiten, daß in ihr ſich der Seelenzuſtand des Verbrechers in ſeiner wahren Lage, das Bewußtſeyn der Schuld, klar ausſpricht.

Ungehorſamsſtrafen ſind nicht Surrogat der Tortur, ſondern Züchtigung für ungebührliches Betragen [20]).

§. 68.

Confrontation [1]).

Den Inquiſiten zu überraſchen, und von der Beſtimmtheit gegen [2]) ihn vorhandener Ausſagen zu

---

19) Nothwendiges Zurückbehalten einzelner Umſtände, an welchen die Glaubwürdigkeit eines Geſtändniſſes geprüft werden kann. Bayr. Strafg. II. art. 175. 176. Nr. 3.

20) Mit Einſchluß hartnäckig verweigerter Antwort. Bayr. Strafg. II. art. 187—195. — v. Feuerbach §. 590. — Martin §. 108 fg. — v. Arnim Bruchſt. I. S. 32 fg. — Sie waren ausgedehnt auf verweigerte Angabe der Mitſchuldigen, unbeſtimmte Antworten, Ungereimtheiten und Widerſprüche in der bayr. V. vom 7. Jul. 1806. §. 6—9. — und ſind als Mittel gegen Lügner und verſtockte Verbrecher gebraucht in der preuß. Crim. O. von 1805. §. 292—297. Vergl. Mittermaier II. S. 181.

1) Bauer §. 200—203. — v. Feuerbach §. 596. 597. 632. — Kleinſchrod Abh. I. S. 119 fg. — Martin §. 110. — Mittermaier II. S. 190. — Quiſtorp §. 713—721. — Stübel §. 2044—2088. 2594—2596. — Tittmann §. 800—805. — Bayr. Strafg. II. art. 218—231.

2) Alſo keine Confrontation mit wider ihn nicht ausſagenden

überführen, dient die Confrontation (Gegenſtellung). Auch gemeinrechtlich anwendbar und zweckmäßig iſt daher die bayr. Vorſchrift, daß der Inquiſit (als Confrontat) nie [3]), wohl aber der Confrontant (Mitſchuldiger oder Zeuge) ſorgfältig darauf vorzubereiten [4]), und daß die Confrontation nur aushülfsweiſe [5]) im Verfolg der wirklichen Special-Inquiſition [6]) vorzunehmen ſey. Die Gegenſtellung zwiſchen Zeugen unter ſich [7]), welche häufig zu Aufklärung von Thatſachen weſentlich dient, iſt in Bayern [8]) unterſagt (§. 58.), dagegen jeder Zeuge [9]), mit Vorbehalt criminalgerichtlichen Erkenntniſſes über ſeine Weigerungs-Gründe [10]), verbunden,

---

Zeugen. Bayr. R. vom 25. Juni 1816. Lith. Samml. Nr. 141. Doppelmayr S. 176.

3) Bayr Strafg. II. art. 224.

4) ebend. art. 222. — Vorbereitung des Richters. ebend. art. 221.

5) ebend. art. 219. §. 2. = Mevius P. III. dec. 73.

6) ebd. vergl. mit art. 175. 177. (§. 65.) = Martin §. 110. a. E.

7) Jetzt als Confrontation im weitern Sinn, von den andern Arten, als C. im engern Sinn, unterſchieden; v. Feuerbach a. a. O. (vergl. dieſelben §§. der 8. Ausg.) — Unterſchied von Recognition (§. 46.)

8) V. vom 10. Aug. und 8. Nov. 1814. Lith. Samml. Nr. 51. u. 57. Doppelmayr S. 175.

9) Alſo nicht, wer, Zeuge zu ſeyn, nicht verbunden iſt. (§. 59.)

10) Bayr. Straf. II. art. 220. — Stellung zur Confrontation

ſich der Confrontation mit dem Angeſchuldeten zu unterwerfen, während das gem. R. Ausnahmen [11]) und eine Vertheidigung ſowohl des Inquiſiten als des Zeugen zu Abwendung der Confrontation [12]) geſtattet.

§. 69.

Schluß der Special-Unterſuchung.

Aus dem Zweck und den Gegenſtänden der Special-Unterſuchung (§. 58.) ergiebt ſich der Zeitpunkt ihres Schluſſes. Er tritt erſt dann ein, wenn alle in dem einzelnen Falle anwendbaren Kenntnißquellen vollſtändig benützt ſind [1]). Ob dies geſchehen, hat hier der Unterſuchungs-Richter mit derſelben Genauigkeit, Gründlichkeit und Gewiſſenhaftigheit, wie der künftig erkennende Richter, zu prüfen, nach den Erforderniſſen des Geſetzes und ſeines ſpeciellen Plans [2]).

---

im Ausland. R. vom 24. Nov. 1815. Lith. Samml. Nr. 109. Doppelmayr S. 171.

11) Tittmann §. 802. — Cod. crim. de 1751. II. cap. 9. §. 2. — Befreyte, Abweſende, Eheleute, adeliche und anſehnliche Perſonen.

12) Quiſtorp §. 715. — Dagegen Tittmann §. 802. — Eschenbach de defensione pro avert. confr. 1784.

1) „volnfurte kundtſchafft vnd beſchluß.“ P. G. O. art. 78. — v. Feuerbach §. 635. — Martin §. 128. Note 9. §. 131. a. E. — Tittmann §. 746. — Abegg Grundriß §. 164. — Bayr. Strafg. II. art. 141. 149. 218. 473.

2) arg. art. 112. ibid. vergl. mit art. 347. ſ. §. 54. Note 1.

Zu vollſtändigen Acten gehören in Bayern ein gericht-ärztliches Zeugniß über die Leibes-Beſchaffenheit und den Geſundheitszuſtand des Inquiſiten [3]), dann eine ſchriftliche Aufklärung von dem Gerichte des Wohnorts über den Vermögensſtand des Unterſuchten und der zu ſeinem Unterhalt verpflichteten Perſonen (§. 85.) [4]).

Dritter Titel.

Vertheidigung.

§. 70.

Arten der Vertheidigung und Verfahren [1]).

Vertheidigung iſt weſentlicher Beſtandtheil jeder Unterſuchung. Ihre Arten ſind Neben- und Hauptvertheidigung, materielle und formelle Defenſion. Nebenvertheidigungen werden **gemeinrechtlich** angewendet gegen einzelne nachtheilige Verfügungungen, zu Abwendung der Einleitung einer Unterſu-

---

3) ebend. §. 149. — Bezahlung des Zeugniſſes. R. vom 9. Mai 1818. Lith. Inh. Note 48.

4) V. vom 16. Dec. 1817. Nr. 1. Regbl. 1817. S. 1022. Doppelmayr S. 228.

1) P. G. O. art. 88—90. — Bauer §. 209—211. 220—224. — v. Feuerbach §. 611—613. 642. — Martin §. 50. 63. — Mittermaier I. S. 73. II. S. 208. — Stübel §. 2333 fg. — Quiſtorp §. 651—654. 657. Tittmann §. 806 fg. — Bayr. Strafg. II. art. 141—149. 218. 473.

chung (§. 35.), der Special-Inquiſition (§. 59.), der Haft (§. 60.), der Steckbriefe (§. 61.) der Folter (§. 67.), der Confrontation (§. 68.) und ſelbſt des Reinigungs-Eides (§. 75.) In **Bayern** findet ſich eine vorläufige Verantwortung vor erkannter Special-Inquiſition (§. 59.) und eine, jedoch ohne Anwalt, augenblicklich zu Protocoll zu gebende Vertheidigung gegen erkannte Special-Inquiſition (ebd.). Die **Hauptvertheidigung**, Schluß der Special-Unterſuchung (§. 69.) vor dem Erkenntniß (§. 73.), iſt **materiell**, wenn ſie der Angeſchuldete ſelbſt, **formell**, wenn ſie ein aufgeſtellter oder gewählter Defenſor führt. Letztere iſt, nach der gemeinrechtlichen Praxis, in allen ſchwerern peinlichen Fällen nothwendig [2]), in **Bayern**, wenn das angeſchuldete Verbrechen ein Erkenntniß auf Todes- oder Kettenſtrafe beſorgen läßt [3]). Für beyde Arten wird hier in dem **Schlußverfahren** [4]) geſorgt, d. i. in einem am Ende des letzten Verhörs beſonders beſtimmten Termin, welcher die Vertheidigung zum ausſchlieſſenden Zweck hat, und worin der Angeſchuldete entweder ſelbſt alles vorbringen ſoll, was er, der Wahrheit gemäß, zu ſeiner Entſchuldi-

2) **Tittmann** §. 808.

3) Bayr. Strafg. II. art. 142. — Analoge Anwendung bey Minderjährigen und andern, das Recht oder die Wichtigkeit der Sache nicht kennenden, Perſonen.

4) Mehrfacher Zweck dieſes Verfahrens. vergl. II. art. 218. N. vom 8. Merz 1815. Lith. Samml. Nr. 74. **Doppelmayr** S. 154.

gung dienlich erachtet, oder auch einen Vertheidiger wählen kann, welcher mündlich oder ſchriftlich, entweder im Schlußtermin oder, ſolange noch in der Hauptſache nicht erkannt iſt, dasjenige, was noch einer weiteren Unterſuchung bedarf, oder zur Vertheidigung dient, und alle rechtlichen Gründe anzeigt, welche die Gültigkeit des Verfahrens, die Glaubwürdigkeit und Kraft der Beweiſe und überhaupt die Abwendung oder Minderung der Schuld betreffen [5]).

§. 71.

Vertheidiger [1]).

Zum Vertheidiger kann ſich der Angeſchuldigte, ſoweit nicht Provincial-Geſetze ihn beſchränken, jeden Rechtsverſtändigen wählen. Zur Uebernahme der Vertheidigung ſind gewöhnlich Advocaten und Doctoren der Rechte [2]) ſchon durch ihren Eid verpflichtet, und es bedarf bey wirklicher Uebernahme der durch die Wahl des Angeſchuldeten oder

---

5) Bayr. Strafg. II. art. 142. 146. 147.

1) Bauer §. 55. 212. — v. Feuerbach §. 612. — Martin §. 49—51. — Mittermaier I. S. 315 fg. — Quiſtorp §. 551. 655. — Stübel §. 1512—1514. 2250—2267. 2287—2363. — Tittmann §. 674. 809. 810.

2) conf. Quiſtorp §. 655. — Die P. G. O. art. 88. erlaubte die Wahl der Fürſprecher aus den Schöpfen. Dieſelbe Beſtimmung hatten ehedem in Preußen Aſſiſtenzräthe.

des Richters übertragenen Defenſion gemeinrechtlich einer beſondern Verpflichtung des Defenſors nicht. In **Bayern**[3]) ſind, die Vertheidigung eines Angeſchuldeten zu übernehmen, verbunden[4]), a) Advocaten, b) Acceſſiſten der Appellations-, Stadt- und Landgerichte; berechtiget iſt aber auch c) jeder andere Rechtsverſtändige, welchen der Inquiſit wählt. Das Wahlrecht eines mittelloſen Beſchuldigten iſt beſchränkt auf die beyden letztern Klaſſen[5]); Advocaten werden zu ſolchem Amt nur ſubſidiär und nach einem Turnus berufen[6]), auch nur aus dem Bezirke des Criminal-Gerichts zugelaſſen[7]), nur für Auslagen an Reiſe- und Zehrungs-Koſten und Schreib-Gebühren entſchädiget[8]), und ihres Eides blos erinnert; andere Defenſoren aber beſonders beeidet[9]). Mehrern Mit-

---

3) Bayr. Strafg. II. art. 142. 143.

4) Auch dann, wenn ſie die Sache für indefenſibel halten. R. vom 26. Jul. 1814. Lith. Samml. Nr. 48. Doppelmaier S. 161.

5) V. vom 2. Sept. 1814. Nr. 3. Regbl. 1814. S. 1458. Doppelm. S. 224.

6) ebend. Nr. 4. und R. vom 8. Merz und 31. Oct. 1815. Lith. Samml. Nr. 74. Beyl. b. Nr. IV. und Nr. 108. Doppelm. S. 158.

7) R. vom 13. Dec. 1814. a. E. Lith. Samml. Nr. 74. Beyl. b. Doppelm. S. 156.

8) V. oben Note 5. Nr. 1. 2.

9) V. vom 28. April 1814. Regbl. 1814. S. 993 fg. Doppelmaier S. 162 fg. — Ihre Denunciationspflicht ſ. §. 39. Note 6. §. 49. Note 8.

ſchuldigen, deren Intereſſe verſchieden iſt, müſſen auch verſchiedene Defenſoren zugelaſſen werden [10]).

§. 72.

Vertheidigungsſchriften [1]).

Eine Vertheidigungsſchrift, welche den Richter überzeugen ſoll, hat, mit einem zweckmäßigen richterlichen ſchriftlichen Vortrag (§. 74.), Erforderniſſe [2]), und weſentliche Einrichtung gemein, und wird ſo bearbeitet ihren Zweck am beſten [3]) erreichen. Sie iſt in Bayern zugelaſſen, nicht nothwendig [4]).

---

10) Martin §. 50. Note 16. — Tittmann §. 809. — Vergl. Mittermaier Vertheidigungskunſt §. 127. — Klein's Annalen XXI. S. 165. Nr. 2.

1) P. G. O. art. 90. — Bauer §. 213—219. — Martin §. 63. — Mittermaier II. S. 234. — deſſelben Anleitung zur Vertheidigungskunſt 1820. — Quiſtorp §. 658—662. — Stübel §. 2268—2286. — Tittmann §. 807. 808. 811—814.

2) Selbſt in Bezug auf Vorbereitung durch ſorgfältiges Actenſtudium. Blos die Unterredung mit dem Angeſchuldeten iſt etwas ſinguläres. Sie findet ohne Beyſeyn der Gerichts-Perſonen ſtatt. Bayr. Strafg. II. art. 145. — Martin §. 51. Note 14. — v. Feuerbach §. 613. — Hurlebuſch Erört. I. 2. S. 8.

3) Selbſt aus pſychologiſchen Gründen.

4) Bayr. Strafg. II. art. 147. — Oeffentliche Bekanntmachung der Defenſionsſchriften iſt nur beſchränkt, und nach vorheriger Prüfung durch das Appellationsgericht ge-

Vierter Titel.

Urtheil und Rechtsmittel.

Erſtes Kapitel.

Abfaſſung des Urtheils.

§. 73.

Acten-Einſendung und Verſendung [1]).

Aus der jetzt gewöhnlichen Trennung unterſuchender und erkennender Gerichte (§. 11. Note 3.) folgt die Nothwendigkeit der Einſendung oder Verſendung geſchloſſener Unterſuchungs-Acten. Erſtere geſchieht an Obergerichte, letztere an Spruchcollegien [2]). Für Bayern gilt erſtere allein,

---

ſtattet. V. vom 21. Juni 1814. Regbl. 1814. S. 1266 — 1270. Doppelmayr S. 166.

1) Bauer §. 231. 232. — v. Feuerbach §. 618. — Martin §. 139. 144. — Stübel §. 3106 — 3166. — Quiſtorp §. 768 — 770. — Tittmann §. 815 — 819.

2) Auſſer der P. G. O. art. 219. reden ſpätere teutſche allgemeine Geſetze nur von Actenverſendung in Civilſachen. (R. A. 1570. §. 85. R. D. A. 1600. §. 16. R. A. 1654. §. 113. T. B. A. vom 8. Juni 1815. art. XII. — Emminghaus Corpus juris germanici II. S. 17. 150. 324. 639.). Allein die Actenverſendung an Spruchcollegien iſt auch jetzt noch in Criminalſachen, theils auf Verlangen des Betheiligten, theils von Amtswegen (ſo in Meklenburg, wenn das landesherrliche Intereſſe mit ſolchen Sachen verwickelt iſt) in neuern Landes-Geſetzen ausnahmsweiſe zweckmäßig geſtattet, vergl. Prov. O. d. g. O. A. G. zu Jena 1816. §. 32. Mekl. C. G. O. 1817. Th. II. §. 36. Anhalt. Erl. 1822. XIX fg. §. 14 fg.

ſetzt vollſtändigen Schluß der Special-Inquiſition (§. 69.) mit Inbegriff der Vertheidigung (§. 70—72.), ſo wie gehörig geordnete Acten (§. 30.) voraus, und richtet ſich nach dem Inſtanzen-Verhältniß der erkennenden Gerichte (§. 28.) [3]).

§. 74.

Vortrag [1]) und Urtheils-Fragen.

Die Referir-Methode [2]) iſt ein eigener Theil der praktiſchen Rechtsgelehrſamkeit, deſſen ausführliche Erörterung deswegen nicht hierher gehört. Ihre Anwendung richtet ſich nothwendig nach der beſondern Beſchaffenheit eines jeden Falls und ſorgt überall für Klarheit, Vollſtändigkeit und Wahrheit, trennt daher dasjenige, deſſen Verbindung die Aufmerkſamkeit der Votanten ſtören würde, und verbindet, was durch ſolche Verbindung vollſtändiger und deutlicher wird, ſondert alſo in den meiſten Fällen einer Concurrenz von Verbrechen oder von Verbrechern den Vortrag nach einer von beyden Rubriken, und verbindet bey dem Zuſammentreffen beyder den Acten-Auszug und die Beurtheilung rückſichtlich der Theilnehmer eines und deſſelben Factums [3]). Gemein-

---

3) Bayr. Strafg. II. art. 149. 346. 473.

1) Bauer §. 234. 235. — v. Feuerbach §. 618. — Martin §. 56. 141. — Mittermaier II. S. 536. — Quiſtorp §. 771. 772. — Tittmann §. 897.

2) Martin Anleitung zu dem Referiren über Rechtsſachen S. 153 fg. — Kori Anleitung zum Referiren S. 72 fg.

3) Z. B. in einem Vortrag über 6 Mitſchuldige A. B. C. D.

rechtlich vollkommen anwendbar iſt die bayr. Vorſchrift, daß der Hauptvortrag in jeder Criminal-Sache ſchriftlich zu faſſen ſey, und, nebſt der Veranlaſſung und bündigen Geſchichte des Prozeſſes ſelbſt, eine getreue Darſtellung des Vorfalls mit allen Umſtänden, welche nur immer Einfluß auf das End-Urtheil haben können, nebſt deren rechtlichen Beurtheilung ſowohl hinſichtlich der Förmlichkeiten, als der Sache ſelbſt enthalten müſſe [4]), und zwar dieſe Beurtheilung

---

E. F., welche theils einzeln, theils in Verbindung 4 Verbrechen α, β, γ, δ verübt haben, in der Art:

a) Veranlaſſung der Unterſuchung.

b) Bündige Prozeßgeſchichte und Gutachten über den Actenſchluß.

c) Perſönliche Verhältniſſe der Inquiſiten A. B. C. D. E. F.

d) Thatbeſtand, Geſtändniſſe, oder Beweiſe nach ihren verſchiedenen Klaſſen, überall nebſt Beurtheilung der Schuld in Anſehung

1) des Raubs α und der Theilnehmer A. E. F.

2) des Einbruchs β und der Miturheber A. B. C.

3) des groſſen Diebſtahls γ und der Mitthäter B. D. E.

4) der Brandſtiftung δ und der Complottanten C. D. E. F.

e) Collectiv-Vota über Schuld und, nach genauer Erwägung mildernder und erſchwerender Umſtände, verdiente Strafe

1) des A zu den Facten α und β.

2) des B zu β und γ.

3) des C zu β und δ.

4) des D zu γ und δ.

5) des E zu α, γ und δ.

6) des F zu α und δ.

f) Koſten und Entſchädigung.

4) Bayr. Strafg. II. art. 344—348. 474. — V. vom 6. 12. Oct. 1813., 21. Jul. 1814., 2. Juni, 30. Aug. 1815. 25. Juni, 13. Aug., 2. Sept., 3. Oct. 1816., 4. Merz 1817. Lith. Samml. Nr. 7. 8. 46. 93. 102. 141. 147. 149.

nach den drey Hauptfragen: a) ob die Acten zum Spruche reif; b) ob der Angeſchuldete, und weſſen er für ſchuldig zu achten; c) welche Strafe gegen ihn zu erkennen ſey?

§. 75.

Prüfung des Beweiſes 1) aus den Ausſagen des Beſchuldigten.

Während, zu Eröffnung einer Unterſuchung, Wahrſcheinlichkeit des Verbrechens hinreicht (§. 35.), wird zu dem Straf-Erkenntniß Gewißheit der ſtrafbaren That erfordert, und zwar, da die richterliche Ueberzeugung anf Rechtsgrundſätzen beruhen ſoll, juridiſche Gewißheit, welche hier ſich nicht (§. 5.) mit formeller Wahrheit begnügt, daher dem Verzicht keine rechtliche Wirkung giebt, ſondern materielle Wahrheit und möglichſte Uebereinſtimmung mit moraliſcher Ueberzeugung verlangt [1]). Für jede Erkenntniß-Quelle finden ſich deshalb in den Geſetzen oder wenigſtens in der Analogie Beſtimmungen über ihre Erforderniſſe, und ihre Wirkung.

---

160. 162. Doppelm. S. 186. 3. 187. 183. 208. 176. 148. 183. 185. 153.

1) P. G. O. art. 47. 54. — Bauer §. 133—141. — v. Feuerbach §. 543—545. 566—573. — Martin §. 67 fg. — Mittermaier I. S. 195. Deſſelben Theorie des Beweiſes. — Quiſtorp §. 676—678. — Stübel §. 1082 fg. 2201—2249. — Tittmann §. 820—826. — Bayr. Strafg. II. art. 259—260.

Das freywillig abgelegte Bekenntniß, oder ein nach dem Vorhalt von Verdachtsgründen erfolgtes Geſtändniß des Beſchuldigten hat volle Beweiskraft, wenn es vor gehörig beſetztem Unterſuchungs-Gericht, beſtimmt und deutlich mit Worten, nicht durch bloſſe Zeichen, umſtändlich und zuſammenhängend, frey, ohne Zwang oder Ueberliſtung, bey vollem Verſtande abgelegt wurde, und mit den darüber eingezogenen Erfahrungen d. i. mit dem Thatbeſtande (§. 44.) weſentlich übereinſtimmt [2]). Dieſen letztern allein zu begründen, iſt Geſtändniß unzureichend [3]). Ebenſo wenig kann die bloſſe negative Behauptung [4]) des Verbrechers allein, ohne ſonſtigen Beweis, die ſonſt bewieſene Schuld (§. 76 fg.) wi-

---

2) Bauer §. 142—146. — v. Feuerbach §. 582—587. v. Feuerbach §. 72—76. — Martin §. 74. — Mittermaier II. S. 294—345. — Quiſtorp §. 679 — 686. — Stübel §. 711—839. — Tittmann §. 830 — 837. — Bayr. Strafg. II. art. 266. 267.

3) Quiſtorp §. 681. = Bayr. Strafg. II. art. 268. A. M. v. Feuerbach §. 585. — Martin §. 72. — Mittermaier II. S. 337. — Stübel §. 746 fg. 755. derſelbe vom Thatb. §. 314—335.

4) Nicht einmal im qualificirten Geſtändniß. Mittermaier II. S. 323 fg. Was das Bayr. Strafg. II. art. 269—271. als Ausnahme anordnet, iſt nicht Ausnahme des Grundſatzes, daß durch Geſtändniß allein der Thatbeſtand nicht bewieſen werden könne, ſondern der Fall eines künſtlichen Beweiſes des Thatbeſtands. Stübel §. 795 fg.

derlegen und ganz unzweckmäßig [5]) iſt daher der durch ältere Geſetze [6]) geſtattete, auch in der Praxis noch hie und da vorkommende [7]), in neueren Geſetzen aber theils ausdrücklich [8]), theils ſtillſchweigend, wie in **Bayern** [9]), aufgehobene Reinigungs-Eid [10]).

§. 76.

2) Aus Zeugen-Ausſagen [1]).

Die vollgültige Ausſage eines Zeugen hat, außer den Erforderniſſen der beweiſenden Ausſage eines Bekennenden (§. 75.), auch das Erforderniß der eid-

---

5) Mittermaier II. S. 421 fg. — deſſelben Theorie des Beweiſes.

6) C. 8—11. X. de purg. can. (V. 34.) R. A. 1512. 4. §. 6. Landfr. 1548. Kap. 14. §. 1. K. G. O. II. 10. §. 1.

7) Bauer §. 204—208. — v. Feuerbach §. 598. 599. de Malblanc doctrina de iureiur. §. 111. — Martin §. 111. — Mittermaier a. a. O. — Quiſtorp §. 755—764. — Stübel §. 1248—1273. 3349—3368.

8) Preuß. Crim. O. 1805. §. 392.

9) Bayr. Strafg. II. art. 24. II. art. 336. — Er war auch im Cod. crim. von 1751. II. 9. §. 11. nur in subsidium und ſehr beſchränkt zugelaſſen.

10) Einen Erfüllungs-Eid ſogar nehmen als zuläſſig an, Quiſtorp §. 678. — Martin §. 111.

1) Bauer §. 148—150. — v. Feuerbach §. 575—577. — Martin §. 77. 78. — Mittermaier II. S. 345. — Quiſtorp §. 688 fg. — Stübel §. 840—935. 1111—1113. 1134—1137. 1167—1169. 2616—2622. — Tittmann §. 850—860. — Bayr. Strafg. II. art. 276—297.

lichen Bekräftigung [2]). Eine Thatſache, und daher auch die Schuld eines Verbrechers, kann vollſtändig bewieſen werden durch zwey vollkommen glaubwürdige (§. 50.) in ihren Ausſagen weſentlich übereinſtimmende, von eigener unmittelbarer Wahrnehmung deponirende Zeugen [3]). Nach demſelben Verhältniß macht die Ausſage eines ſolchen Zeugen halben [4]) Beweis, und das bayr. Strafgeſetz erlaubt dem richterlichen Ermeſſen, die Ausſage zweyer verdächtiger Zeugen der Ausſage eines vollgültigen [5]), und die Ausſage zweyer nicht ganz verdächtiger Zeugen in Verbindung mit der Ausſage eines vollgültigen, oder auch die Ausſagen von vier oder mehr nicht verdächtigen Zeugen unter ſich einem vollen Beweiſe [6]) gleichzuachten.

---

2) Quiſtorp §. 699. = Bayr. Strafg. II. art. 209. 285.

3) 4. Moſ. 35. V. 30., 5. Moſ. 17. V. 6., 19. V. 15. — Michaelis Moſ. R. VI. §. 299. — L. 12. D. de test. (XXII. 5.) L. 20. D. de quaest. (XLVIII. 18.) L. 9. §. 1. C. de test. (IV. 20.) Can. 8. C. XXXIII. qu. 2. — c. 4. 5. 10. 23. X. de test. (II. 20.) P. G. O. art. 30. 67.

4) P. G. O. art. 30. = Bayr. Strafg. II. art. 286.

5) Bayr. Strafg. II. art. 288.

6) ebd. art. 289. Arithmetiſch richtig; denn, wenn $2\alpha = a$ und $2a = A$ ſo iſt auch $4\alpha = A$; $2\alpha + a = A$; $2\alpha = \frac{A}{2}$, und $a = \frac{A}{2}$.

§. 77.

3) Aus Augenſchein und Gutachten der Sachverſtändigen[1]).

Was durch gerichtlichen, geſetzlich vorgenommenen Augenſchein (§. 46.), mit Gewißheit erhoben wurde, iſt vollſtändig bewieſen. Ueber dasjenige, was der Beurtheilung von Sachverſtändigen nach den Grundſätzen einer beſondern Wiſſenſchaft oder Kunſt[2]) überlaſſen werden mußte, entſcheidet, wenn ſie vollkommen zeugentüchtig und gehörig verpflichtet[3]) ſind, ihr mit zureichenden Gründen[4]) unterſtütztes einſtimmig oder durch Majorität gefaßtes Gutachten, und unter denſelben Vorausſetzungen auch das Gutachten einer höhern, aus Sachverſtändigen gebildeten Behörde.

§. 78.

---

1) Bauer §. 93 fg. 147. — v. Feuerbach §. 574. — Martin §. 79. 81. — Mittermaier I. S. 612. II. S. 283. — Quiſtorp §. 606. und 653. f. — Stübel §. 2478—2583. 2609—2615. — Tittmann §. 827—829. — Bayr. Strafg. II. art. 261—265.

2) ſ. oben §. 46. Note 9—11.

3) ebend. §. 47. Note 3.

4) Das Vorhandenſeyn derſelben muß der Richter prüfen. Vergl. oben §. 47. Note 10. — R. in der U. w. K. v. K. wegen Mord vom 5. Mai 1812. — arg. art. 164. Nr. 3. des bayr. Strafg. II. Vergl. Pr. Crim. O. 1805. §. 173 fg.

§. 78.

4) Aus Urkunden [1]).

Urkunden ſind in Criminalſachen nicht ſelbſtſtändiges Beweis-Mittel, ſondern enthalten entweder den Gegenſtand oder das Mittel eines Verbrechens, ein Geſtändniß oder ein Zeugniß. Ihre Beweiskraft hängt ſowohl hievon, als von der vollſtändigen Gewißheit über den Urheber des Documents ab, und dieſe läßt ſich nur durch vollgültiges Geſtändniß (§. 75.) oder durch gerichtlichen Zeugenbeweis (§. 76.) erreichen. Schriftenvergleichung (comparatio litterarum) begründet nur Vermuthungen [2]).

§. 79.

5) Aus Anzeigungen [1]).

Anzeigungen (indicia) (§. 57.) können, ſchon ihrem Begriff nach, an und für ſich allein kei-

---

1) Bauer §. 151—153. — v. Feuerbach §. 578—581. — Martin §. 80. — Mittermaier II. S. 401. — Quiſtorp §. 707—709. — Stübel §. 1032—1063. 2671 fg. — Tittmann §. 847—849. — Bayr. Strafg. II. art. 298—307.

2) Nach Umſtänden nahe oder entfernte. Bayr. Strafg. II. art. 300. — Nov. 73. c. 7. Preuß. Cr. O. 1805. §. 385. Mittermaier II. S. 418 fg. A. M. ſcheint v. Feuerbach §. 580. a. E. zu ſeyn. — Einen halben Beweis nehmen an Quiſtorp §. 708. — Tittmann §. 848.

1) Bauer §. 154—173. — v. Feuerbach §. 546—565. — Konopack im N. A. des Crim. R. III. S. 494 fg. —

nen vollſtändigen Beweis liefern, wenn ſie auch in noch ſo großer Anzahl und Stärke vorhanden ſind. Sie begründeten daher nach der P. G. O. nur Anwendung der Folter (§. 67.) und ſind gemeinrechtlich zur Verurtheilung in peinliche Strafe unzureichend [2]). Das bayr. Geſetz läßt jedoch auch aus Anzeigungen überzeugende Gewißheit, daß ſich die angezeigte Perſon der That ſchuldig gemacht habe, entnehmen, und dann aus dem Zuſammentreffen der Anzeigungen zu jeder peinlichen Strafe, die Todesſtrafe allein ausgenommen [3]), verurtheilen [4]).

Martin §. 84—93. — Mittermaier II. S. 431 fg. — Quiſtorp §. 611—641. 710—712. — Stübel §. 936—1031. 1114—1123. — Tittmann §. 865—867.

2) P. G. O. art. 22. = L. 5. pr. D. de poenis (XLVIII. 19.) > L. 25. C. de probat. (IV. 19.) „indicia ad probationem indubitata et luce clariora.“

3) Bayr. Strafg. II. art. 330.

4) Bayr. Strafg. II. art. 328. (wörtlich aufgenommen in die Erl. d. Anh. L. O. 1822. XIX fg. §. 2. S. 142.)

1) „Wenn mehrere mit dem vorliegenden Verbrechen in beſtimmtem Zuſammenhange ſtehende gleichzeitige und mit vorausgehenden und nachfolgenden Anzeigungen verbundene Indicien, welche einzeln vollſtändig erwieſen ſind, in der angezeigten Perſon zuſammentreffen, und 2) unter ſich ſelbſt dergeſtalt im Zuſammenhange ſtehen, daß ſolche Uebereinſtimmungen nach dem ordentlichen Laufe der Dinge nicht anders, als aus der Begehung des Verbrechens vernünftigerweiſe erklärt werden kann; auch dieſelben 3) mit andern erwieſenen Umſtänden der That nicht im Widerſpruch ſtehen, überdies 4) der Inquiſit keine beſondern gegründeten Anzeigungen der Unſchuld für ſich hat, und endlich 5) durchaus keine Umſtände vorhanden ſind, welche die (rechtliche) Vermuthung geben, daß die That von einer andern Perſon wäre begangen worden.“ —

§. 80.

Colliſion der Beweis-Mittel [1]).

In jedem Colliſions-Fall ſollte größere Glaubwürdigkeit und Wahrſcheinlichkeit [2]), und im Zweifel die dem Angeſchuldeten günſtigere Meinung [3]), nie

---

Logiſcher Beweis aus dem Zuſammentreffen aller Umſtände, Anm. I. S. 247. — Findet er ſtatt, wenn der Thatbeſtand mangelhaft iſt? Vergl. Strafg. II. art. 106. 308. 335. — Zweifel gegen ſeine Zuverläſſigkeit aus der Praxis. (Fall einer Brandſtiftung, deren drey Räuber, eines in dem abgebrandten Hauſe kurz vor ausgebrochenem Brande gemeinſchaftlich verübten Einbruchs geſtändig, ſich ſelbſt unter einander für ſchuldig hielten, und ſich gegenſeitig zu überführen bemühten, und welche doch von einem Vierten, ihnen und, mit Ausnahme eines Einzigen, allen andern Ortsbewohnern Unbekannten, in dem Momente des Einbruchs verübt war. U. w. B. M. und Conſ. wegen Raub u. a. 1808.) — Modificirte Anwendungen des bayr. art. 328. finden ſich in dem Weimar'ſchen Geſetz vom 7. Mai 1821. und in der Hannovr. V. vom 25. Mai 1822. art. IV. V. N. Arch. des Crim. R. VI. S. 6. und 260.

1) v. Feuerbach §. 560 fg. — Martin §. 91. — Mittermaier II. S. 386 fg. — Stübel §. 929—935. 993—1011. 1065—1081. 1145—1162. 2594—2615. — Tittmann §. 859. 868.

2) „non enim ad multitudinem respici oportet, sed ad sinceram testimoniorum fidem, et testimonia, quibus potius lux veritatis adsistit.“ L. 21. §. 3. D. de testib. (XXII. 5.)

3) L. 192. §. 1. D. de R. I. (L. 7.)

aber die bloſſe Zahl der Zeugen oder anderer Beweis-Mittel, entſcheiden. Beyde erſtere Entſcheidungs-Gründe nimmt das bayr. Geſetz blos dann an, wenn Behauptung und Gegenbehauptung gleich viel und ſoviel Zeugen für ſich hat, als das Geſetz zum vollſtändigen Beweiſe erfordert. Sonſt läßt es unvollſtändige Zeugenbeweiſe im Fall der Gleichheit ſich einander aufheben, im Fall der Ungleichheit nur ſchwächen, und bey der Colliſion eines vollſtändigen mit einem unvollſtändigen Beweiſe erſtern beſtehen, wenn das widerſprechende Zeugniß blos dem Mehrbetrag des erſten gleichkommt, auch bey dem Verhältniß des Vertheidigungsbeweiſes zu dem Anſchuldigungsbeweiſe dieſelben Grundſätze anwenden [4].)

§. 81.

Zuſammengeſetzter und künſtlicher Beweis [1]).

Der Beweis iſt zuſammengeſetzt, wenn er aus verſchiedenartigen einzeln unzureichenden Beweis-Mitteln beſteht, künſtlich, wenn er nur auf Schlüſſen beruht. Der letztere, als Begründung der Verurtheilung, iſt von der P. G. O. [2]) ausgeſchloſſen,

---

4) Bayr. Strafg. II. art. 274. 294 — 297. 322. 339 — 343.

1) Bauer §. 136. — v. Feuerbach §. 566 fg. — Martin §. 84 fg. — Mittermaier II. S. 276 fg. — Quiſtorp §. 676. — Stübel §. 1099. — Tittmann §. 839. — Weber im N. Arch. des Crim. R. III. S. 102 fg. 327 fg.

2) P. G. O. art. 22.

nicht der erſte. Das bayr. Recht läßt beyde zu, den künſtlichen bey der Gewißheit aus Anzeigungen (§. 78.), den zuſammengeſetzten in ſofern es dem Zuſammentreffen eines auſſergerichtlichen vollſtändig bewieſenen Geſtändniſſes mit der Ausſage eines voll-gültigen oder zweyer nicht ganz vollgültigen Zeugen (§. 76.) und dem Zuſammentreffen eines unvollſtän-digen Beweiſes aus Anzeigungen mit auſſergerichtlichem Geſtändniß oder halben Zeugenbeweiſe, nach ſorgfälti-ger Erwägung der Umſtände, die Kraft der Ueber-weiſung ertheilt [3]).

§. 82.

Stimmenzählung [1]).

Bey Gleichheit der Stimmen entſcheidet die dem Angeſchuldeten günſtigere Meinung [2]), oder, nach der beſondern Verfaſſung eines Collegiums, die Stimme des Vorſitzenden [3]); im Fall der ungleichen Theilung in zwey verſchiedene Meinungen die

---

3) Bayr. Strafg. II. art. 331—335.

1) Bauer §. 234. — Mittermaier II. S. 528. — Quiſtorp §. 772. † — Stübel §. 315 fg. — Tittmann §. 897. — Die übrige ältere und neuere Litteratur ſiehe in DE WENDT obs. ad ius bav. S. I. Not. 2. p. 5.

2) = Bayr. Strafg. II. art. 350. §. 3. Welche Meinung dem Angeſchuldeten günſtiger ſey, iſt im Fall des Zweifels auch durch Votation zu entſcheiden. B. R. vom 20. Aug. 1814. Lith. Samml. Nr. 47. Doppelmayr S. 188.

3) > Bayr. Strafg. II. art. 13. §. 3. Vergl. §. 28. Note 14.

Mehrheit [4]), ohne Rückſicht auf ein mehr als einfaches Uebergewicht. Bey der Theilung in mehr als zwey Meinungen [5]) giebt die gemeinrechtliche poſitive Geſetzgebung keine beſtimmte Norm [6]), die bayr. Crim. O. [7]) läßt die dem Angeſchuldeten nachtheiligſten Stimmen zu den nächſtfolgenden gelindern ſo lange hinzuzählen, bis ſich in Anſehung der Zahl aller Stimmen eine entſchiedene Mehrheit ergeben hat [8]).

---

4) A. M. v. Sonnenfels über die Stimmen-Mehrheit 1801. (1808.) nach dem, wie es ſeyn ſollte, nicht wie es iſt.

5) Verſchiedene Begriffe der abſoluten und relativen Stimmen-Mehrheit. Code d'instr. crim. art. 351. — B. R. v. 23. Aug. 1815. L. S. Nr. 100. Doppelm. S. 189.

6) Glück Erl. d. Pand. VI. S. 444.

7) Bayr. Strafg. II. art. 350. §. 3. — nämlich bey der zweyten und dritten Urtheils-Frage. (§. 74.) — Erläuternde Reſcripte vom 6. 12. Oct., 18. Dec. 1813., 12. Febr., 21. Jul., 20. Aug. 1814., 31. Merz, 23. Aug. und 3. Oct. 1815. Lith. Samml. Nr. 7. 8. 21. 22. 30. 46. 47. 81. 100. 106. Doppelmayr S. 186. 3. 104. 186. 7. 187. 188. 184. 189. 185.

8) Dies jedoch a) nur durch geſetzliche Fiction. — b) Von den Wirkungen dieſer auch in der preuß. Cr. O. 1805. §. 504. und in neuern Geſetzen, z. B. Hann. V. vom 22. Febr. 1823. enthaltenen, in Bayern aber durch die Verhältniſſe des ſtimmloſen Vorſitzenden und durch unveränderliche Zahl der Votanten modificirte Anwendung, ſ. de Wendt l. c. — N. Arch. des Cr. R. VI. S. 163. — c) Die Beſchlüſſe werden über jede Urtheils-Frage

§. 83.

Urtheils-Formen [1]).

Urtheile [2]) ſind a) theils Zwiſchen-Urtheile (interlocutiones), welche einen zur Vollſtändigkeit des Beweiſes noch nöthigen Unterſuchungs-Act, z. B. Ableiſtung des Reinigungs-Eides, vorſchreiben, b) theils Definitiv-Erkenntniſſe, welche α) entweder ein beſtimmtes Reſultat der Unterſuchung ausſprechen, eigentliche Definitiv-Erkenntniſſe, und zwar αα) durch Verurtheilung (sententia condemnatoria), ββ) oder durch Losſprechung (absolutoria), β) oder welche dem Verfahren zur Zeit, ohne beſtimmtes Reſultat, eine Ende machen (absolutio ab in-

---

(§. 74.) beſonders gefaßt und ein abweichender Votant iſt in Bezug auf die nächſtfolgende Frage an den Beſchluß der Mehrheit über die vorhergehende nicht gebunden. R. vom 31. Merz 1815. Lith. Samml. Nr. 81. Doppelm. S. 184. — d) Einrichtung der Sitzungs- und Votations-Protocolle. R. vom 30. Nov. 1813. Lith. Samml. Nr. 20. Doppelm. S. 108. — e) Wichtiger Unterſchied zwiſchen Votation und Deliberation. Gönner Comm. zu dem Geſetz vom 22. Jul. 1819. S. 399.

1) P. G. O. art. 190 fg. — Bauer §. 225—230. 235. — v. Feuerbach §. 614—617. 635. — Martin §. 56. 140. 142. 143. — Mittermaier II. S. 518 fg. — Quiſtorp §. 765. 776. — Stübel §. 1180—1182. 1190—1207. 1239—1247. 1282—1288. 1313—1323. 3079—3105. — Tittmann §. 895. 896. 899.

2) Zu den Urtheilen gehören nicht: prozeßleitende Verfügungen, Informatorien, Inſtructorien, Prälocute im Sinn von Bauer §. 225. (ſiehe oben §. 31.)

stantia). Bayern [3]) hat in Crimnalſachen keine Zwiſchen-Urtheile, aber die übrigen hier genanuten Erkenntniſſe, und zwar die Losſprechung theils 1) als Unſchulds-Erkenntniß [4]), bei vorhandenem directen Beweis der Unſchuld oder vollkommenem Beweis einer alle Strafbarkeit aufhebenden Einrede, 2) theils als Losſprechung im engern Sinn [5]),

---

3) Bayr. Strafg. II. art. 352—358. 474.

4) „Daß derſelbe (der Angeſchuldete) vollkommen für unſchuldig erklärt werde." art. 353. Dieſe und die folgenden Formeln, nicht die in Parentheſen den Artikeln beygefügten techniſchen Benennungen, müſſen in das Erkenntniß aufgenommen werden. R. vom 17. Aug. 1815. Lith. Samml. Nr. 99. Doppelm. S. 192.

5) „Der Angeſchuldete nicht als ſchuldig befunden worden, derſelbe daher von der Strafe frey geſprochen werde." art. 354. a) Iſt zwar nicht die Schuld des Verbrechens, jedoch des Vergehens, oder nur der Polizey-Uebertretung vorhanden, ſo geſchieht die Losſprechung nur vom Verbrechen oder Vergehen, und die Sache wird wegen Vergehen oder Polizeyübertretung zu dem darüber competenten Gericht zur weitern Aburtheilung verwieſen; art. 355. Formel im R. vom 1. Februar 1814. Lith. Samml. Nr. 28. Doppelm. S. 194. — b) dieſe Aburtheilung wegen Vergehen, jetzt aber in dem nämlichen Erkenntniß ausgeſprochen. R. vom 17. Jun. 1817. Lith. Samml. Nr. 170. Doppelm. S. 197. — c) Ohne dieſe Verweiſung, wenn wegen perſönlicher Gründe die Schuld zum Vergehen herabgeht. R. v. 1. Februar 1814. Lith. Samml. Nr. 28. Doppelm. S. 112. 192. — d) Formel bey der Freyſprechung nach Wiederaufnahme der Unterſuchung (§. 102.) R. vom 8. Nov. 1816. Nr. 3. Lith.

wenn eine ſolche Einrede nur zur Wahrſcheinlichkeit gebracht, oder der Verdacht und Beweis des Verbrebrechens ſo weit aufgehoben oder geſchwächt iſt, daß er zum Erkennen der Special-Inquiſition (§. 56.) nicht mehr hinreicht. Reicht er dazu noch, nicht aber zur Verurtheilung hin, ſo iſt **Entlaſſung von der Inſtanz**[6]) zu erkennen.

§. 84.

Entſcheidungsgründe.

Alle Spruchcollegien und die meiſten nach gem. R. verfahrende Landes-Criminal-Gerichte geben jetzt, von dem Urtheil getrennte, **Entſcheidungs-Gründe**[1]). In **Bayern** iſt die Ertheilung der-

---

Samml. Nr. 152. Doppelm. S. 221. — e) Erkenntniſſe über Mitſchuldige. R. vom 13. Merz 1818. Lith. S. Nr. 187. Doppelm. S. 120. — f) Einrichtung der caſſatoriſchen Erkenntniſſe (§. 92.) R. vom 30. Aug. 1815. Lith. Samml. Nr. 102. Doppelm. S. 208 fg.

6) „Daß die Unterſuchung wegen mangelnden Beweiſes einzuſtellen ſey." art. 356. — Verſchieden von der einſtweiligen Aufhebung des Prozeſſes nach der General-Unterſuchung. art. 98. §. 3. (§. 55.) — Dieſer Ausſpruch in Bezug auf die Eigenſchaft des Verbrechens kann verbunden werden mit der Verurtheilung wegen Vergehen aus ein und derſelben Handlung. R. v. 13. Aug. und 2. Sept. 1816. und 17. Jun. 1817. Lith. S. Nr. 146. 148. und 170. Doppelm. S. 196 fg. > art. 357.

1) Bauer §. 234. — Martin §. 141. — Mittermaier II. S. 537. — Quiſtorp §. 657. a. 771. 772. 774. a. b.

ſelben durch die Verfaſſung [2]) für alle Urtheile ohne Unterſchied angeordnet, und rückſichtlich der Form befohlen, ſie nicht in das Urtheil ſelbſt zu verweben, ſondern demſelben **beſonders** anzuſchließen [3]).

— **Stübel** §. 3263—3266. 3238 fg. — **Tittmann** §. 899. 903.

2) Conſt. vom 1. Mai 1808. V. §. II. Regbl. 1808. S. 998. (End-Urtheile) — Verf. Urk. vom 26. Mai 1818. VIII. §. 2. Geſetzbl. 1818. S. 134. (Urtheile) — V. vom 11. Sept. 1804. Regbl. 1804. S. 817. (> Cod. iud. cap. 14. §. 7. Nr. 6. Cod. crim. 1751. II. c. 10. §. 11.) Nov. z. G. O. I. S. 271. **Moriz** Nov. z. G. O. II. S. 217. — E. vom 24. Jul. 1808. §. 57. Regbl. 1808. S. 1799. (Definitiv-Urtheile) — V. vom 31. Dec. 1808. §. 3. — Regbl. 1809. S. 56. — V. vom 10. Mai 1812. Regbl. 1812. S. 881.

3) Bayr. Strafg. II. art. 359. — a) **Zweckmäßige Faſſung** derſelben. Verordn. und Inſtr. vom 27. Apr. 1813. Regbl. 1813. S. 561 fg. (als **muſterhaft** anerkannt, — neuerlich in **Hurlebuſch** Wünſche und Vorſchl. 1825. S. 40) Auch in v. **Kamptz** Jahrb. I. S. 386. — b) Specieller **Inhalt**. α) **Nicht** hinein gehören 1) Veranlaſſung der Unterſuchung, 2) Namen des Angebers, 3) Scheltworte bey Schlägereien; β) wohl aber Vergleichung älterer und neuerer Geſetze bey Handlungen, die dem 1. Oct. 1813. vorausgingen. R. vom 12. Febr. 1814., 2. Jun. 1815., 13. Aug. 1816. Lith. Samml. Nr. 30. 93. 147. **Doppelm.** S. 7. 183. 199. — c) bey **caſſatoriſchen** Erkenntniſſen R. vom 30. Aug. 1815. Lith. Samml. Nr. 102. **Doppelm.** S. 208. — d) Art der **Ausfertigung**. R. vom 13. Aug. 1816. Lith. Samml. Nr. 147. **Doppelm.** S. 183. 199.

§. 85.

Criminalkoſten [1]).

Die Ausübung der Criminal-Gerichtsbarkeit veranlaßt Koſten, welche ſich entweder auf dieſe Ausübung im Allgemeinen, oder auf einen beſtimmten Fall, und in dieſem wieder entweder auf die Unterhaltung und Vertheidigung eines Verhafteten, oder auf die Führung und Entſcheidung der Unterſuchung gegen ihn beziehen. Die erſten, Criminalkoſten im engern Sinn, trägt der Staat oder der Gerichtsherr. Die erſte Unterart der zweyten, Criminalkoſten im eigentlichen Sinn, der Angeſchuldete oder der zu ſeiner Alimentation civilrechtlich [2]) Verpflichtete. Die zweyte Unterart der letztern, Criminalkoſten im eigentlichen Sinn oder Criminalprozeß-Koſten, vorſchußweiſe derjenige, welcher die Vornahme einzelner Gerichtshandlungen gefordert oder verfügt hat; bey officiellen Handlungen alſo das Gericht; definitiv und hauptſächlich aber derjenige, welcher durch dolus oder culpa die Unterſuchung an ſich veranlaßte, und für den Veranlaſſer durch criminalgerichtliches Erkenntniß erklärt iſt, aushülfsweiſe der Jurisdictions-Fond oder das Aerar. Im weſentlichen hat das bayr. Straf-

---

1) Bauer §. 261—265. — v. Feuerbach §. 650—653. Martin §. 16. — Mittermaier II. S. 589. — Quiſtorp §. 656. 812—821. — Stübel §. 95 fg. 486—586. 1274—1281. — Tittmann §. 927—932.

2) Thibaut Syſtem des Pand. R. §. 347 fg. — v. We-

geſetz dieſelben Grundſätze, und, in dem Bezug auf die Wirkung des Verſchuldens, ſogar auf den Fall bloßer General-Unterſuchung durch Verordnungen ausgedehnt [3]). In dem Urtheil ſind die verſchiedenen Arten der Koſten und die zur Tragung derſelben Verpflichteten gehörig zu bezeichnen [4]).

---

ning-Ingenheim Lehrb. des Civ. R. III. §. 215 fg. = Pr. A. L. R. II. 3. §. 14 fg. > wegen der Geſchwiſter Fr. Popp diss. de imperf. fratr. sor. oblig. 1780. und Cod. civ. Max. I. 4. §. 7.

3) Bayr. Strafg. II. art. 404—409.

4) R. vom 3. Jun. 1818. Lith. Samml. Nr. 192. Doppelm. S. 222.

6) R. vom 20. Febr. 1814. und 3. Febr. 1819. Lith. Samml. Nr. 31. und 197. Doppelm. S. 223. 226. — a) Begriff und Nachweiſung der Unvermögenheit art. 409. §. 2. V. vom 16. Dec. 1817. Regbl. 1817. S. 1022. Doppelm. S. 228. — c) Mittheilung der Acten an den Kronfiscal zur Controle über nöthige Strenge bey der Verurtheilung in die Koſten. R. vom 24. Merz und 17. April 1816. Lith. Samml. Nr. 124. 127. Doppelm. S. 227. — c) Berechnung der Gerichtskoſten im Fall der Unvermögenheit. R. vom 12. Dec. 1815. Lith. Samml. Nr. 113. Doppelm. S. 227. — d) Koſten bey Unterſuchung gegen Inländer im Auslande. R. vom 2. Sept. 1814. Lith. Samml. Nr. 61. ebd. — e) Kurkoſten. R. vom 27. Jan. 1818. Lith. Samml. Nr. 185. Doppelm. S. 230. — f) Vertheidigungskoſten. V. vom 2. Sept. 1814. Regbl. 1814. S. 1457. Doppelm. S. 224. R. vom 27. Mai 1817. Lith. Samml. Nr. 168. ebend. S. 225. — g) Koſtentragung der Gerichts-Inhaber. R. vom 14. Nov. 1814. Lith. Samml. Nr. 59. ebd. S. 227. —

Zweytes Kapitel.

Urtheils-Verkündung.

§. 86.

Erforderniſſe [1]).

Ob vor der Urtheils-Verkündung Beſtätigung durch ein Obergericht [2]) oder durch den Landesherrn [3]) erfordert werde, hängt von der Landes-Verfaſſung ab; die landesherrliche Beſtätigung iſt gemeinr. meiſtens nur bey Todes-Urtheilen [4]) oder bey dem Erkenntniß auf Feſtungsſtrafen u. dgl. üblich [5]). In Bayern geht der Publication der Todes-Urtheile die Erklärung des Königs, daß er den Verurtheilten nicht begnadige [6]), der Verkündung eines Criminal-

---

h) Befreiung des Angebers vom Vorſchuß der Proceßkoſten. art. 65. (§. 39.)

1) Bauer §. 233. — v. Feuerbach §. 619. — Martin §. 145. — Quiſtorp §. 773. 774. — Stübel §. 3167 fg. 3176 fg. — Tittmann §. 903.

2) Z. B. in Preußen. A. L. R. II. 17. §. 67. — C. O. 1805. §. 508. — im Kgr. Sachſen nach der Conſt. von 1681. und dem Generale vom 16. Merz 1774. Winkler Handb. §. 167.

3) Z. B. in Anhalt bey allen von auswärtigen Spruchcollegien eingeholten Erkenntniſſen. Erl. L. O. 1822. XIX fg. §. 15.

4) Z. B. Mekl. Cr. O. 1817. II. §. 60.

5) Quiſtorp §. 774. a.

6) Bayr. Strafg. II. art. 381. — Bey Verurtheilungen zur Feſtung iſt zwar auch vor dem Vollzug, aber nicht vor der Publication Bericht über die Beſtimmung des Orts

Straf-Erkenntniſſes gegen Geiſtliche, Communication mit der geiſtlichen Behörde [7]), und der gegen Adeliche, Staatsbeamte oder mit königl. Ehrenzeichen Begnadigte, Acten-Einſendung zur höchſten Stelle [8]), wegen zu verfügender Degradation und Abnahme der Ehrenzeichen, endlich jeder Publication bey dem Unterſuchungs-Gericht (§. 12. 23.) Auftrag des erkennenden Gerichts (§. 28.) voraus [9]). Ueberhaupt aber fordert jede Publication eines Straf-Urtheils Abweſenheit eines ſolchen Zuſtandes, bey welchem Vollſtreckung des Straf-Urtheils ohnehin nicht ſtatt haben könnte. (§. 94.) [10]).

§. 87.

Verfahren.

Die gemeinrechtliche Eröffnung des Urtheils [1]) geſchieht vor beſetztem Gericht dem Angeſchuldeten

---

der Feſtung zu erſtatten, und wegen der Verpflegung mit dem General-Commando zu communiciren. R. vom 10. Nov. 1813., 10. Juni 1816. Lith. Samml. Nr. 138. Doppelm. S. 25.

7) Bayr. Strafg. II. art. 363.

8) ebend. art. 364.

9) ebend. art. 360.

10) ebd. art. 362. u. 379.

1) P. G. O. art. 94. Bauer §. 236. — v. Feuerbach §. 619. — Martin §. 145. — Quiſtorp §. 773. — Stübel §. 3167 fg. — Tittmann §. 903. — Intimation und Leben-Abſagen. Iſt davon die Ankündung des Todestages verſchieden? — Tittmann §. 903. r.

und ſeinem Vertheidiger [2]), und bei eingehohlten Urtheilen ohne irgend eine Abänderung in denſelben [3]). In Bayern wird, 24 Stunden nach der Zuſendung des Urtheils, daſſelbe mit den Entſcheidungsgründen (§. 84.) von dem gehörig beſetzten Unterſuchungs-Gericht (§. 23.) mit Zuziehung des Vertheidigers dem Angeſchuldeten [4]), bey einer Verurtheilung in Todes-Ketten- oder 20jährige Zuchthaus-

---

2) Für unnöthig hält dieß Tittmann §. 903.

3) Eſtor auserleſene kleine Schriften. II. 6. 1. S. 155. — Quiſtorp §. 773. — Stübel §. 3176 fg. — Tittmann §. 902.

4) Bayr. Strafg. II. art. 360. a) Publications-Art der caſſatoriſchen Erkenntniſſe. R. vom 30. Aug. 1815. Lith. Samml. Nr. 102. Doppelm. S. 208. — b) Benachrichtigung des Konfiscals α) wegen der dem Aerar aufgebürdeten Koſtentragung (§. 85.) R. vom 16. Merz und 17. April 1816. Lith. Samml. Nr. 124. 127. Doppelm. S. 227. β) Bey Verbrechen und Vergehen gegen den Staat. V. vom 19. Merz 1816. Regbl. 1816. S. 129. R. vom 19. Sept. 1817. Lith. Samml. Nr. 174. Doppelmayr S. 202—204. — c) Wegen Abweſenheit des Vertheidigers wird die Publication nicht aufgeſchoben, ſondern eine andere nach Strafg. II. art. 143. taugliche Perſon zugezogen. R. vom 15. Dec. 1817. Lith. Samml. Nr. 181. Doppelmayr S. 201. — d) Beſondere Vorſchriften über die feierliche Verkündung der Todesurtheile. Bayr. Strafg. II. art. 381. V. vom 22. Febr. 1814. §. 1. und 7. Lith. Samml. Nr. 32. Doppelm. S. 213 fg. — e) Belehrung über die Rechtsmittel (§. 89.). Bayr. Strafg. II. art. 371. V. vom 20. April 1815. Regbl. 1815. S. 329. (§. 90.)

ſtrafe nur dem Defenſor [5]) des Inquiſiten eröffnet, im Fall einer Verurtheilung oder Entlaſſung von der Inſtanz (§. 83.) auch von dem Verkündungs-Termin dem an demſelben Ort ſich aufhaltenden Vater, Vormund oder Ehegatten des Angeſchuldeten Nachricht ertheilt und ihnen das Erſcheinen in dem Termin freygelaſſen [6]).

§. 88.

Rechtskraft und Wirkung der Criminal-Erkenntniſſe [1].)

Man unterſcheidet abſolute [2]) und relative Rechtskraft, inſofern erſtere gar keine Aenderung des Urtheils, letztere kein gewöhnliches Rechts-Mittel, wohl aber Wiederaufnahme der Unterſuchung, oder Wiedereinſetzung in den vorigen Stand zuläßt. Neuere Verordnungen und gemeinrechtlicher Gerichts-Gebrauch erkennen nur letztere als zweckmäßig, und damit ſtimmt

5) Bayr. Strafg. II. art. 366. §. 2. Zeile 1. — Druckfehler-Verbeſſerung im Regbl. 1813. S. 1183.

6) Das Erſcheinen iſt aber nicht unumgänglich nothwendig. V. vom 22. Mai 1814. Regbl. 1814. S. 1185. Doppelmayr S. 199. — Bayr. Strafg. II. art. 362.

1) Bauer §. 237 fg. — v. Feuerbach §. 619. — Martin §. 56. 145. 153. — Mittermaier II. S. 572. — Quiſtorp §. 775. 778. — Stübel §. 3233—3239. — Tittmann §. 900—902. 904.

2) L. 9. D. de appell. (XLIX. 1.) L. 29. C. eod. (VII. 62.) L. 9. C. de acc. (IX. 2.) cap. 6. X. de accus. (V. 1.) = Code d'instr. crim. art. 60.

ſtimmt auch das bayr. Geſetz überein, dem gemäß, nach geſchehener rechtsgültiger Entſagung oder bei unterlaſſener zeitiger Einwendung eines Rechtsmittels (§. 90.), das Straf-Erkenntniß, jedoch immer mit Vorbehalt geſetzlicher Wiederaufnahme der Unterſuchung (§. 102.) unmittelbar in Rechtskraft übergeht [3]. Unſchuld-Erkenntniß und Losſprechung (§. 83.) wirken Wiedereintritt in alle Rechte bürgerlicher Ehre [4], Wiedereinſetzung in das entzogene Amt, und Vergütung des zurückbehaltenen Gehalts [5], auch, auf Verlangen, öffentliche Bekanntmachung des Urtheils [6]. Bey dem von der Inſtanz Entlaſſenen dauern, wenn er Beamter iſt, die Folgen der Special-Inquiſition (§. 59.) fort [7], überhaupt wird der ſo Entlaſſene erſt nach hinreichender Sicherheitsleiſtung der Haft entlediget, oder unter beſondere Polizeyaufſicht [8]) geſtellt, auch bey

---

3) Bayr. Strafg. II. art. 372, 387 fg.

4) ebend. art. 386.

5) ebend. art. 439.

6) ebend. art. 386.

7) ebend. art. 437. 440.

8) Von der Stellung unter Polizeyaufſicht überhaupt, ihrem Zweck und anderen Mitteln, dieſen zu erreichen. vgl. Bamberg. H. G. O. art. 221. P. G. O. art. 176. 195. Haus de potest. polit. et crim. nexu. 1799. — Holzschuher ab Harlach de poena extr. 1799. — Arch. des Cr. R. I. S. 152. III. S. 37. — Kleinſchrod Abh. I. S. 219. — v. Arnim Bruchſt. II. S. 263. — Sächſ. Inſtruct. v. 27. Mai 1783. §. 11. — Stübel §. 3370. a.

ſchweren Verbrechen, die 20 Jahre Zuchthaus oder mehr zur Folge gehabt haben würden, vorher noch fünf Jahre im Arbeitshauſe [9]) verwahrt. Unter derſelben Polizey-Aufſicht ſteht jeder, der nach überſtandener Strafe aus dem Zuchthauſe entlaſſen iſt, in Kraft des Geſetzes, nach andern Verurtheilungen nur auf vorgängiges Erkenntniß des Criminal-Gerichts [10]).

Drittes Kapitel.

Rechtsmittel.

§. 89.

Arten [1]).

Wenn im Criminal-Verfahren dem Verzicht des Angeſchuldeten keine Wirkung beygelegt werden darf

---

Pr. C. O. 1805. §. 569. 571. — Code pénal art. 11. 44. 47—49. 58. 67. 100. 107. 108. 138. 221. 246. 306—308. 315. 326. 343. 401. 416. 419. 420. 444. 452. — Bayr. Strafg. I. art. 69. 117. 253. — II. art. 122. 378. 390. 391. 393. 401. 417. Anm. I. S. 183. 295. II. S. 208. — R. vom 17. Jan. 1815. Lith. Samml. Nr. 67. Doppelm. S. 212. (Bayr. Entw. 1822. I. 37. 100. 112. 196. II. art. 11. 23. 24. 25. 47. 100. 101. 127. 144. 165. 170. 171. 181. 250. 277. 318.) — Cr. Geſetzb. d. Canton Baſel 1821. §. 230.

9) Bayr. Strafg. II. art. 390 fg.

10) ebd. art. 401. — Von andern materiellen Folgen des Straferkenntniſſes im Criminalrecht. v. Wendt Grundr. §. 11. — B. Strafg. I. art. 7. 24. 269. 290. II. art. 402.

1) Bauer §. 239—243. — v. Feuerbach §. 620. 643. —

(§. 75.), ſo iſt nicht Appellation, ſondern Reviſion das für Criminal-Sachen paſſende Inſtitut [2]). Römiſche und canoniſche Geſetze [3]) geſtatten Appellation mit ſeltenen Ausnahmen [4]), die P. G. O. übergeht alle Rechtsmittel mit Stillſchweigen [5]), aber in der gemeinrechtlichen Praxis, nnd in einzelnen Landes-Ordnungen, finden ſich Appellation und Reviſion [6]), Reſtitution [7]), Supplication [8]), Nullitätsklage [9]), Rechtsmittel der wei-

---

Martin §. 57. 154—159. — Mittermaier II. S. 538. — Quiſtorp §. 662. 779. 780. 784. — Tittmann §. §. 905. 906. — Bayl Beytr. zum Crim. R. Th. I. Nr. I.

2) Gönner Handb. III. S. 316.

3) L. 6. D. de appell. (XLIX. 1.) can. 20. 31. C. 2. qu. 6. can. 31. C. 2.

4) L. 6. §. 9. D. de iniust. rupt. et irrit. fact. test. (XXVIII. 3.) — L. 16. D. de appell. (XLIX. 1.) L. 2. C. quor. app. non rec. (VII. 65.) L. 1. C. de fals. men. (IX. 24.)

5) Warum? — Kress ad C. C. C. art. 219 sq. — Streit zwiſchen Oldecop und Carpzov. cf. Weber de appell. in caus. crim. 1803. (teutſch 1805.) — Bauer §. 241. b.

6) Bauer §. 241. — Tittmann §. 905.

7) Als auſſerordentliches, Bauer §. 243. nicht als ordentliches, wie in Meklenb. in Civilſachen, wofür dort Supplication eintritt. Siehe Note 8. v. Kamptz Meklenb. Civ. Proz. §. 176.

8) Mekl. Publ. V. 1818. §. 27. und O. A. G. O. §. 41. Nr. 1.

9) Bauer §. 249. — Mittermaier de nullit. in caus. crim. 1809.

tern Vertheidigung[10]). Die bayr. C. O. geſtattet gegen Straf-Erkenntniſſe für Criminal-Sachen eine nothwendige[11]), und eine freywillige[12]) Reviſion, für civilſtrafrechtliche Gegenſtände ein Rechtsmittel der weitern Vertheidigung[13]) und die Nichtigkeits-Beſchwerde[14]) gegen andere präjudicielle Verfügungen einzelne Beſchwerden[15]).

§. 90.

Förmlichkeiten.

Die im gemeinrechtlichen Criminal-Verfahren vorkommenden Rechtsmittel ſind gewöhnlich weder durch Fatalien, noch durch andere Förmlichkeiten beſchränkt[1]).

---

10) Mekl. C. O. 1817. I. §. 49. — Bauer §. 242. Erl. d. Anhalt. L. O. 1822. XIX fg. §. 16. — Prov. O. d. g. O. A. G. zu Jena. §. 33. — Prov. G. O. für d. g. O. A. G. der vier fr. St. §. 56. Cob. Prom. Pat. 1816. §. XXIV.

11) Wenn der Angeſchuldete zur Todes-Ketten- oder mindeſtens 20jährigen Zuchthausſtrafe verurtheilt wurde. Bayr. Strafg. II. art. 366.

12) ebd. art. 367—370. R. vom 8. Febr. und 30. Juli 1814. V. vom 19. Merz 1816. R. vom 30. April und 19. Sept. 1817. Regbl. 1816. S. 129. Lith. Samml. Nr. 29. 50. 174. Doppelm. S. 201 fg.

13) Bayr. Strafg. II. art. 478.

14) ebd. art. 480.

15) ebd. art. 136.

1) Quiſtorp §. 779. — Stübel §. 3247. — Tittmann §. 906.

Das bayr. Strafgeſetz [2]) befiehlt, ſogleich nach Verleſung des Urtheils, den Angeſchuldeten über das ihm zuſtehende Rechtsmittel (§. 89.), die ihm deshalb zu geſtattende Bedenkzeit [3]) und über das dem O. A. G. gebührende Schärfungsrecht (§. 92.) [4]) deutlich zu unterrichten und ihn zu befragen, ob er ſich deſſelben bedienen wolle oder nicht, auch ihm oder den ihn vertretenden Perſonen eine Bedenkzeit von längſtens 24 Stunden zu geſtatten. Eine Entſagung auf das Rechtsmittel wird, wenn er zu mehr, als zum Arbeitshauſe verurtheilt iſt, erſt gültig, wenn ſie nach dieſem Zeitraum wiederholt worden iſt (§. 88.) [5]). Zur Acten-Einſicht und ſchriftlichen Ausführung der Beſchwerden wird ihm [6]) eine Friſt von 8 bis 16 Tagen geſtattet, welche, auſſer im Falle unvorhergeſehener, unvermeidlicher Hinderniſſe nicht erſtreckt werden darf.

---

2) Bayr. Strafg. II. art. 371 fg.

3) R. und V. vom 20. April 1815. Regbl. 1815. S. 329. Lith. Samml. Nr. 87.

4) R. vom 22. Jan. 1814. und 29. Dec. 1815. L. Samml. Nr. 118. Doppelm. S. 205. 207.

5) Bayr. Straf. II. art. 371. §. 2. 3.

6) Dem Angeſchuldeten, oder dem, der deſſen Stelle vertritt. Bayr. Strafg. II. art. 373. — Bezieht ſich die Acten-Einſicht auch auf erſtern? Bejahendes Präjudiz d. O. A. G. in d. U. wider F. v. B. w. *

§. 91.

Ausführung [1]).

Bey dem Mangel beſonderer Förmlichkeiten (§. 90.) iſt die etwaige ſchriftliche Ausführung des ergriffenen Rechtsmittels gemeinrechtlich nur an den von dem Gericht zu deren Einreichung ſpeciell gegebenen Termin gebunden; in Bayern beſtimmt das Geſetz ein Maximum der Friſt (ebd. a. E.) [2]). Die Ausführung der Beſchwerden geſchieht nach Analogie, theils der Civil-Appellationen, theils der dem erſten Urtheil vorausgehenden Vertheidigungsſchrift (§. 72.) [3]).

§. 92.

Befugniß der höhern Inſtanz [1]).

Unbezweifelt iſt gemeinr. die Befugniß der höhern Inſtanz, das erſte Urtheil aufzuheben, oder zu mildern und zu beſtätigen. Einem Schärfungsrecht ſteht bey der weſentlichen Verſchiedenheit des Civil- und Criminal-Verfahrens (§. 5.) zwar die

---

1) Bauer §. 242. — vergl. mit §. 221—224. — Martin §. 157. — Tittmann §. 906. vergl. mit §. 807. 808. 811—814.

2) Bayr. Strafg. II. art. 373. §. 1. — Für die Reviſion des Vorſtandes nur 4—8 Tage. ebd. art. 369.

3) ſiehe die Allegate Note 1. — Bayr. Strafg. II. art. 373. §. 2.

1) Leyser Sp. 615. med. 33. Sp. 639. med. 7. — Stübel §. 3186—3202. — Tittmann §. 898. — Bayl Beytr. zum Crim. R. S. 61 fg.

im Civil-Prozeß unzuläſſige reformatio in peius [2]), die nicht allein [3]) von Strafvermehrung redende L. 45. §. 1. D. de re iud. (XLII. 1.) und die gewöhnliche Erwartung des Verurtheilten mit zureichendem Grund nicht entgegen, daſſelbe iſt jedoch auch nicht durch die Analogie einer Conſtitution Juſtinians [4]), ſo wenig wie durch die Praxis, die nur ſeltene Beyſpiele giebt [5]), ſondern einzig durch die Maxime der Strafgerechtigkeit (§. 2.) begründet; allein mit größter Vorſicht und nur ſehr beſchränkt anzuwenden [6]); in Bayern aber dem O. A. G. in Criminalfällen [7]) und der zweyten Inſtanz in Civilſtrafſachen [8]) ausdrücklich ertheilt und nicht blos auf den Fall, wo der

---

2) Thibaut Syſtem des Pand. R. III. §. 1247. = Cod. iud. 1753. cap. 14. §. 11. cap. 15. §. 9.

3) „de amplianda vel minuenda poena damnatorum post sententiam dictam, sine principali auctoritate nihil est statuendum."

4) L. 39. C. de appell. (VII. 62.) „nihilominus iudicem per suum vigorem eius (absentis) partes implere."

5) Puffendorf introd. in proc. crim. cap. 18. §. 6. d. — Tittmann §. 898. d.

6) Stübel §. 3188. — Tittmann a. a. O. — Kleinſchrod im Arch. des Crim. R. II. 3. S. 33. — Weber über Appell. in Crim. S. 104.

7) Bayr. Strafg. II. art. 375.

8) R. vom 8. Merz 1814. Lith. Samml. Nr. 34. Doppelmayr S. 237.

Vorſtand [9]), ſondern auch auf den, wo ein Verwandter die Reviſion ergreift, ausgedehnt [10]).

Viertes Kapitel.

Vollziehung.

§. 93.

Verfahren [1]).

Losſprechende Erkenntniſſe (§. 83.) werden [2]) unmittelbar nach der Verkündung durch Freylaſſung [3]) vollſtreckt. Bey dem von der Inſtanz Entlaſſenen geſchieht dieſe Entlaſſung nach geleiſteter Caution [4]).

---

9) ſiehe §. 29. Note 14.

10) V. vom 22. Mai 1814. Regbl. 1814. S. 1188. Doppelm. S. 201. — Alſo ohne Rückſicht auf die humanitatis ratio der L. 6. D. de appell. (XLIX. 1.) — vergl. Bayl a. a. O. S. 63.

1) Bauer §. 244—248. — v. Feuerbach §. 621. 622. 643. — Martin §. 58. 146—153. — Mittermaier II. S. 580. — Quiſtorp §. 777. 788—798. — Stübel §. 3326—3464. — Tittmann §. 907—914.

2) In Bayern nach erlangter Rechtskraft, die gemeinrechtl., wenigſtens im Unterſuchungs-Prozeß, ſogleich eintritt. Quiſtorp §. 775. — Tittmann §. 908. A. M. Bauer §. 237.

3) = Bayr. Strafg. II. art. 377. Die übrigen Wirkungen ſiehe oben §. 88. und Bayr. Strafg. II. art. 386.

4) Die weitern bayr. Sicherheitsmaßregeln, ſiehe §. 88. Note 8. Bayr. Strafg. II. art. 390—394. Communication mit der Regierung. R. vom 17. Jan. 1815. V. vom

Alle Strafen werden nach dem beſondern Inhalt jedes Urtheils [5]), körperliche Züchtigungen unter Aufſicht des Richters und eines Gerichtsarztes [6]), Verurtheilungen zu Gefängniß, Feſtung, Arbeitshaus u. d. durch Ablieferung an den Strafort [7]), ſogleich nach eingetretener Rechtskraft [8]), Todes-Urtheile aber erſt drey Tage [9]) nach ihrer Publication oder Intima-

---

28. Nov. 1816. Lith. Samml. Nr. 67. Doppelm. S. 212. Regbl. 1816. S. 172.

5) Tittmann §. 909 fg. = arg. art. 358. §. 2. des bayr. Strafg. II. — Ableiſtung einer Urphede. ebd. vergl. v. Wendt Grundriß §. 23.

6) Tittmann §. 914. = Bayr. Strafg. II. art. 384.

7) Bayr. Strafg. II. art. 385. — Mittheilung der Erkenntniſſe und Entſcheidungs-Gründe an die Straf-Arbeitshaus-Commiſſionen. V. vom 17. Nov. 1814. Regbl. 1814. S. 1713. Doppelm. S. 218. R. vom 2. Febr. 1816. Lith. Inh. Note 139. Doppelm. S. 219.

8) Der Straf-Antritt vor eingetretener Rechtskraft, während eines ergriffenen Rechtsmittels, iſt gemeinr. üblich, war durch die V. v. 31. Dec. 1808. Regbl 1809. S. 59. §. 12. Nr 3. §. 13. ausdrücklich geſtattet, iſt im Strafg. von 1813. nicht unterſagt, wohl aber durch R. vom 28. Dec. 1813. Lith. Samml. Nr. 25. Doppelm. S. 205. als, durch die in dem Prom. Pat. vom 16. Mai 1813. art. I. enthaltene Aufhebung jener Verordnung, für erloſchen erklärt.

9) P. G. O. art. 79. — In Bayern binnen 24 Stunden, wenn der Verurtheilte nicht Aufſchub verlangt, der auf 3mal 24 Stunden ertheilt werden kann. Bayr. Strafg. II. art. 381. V. vom 22. Febr. 1814. §. 3. Lith. Samml. Nr. 32. Doppelm. S. 213. — Beym Standrecht

tion, und nach einer nochmaligen feyerlichen öffentlichen Bekanntmachung [10]) vollzogen. Der Vollzug gebührt dem Unterſuchungsrichter [11]).

§. 94.

Gründe des Aufſchubs [1]).

Die Vollziehung eines Strafurtheils ſetzt Rechtskraft deſſelben (§. 88.) voraus. Aber auch die Vollziehung eines rechtskräftigen Strafurtheils leidet Aufſchub nach bayr. Geſetz a) wenn der Verurtheilte von einer Geiſteskrankheit befallen iſt, b) wenn er ſich in einem ſolchen körperlichen Zuſtande befindet, daß von der Vollziehung der Strafe ein größeres Uebel zu beſorgen iſt, als der Geſetzgeber beabſichtigte,

---

(§. 103.) ſchon binnen zwey Stunden. art. 454. — Beſuch der Geiſtlichen. P. G. O. art. 79. 102. 103. — B. V. vom 22. Febr. 1814. §. 1.

10) „entlicher rechttag." P. G. O. art. 78 fg. — Hegung des hochnothpeinlichen Halsgerichts (Hochgericht). Quiſtorp §. 792. — In Bayern ehedem banco iuris. Cod. crim. 1751. II. 10. §. 13. — Aufgehoben durch R. vom 23. Jul. 1810. in d. Unt. wider J. K. wegen Brandſt.

11) Tittmann §. 907. = Bayr. Strafg. II. art. 377 fg. — a) Vollzug der Geldſtrafen. In welche Kaſſe fallen ſie? Vergl. v. Wendt Grundr. §. 22. — b) Vollzug der Ausſtellung. ebd. §. 26.

1) Bauer §. 244. — v. Feuerbach §. 621. — Martin §. 147. — Quiſtorp §. 783—787. — Stübel §. 3341—3348. — Tittmann §. 910—926.

c) wenn eine zum Tode oder zu körperlicher Züchtigung verurtheilte Weibsperſon ſchwanger iſt [2]), d) wenn das Criminalgericht ſich bewogen findet, auf Abänderung einer erkannten Arbeitshausſtrafe in Gefängniß im Wege der Gnade (§. 95.) anzutragen [3]), e) nur bey Todesſtrafen auch dann, wenn ein Geſuch um Wiederaufnahme der Unterſuchung (§. 102.) angebracht wird [4]). Dieſen Fällen fügt das gem. R. noch f) andere Gründe für eine ſolche Wiederaufnahme, z. B. entdeckte Unächtheit der Zeugniſſe, Widerruf des Bekenntniſſes (§. 64.) u. d. hinzu [5]).

---

2) Bayr. Strafg. II. art. 379. = L. 3. D. de poenis (XLVIII. 19.) — Quiſtorp §. 786. — Tittmann §. 910.

3) R. vom 14. Dec. 1814. und 31. Jan. 1815. Lith. Inh. Note 85. Lith. Samml. Nr. 69. Doppelm. S. 212.

4) Bayr. Strafg. II. art. 397. — Anders, wenn die Data zu Wiederaufnahme der Unterſuchung ſich während der Strafzeit ergeben und den Antrag begründet darſtellen. Beyſpiel in einem R. vom 16. Aug. 1814. Lith. Samml. Nr. 52.

5) Bauer, Martin, Quiſtorp, Stübel und Tittmann a. a. O. a) Unzweckmäßig rechnete man ehedem auch dahin: Verſchmähen des geiſtlichen Zuſpruchs, Mangel der Reue, Erbieten einer Dritten den Verurtheilten zu heirathen. — b) Zeitpunkt für die Wiederholung der Ausſage gegen einen Mitſchuldigen (§. 60. Note 23.) vor der Hinrichtung. V. vom 22. Febr. 1814. §. 4. Doppelm. S. 214. — c) Execution an Todten iſt nicht mehr üblich. Vgl. v. Wendt Grundr. §. 54.

§. 95.

Begnadigung [1]).

Unter den Gründen des Aufſchubs verdient der Antrag auf Begnadigung eine beſondere Betrachtung. Das Recht zu begnadigen, und einen Criminalprozeß in ſeinem Lauf gegen den Verbrecher zu hemmen d. i. zu aboliren ſteht der oberſten Gewalt im Staate zu. Des Abolitions-Rechts hat ſich der König von **Bayern** begeben [2]). Begnadigung kann von dem Landesherrn aus eigener Bewegung ausgehen [3]), von dem Verurtheilten, ſeinem Vertheidiger, ſeinen Verwandten, oder auch von jedem Dritten gebeten [4]), oder von dem Gericht von Amtswegen in Antrag gebracht werden, in **Bayern** letzteres erſt, wenn das Urtheil Rechtskraft erlangt hat [5]), und nur wenn wegen Menge und Wichtigkeit zuſammentreffender mildern-

---

1) Bauer §. 18. — v. Feuerbach §. 62. — Martin §. 11. 160. — Mittermaier I. S. 778. — Quiſtorp §. 848 — 860. — Stübel §. 1372 — 1409. 3307 — 3310. — Tittmann §. 28. 62. — Vergl. v. Wendt Grundr. §. 56.

2) Conſt. vom 1. Mai 1808. Tit. V. §. IV. — Verf. Urk. vom 26. Mai 1818. Tit. VIII. §. 4. Regbl. 1808. S. 998. Geſetzbl. 1818. S. 184.

3) Anm. zum bayr. Strafg. Bd. I. S. 95. 237.

4) Bey dem Juſtiz-Miniſterium. V. R. vom 4. Merz 1818. Lith. Samml. Nr. 186. Doppelm. S. 33.

5) R. vom 26. Oct. und 13. Dec. 1813. Lith. Samml. Nr. 14. und 23. Doppelm. S. 31.

der Umſtände die geſetzliche Strafe in zu ungleichem Verhältniß mit der eigenthümlichen Strafbarkeit des beſondern Falls zu ſtehen ſcheint [6]). Bey Todes-Urtheilen iſt immer vor der Publication die Erklärung des Landesherrn, ob er begnadigen wolle, abzuwarten (§. 86.) [7]).

Zweytes Buch.

Beſondere Strafprozeß-Arten.

§. 96.

Summariſcher Prozeß.

Der gemeinrechtlich ſehr verſchiedenartig [1]) definirte **ſummariſche** Prozeß iſt, bey dem Mangel geſetzlicher Normen, wohl nur da als vorhanden anzunehmen, wo auch die in ihm vorkommenden Vernehmungen und Verhöre ſummariſch d. i. ohne Arti-

---

6) Bayr. Strafg. I. art. 96. Die dazu gehörigen Novellen ſiehe in v. **Wendt** Grundr. S. 76. — Verſchieden hievon ſind die officiellen Berichte wegen Begnadigung nach dem Verlauf einer gewiſſen Strafzeit. Bayr. Strafg. I. art. 12. 13. §. 2. art. 16. vergl. v. **Wendt** a. a. O. §. 27. und 56.

7) Bayr. Strafg. II. art. 381.

1) **Bauer** §. 260. — v. **Feuerbach** §. 520. Note 2. — **Martin** §. 55. VI. und Note 12. — **Mittermaier** I. S. 48 fg. — Derſelbe in **Hudtwalker** und **Trummer** Criminal. Beytr. I. S. 493. N. 40. — **Quiſtorp** §. 589. — **Stübel** §. 2989—3039. — **Tittmann** §. 919. 920.

kel-Form vorgenommen werden, und wo man überhaupt mit der Form es ſo genau nicht nimmt. Deſſen ungeachtet ſoll auch das ſummariſche Verfahren alles Weſentliche umfaſſen, und zum Weſentlichen gehört ohne Zweifel ein gehörig beſetztes Gericht, volles Gehör und Vertheidigung des Angeſchuldeten, und möglichſt vollſtändiger Beweis der Schuld oder Unſchuld. Landesverordnungen, welche ſummariſche Prozeſſe geſtatten oder anordnen, ſorgen daher auch für dieſe weſentlichen Beſtandtheile, nur in minder ſtrenger Form [2]).

§. 97.

Bayriſcher Prozeß bey Vergehen [1]).

Das Unterſuchungs-Gericht handelt als Civil-Gericht, iſt aber wie ein Criminal-Unterſuchungs-Gericht beſetzt [2]), der Angeſchuldete wird von dem U.

---

2) Von **Bayern** ſ. §. 97. — Oeſterr. Straf-Geſetz 1803. II. §. 276 fg. — Anhalt Erl. L. O. XIX. §. 4. — Meklenburg C. O. 1817. II. §. 3. — für Preußen der fiscaliſche Prozeß. A. G. O. I. 35. §. 34 fg. C. O. 1805. §. 12. ſ. unten §. 99. — Ehedem rechnete man den ganzen Criminal-Prozeß zu den ſummariſchen Prozeß-Arten. Knorre Anl. zum ger. Proz. S. 613. Danz Grundſ. der ſummariſchen Proz. §. 154 fg.

1) Bayr. Strafg. II. art. 457—482. Vgl. übrigens §. 4. 4. 12. 3. 4. 17. 4. 23. 4. 28. 12. 14. 43. 6. 53. 5. 56. 4. 64. 3.

2) ebend. art. 458. vergl. mit art. 37. — ſ. oben §. 25.

S. geladen zur Haupt-Unterſuchung [3]), nur ausnahmsweiſe verhaftet und zwar im Civilarreſt [4]); ſein im erſten Verhör abgelegtes Geſtändniß genügt, wenn es die gehörigen Erforderniſſe (§. 75.) hat, auch ohne andere Beweiſe zur Verurtheilung [5]), und nur gegen Läugnende bedarf es einer vollſtändigen Beweis-Aufnahme (§. 58. 67.) [6]). Die Unterſuchung ſchließt mit dem Vertheidigungs-Verfahren (§. 70—72.) [7]). Ueber ihr Reſultat erkennt das Civil-Straf-Gericht [8]); bey einer Verurtheilung findet das Rechtsmittel weiterer Vertheidigung ſtatt, wenn die Abwendung aller Strafe nachgeſucht wird, oder eine Strafe von mehr als 4 Wochen Gefängniß oder 24 Ruthenſtreichen erkannt war; in allen andern Fällen blos die Nichtigkeitsbeſchwerde [9]). Ueber beyde erkennt daſſelbe Appellations-Gericht in vermehrter Richterzahl als zweyte und letzte Inſtanz [10]). Eine Haupt-Unterſuchung wegen Vergehen hat für den Unterſuchten,

---

3) ebend. art. 460. 467. — Sogar das Erſcheinen durch einen Bevollmächtigten iſt geſtattet, wenn er hinreichende Gründe der Unſchuld vorbringt. art. 466.

4) ebend. art. 461—464.

5) Dagegen Mittermaier in Hudtwalker und Trummer crim. Beytr. I. S. 491. Von den erkennenden Behörden ſ. §. 28. Note 12.

6) Bayr. Strafg. II. art. 470. 471.

7) ebend. art. 473.

8) vergl. Note 5.

9) Bayr. Strafg. II. art. 474—480.

10) ebend. art. 481.

mit Ausnahme der Beamten [11]), nicht die Folgen der Special-Inquiſition (§. 59.) [12]).

§. 98.

Adhäſions-Prozeß [1]).

Wer gemeinrechtlich [2]) den Anklageprozeß (§. 33 fg.) nicht ergreifen und ſich auch auf eine Civilklage (§. 40.)

---

11) ebend. art. 467.

12) Zeigen ſich die Eigenſchaften eines Verbrechens, ſo geht die Haupt-Unterſuchung auf dem ſonſt geſetzlichen Wege (§. 56.) in Special-Inquiſition über, und bey der Abſtimmung über erſtere, oder über die General-Unterſuchung wegen Vergehen kann ſchon Eine Stimme, die die Handlung für Verbrechen erklärt, Verweiſung zum Criminal-Gericht begründen. ebend. art. 475.

1) Bauer §. 256—258. — v. Feuerbach §. 522. — Kleinſchrod Abh. III. S. 461 fg. — Martin §. 2. — Mittermaier I. S. 47. — Quiſtorp §. 523. 589. — Stübel §. 1338. — Tittmann §. 678.

2) In **Bayern** findet a) eine eigentliche Adhäſion in Strafſachen nicht ſtatt. Verſchieden davon iſt die Befugniß des Betheiligten, über ſeine privatrechtlichen Forderungen für Koſten, Wiedererſtattung, Schadens-Erſatz oder Genugthuung das Erkenntniß des Strafgerichts zu verlangen, und die Pflicht des Unt. R., ihn von Amtswegen darüber zu vernehmen. Bayr. Strafg. II. art. 7. — b) Einſicht der Criminal-Arten zum Behuf privatrechtlicher Forderungen. R. vom 9. Jun. 1817. Lith. Samml. Nr. 194. Doppelm. S. 103. — c) Erkenntniß über Brand-Entſchädigungen. V. vom 13. Juni 1817. Doppelm. S. 622.

nicht beſchränken will, hat die Befugniß, in dem Criminal-Verfahren acceſſoriſch zu interveniren und in Bezug auf die Verfolgung ſeiner Privatrechte ſo wie auf die Beſtrafung ſeines Beſchädigers den richterlichen Straf-Verhandlungen bis zum Erkenntniß zu adhäriren, wodurch ein gemiſchter Criminal-Prozeß, oder Adhäſions-Prozeß [3]) entſteht, welcher dann ein Denunciations-Prozeß [4]), eigentlich verſchieden vom Rüge-Prozeß [5]) wird, wenn die Denunciation des Privat-Betheiligten das richterliche Verfahren veranlaßt hat, und der Richter, ähnlich, wie im Anklage-Prozeß [6]), dem Denuncianten oder Rügenden die erforderlichen Anträge und Nachweiſungen, jedoch überall mit Vorbehalt ſeiner officiellen Einſchreitungen (§. 5.) [7]), überläßt.

§. 99.

Fiscaliſcher Prozeß [1]).

Das gemeine Recht kennt einen von dem ordentlichen Anklage-Prozeß (§. 33. 34.) verſchiedenen

---

3) Vergl. §. 39. — Stübel §. 3040 — 3078.

4) Malblanc de iudic. quae Rügegerichte voc. 1773. — Blümner, Abriß des in Kurſachſen üblichen Rügeprozeſſes in Weiſſe neuem Muſäo der ſächſ. Geſch. Heft I. — Kleinſchrod a. a. O. S. 473. — Quiſtorp §. 532. In Bayern abgeſchaft 1365. — Kreitmaier ad Cod. crim. 1751. II. 2. §. 12. p. 161.

5) Tittmann §. 921. x.

6) P. G. O. art. 46. 47. 54. u. a.

1) Bauer §. 259. — v. Feuerbach §. 644. — Martin

fiscaliſchen, durch beſondere Ankläger (Fiscale) geführten Strafprozeß nicht [2]); und eben ſo wenig das bayr. Geſetz [3]). Seine Formen hängen daher lediglich von der beſondern Ordnung jedes Landes ab [4]).

---

§. 55. VI. §. 136. — Mittermaier I. S. 47. — Quiſtorp §. 550. 589. — Stübel §. 589. 2894. — Tittmann §. 673.

2) Martin a. a. O. — Siehe jedoch Tittmann §. 673. b.

3) Durch das bey dem Standrecht (§. 102.) vorkommende Beygeben eines Criminalfiscals oder andern öffentlichen Beamtens als öffentlichen Anklägers (Bayr. Strafg. II. art. 446.), welcher die Beweiſe gegen die Schuldigen ſammelt und dem Gerichte vorlegt, wird das Verfahren weder Anklage-Prozeß, ſondern bleibt Unterſuchung, (art. 445. §. 3. und art. 449.) noch eigentlicher fiscaliſcher Prozeß. Ein Theil des eigentlichen fiscaliſchen Prozeſſes (Note 4.) findet ſich im bayr. Verfahren gegen Staatsdiener ſ. §. 100.

4) Beyſpiele in Preußen. A. G. O. I. 35. §. 34. (Hiernach findet eine fiscaliſche Unterſuchung ſtatt, 1) bey geringern Verbrechen, 2) bey Defraudationen öffentlicher Kaſſen und Gefälle, 3) bey Widerſetzlichkeiten königl. Diener, 4) bey ſchwerern Injurien. — Vergl. H. R. vom 15. Aug. 1798. Eiſenberg und Stengel Beytr. VII. S. 316. — 5) bey Vergehungen königl. oder anderer öffentlicher Diener in Anſehung ihrer Dienſtpflichten und Geſchäfte.) Meklenburg. v. Kamptz Mekl. Civ. Proz. §. 115 fg. — Coburg. Opitz Repert. S. 82. und 189.

§. 100.

Verfahren gegen Staatsdiener [1].

Die General-Unterſuchung (§. 43.) wegen Amts-Verbrechen [2]) wird in Bayern von der vorgeſetzten Amtsbehörde [3]), auch wenn ſie keine eigentliche [4]) Juſtizgewalt hat, nach den Vorſchriften

---

1) Bayr. Strafg. II. art. 432—440. Eine Reviſion dieſer Beſtimmungen iſt zugeſagt im R. vom 20. Aug. 1814. Lith. Samml. Nr. 47. (Nur zum Theil abgedruckt in Doppelmayr S. 98. 188. 211. 234.) — Das Verfahren nach gemein. R. iſt nur hinſichtlich des Gerichtsſtands verſchieden. Bauer §. 64. VIII. — Martin §. 39. — Mittermaier I. S. 360. — Quiſtorp §. 586. — Tittmann §. 642. Ebenſo in Oeſterreich Geſetzb. 1803. I. §. 221. 1. II. §. 284. — In Preuſſen iſt das Verfahren gegen Staatsdiener der fiscaliſche Prozeß, ſiehe §. 99.

2) Bayr. Strafg. I. art. 352.

3) Darunter wird bey Unterſuchungen gegen Land- oder Stadt-Gerichts-Aſſeſſoren, bey erſtern die Regierung, oder nach Beſchaffenheit des Geſchäftszweigs das Appellations-Gericht, bey letztern nur das Appellations-Gericht verſtanden. R. vom 9. Aug. 1814. Doppelm. S. 234. — Ueber die Vereinigung des Bayr. Strafg. II. art. 432. mit I. art. 447., mit Rückſicht auf I. art. 358. u. 438. ſ. R. v. 20. Aug. 1814. Lith. Samml. Nr. 47. Doppelm. S. 234.

4) In Bayern exiſtirt a) Juſtizgewalt im engern Sinn, die Civil- und Criminal-Juſtiz umfaſſend, b) adminiſtrative Juſtiz und Militair-Juſtiz. Siehe Schunck Jahrb. II. S. 228. Rudhart über die Verwaltung der Juſtiz 1817.

deſs Strafgeſetzes, ſelbſt mit Inbegriff eidlicher Zeugenvernehmung [5]), geführt, und durch ebendieſelbe dem Beſchuldigten vorläufige Verantwortung (§. 59.) abgefordert. Ob Special-Inquiſition eintrete (§. 56.), erkennt bey (höhern) Staatsbeamten [6]) der kgl. Staatsrath [7]), welcher auch über die geführte (weitere) Vertheidigung [8]) erkennen ſoll, bey allen andern öffentlichen Dienern das ordentliche Criminal-Gericht. Bey gemeinen Verbrechen beyder Klaſſen von Beamten gehört General- und Special-Inquiſition vor die

---

5) Einfluß dieſer Diſpoſition auf den Umfang der academiſchen Studien und die Erforderniſſe zum Staatsdienſt.

6) Ehedem bey denen, welche die Vortheile der Dienſtpragmatik (vom 1. Jan. 1805. vergl. v. Gönner der Staatsdienſt 1808.) genoſſen, Bayr. Strafg. II. art. 435. — Seit der Verfaſſung vom 26. Mai 1818. nur bey wirklichen Collegial-Vorſtänden und allen dieſen gleich oder höher ſtehenden Staatsbeamten. (Beyl. IX. §. 16. Geſetzbl. 1818. S. 340.

7) Früher, ſeit der Conſt. v. 1. Mai 1808. III. §. I. (Regbl. 1808. S. 992.) der k. geheime Rath. Die verſchiedenen Organiſationen deſſelben und des vor- und nachherigen Staatsraths ſiehe Mayer Gen. VII. S. 62. vom 26. Mai 1801., 29. Oct. 1806., 4. Juni 1808., 8. Aug. 1810., 2. Febr. 1817., 18. Nov. 1825. Regbl. 1806. S. 427. 1808. S. 1329. 1810. S. 642. 1817. S. 431. 1825. S. 873. Vergl. Schunck a. a. O. S. 217 fg.

8) Dieſer, durch die Allegation des art. 370. (§. 89.) in Vergleichung mit art. 103. (§. 59.) nicht ganz zweifelloſe Zuſatz wird in dem Edict von 1818. Beyl. IX. ſiehe oben Note 5. mit Stillſchweigen übergangen.

ordentlichen Criminal-Gerichte (§. 23. 28. 43. 56.) nur iſt vor der Special-Inquiſition der vorgeſetzten Amtsbehörde davon Nachricht zu ertheilen [9]).

§. 101.

Contumacial-Verfahren. 1).

Zu dem Erkennen und Vollziehen einer Criminalſtrafe gehört überall vorausgehende Unterſuchung, deren weſentliche Beſtandtheile Verhör und Vertheidigung des Verbrechers ſind (§. 2. 58. 70 fg.). Wenn daher Geſetze die Verurtheilung eines Abweſenden, ſeines Ungehorſams wegen, erlauben, ſo fordern ſie doch vor derſelben formelle Vertheidigung (§. 70.) und laſſen auch nach dem Urtheil, im Fall der Rückkehr oder Habhaftwerdung des Verbrechers, ihm volles Gehör und auch nochmalige Vertheidigung zu [2]). Die römiſchen [3]) und cano-

---

9) Bayr. Strafg. II. art. 433.

1) Bauer §. 9. — Kleinſchrod Abhandl. I. S. 124. — deſſelben ſyſtem. Entw. III. §. 95—100. — Martin §. 76. — Mittermaier II. S. 634. — Quiſtorp §. 844—847. — Stübel §. 624—635. 810—826. — Tittmann §. 915—918.

2) P. G. O. art. 155.

3) D. 4. §. 2. D. ad L. Corn. de sic. (XLVIII. 8.) L. 1. §. 1. L. 5. D. de requir. reis (XLVIII. 17.) L. 5. D. de poenis (XLVIII. 19.) L. 13. §. 2. 3. C. de iudic. (III. 1.) L. 6. C. de accus. (IX. 2.) L. 13. 15. ad L. Iul. de adult. (IX. 9.) L. 21. C. de poenis (IX. 47.) Nov. 112. c. 3.

niſchen [4]) Geſetze erlauben Verurtheilung des ungehorſamen Abweſenden bey vollziehbaren Strafen, die teutſche Praxis hat dies auf die Execution im Bilde ausgedehnt [5]); die teutſche Reichsgeſetzgebung ſpricht nur von Confiscation [6]) und der ehemals übliche Acht- und Bannprozeß war nur particularrechtlich [7]). Das bayr. Geſetz verordnet ein Ungehorſams-Verfahren [8]). Sind nämlich alle Mittel, des flüchtigen oder abweſenden Verbrechers habhaft zu werden, fruchtlos geblieben, ſo prüft das Criminal-Gericht, ob die Erforderniſſe der Special-Inquiſition vorhanden ſeyen [9]) und erkennt im bejahenden Fall die Einleitung des Ungehorſams-Verfahrens. Dieſe geſchieht von dem Unt. Gericht durch

---

4) Can. 13. C. 3. qu. 9. — C. 7. de haeret. in 6. (V. 2.) — Clem. 2. de sentent. et re iud.

5) Quiſtorp §. 844. — Kleinſchrod Entw. III. §. 100.

6) R. Pol. O. 1530. I. (gegen v. Feuerbach §. 304. a.) 1548. I. und III. 1577. Tit. I. und III. (Nicht R. Abſch. wie Kleinſchrod Entw. III. §. 99. angiebt) — Emminghaus I. S. 209. II. S. 78.

7) Z. B. nach den umſtändlichen Vorſchriften der Bamberg. H. G. O. art. 228 — 265. — in Meklenburg ehedem. Mantzel ius. crim. Mecl. §. 43. — In Bayern war dieſe Form nie üblich. Kreitmayr ad Cod. crim. 1751. II. 20. §. 21. a.

8) Bayr. Strafg. II. art. 420 — 431. R. vom 3. Oct. 1815. Lith. Samml. Nr. 105. Doppelm. S. 232. — Nicht zu verwechſeln mit den Ungehorſamsſtrafen nach §. 67. a. E.

9) ebend. art. 420. 421. vergl. mit art. 61. pr. (?)

Edictal-Citation, welche, mit dreymonatlichen Termin zweymal wiederholt, den Abweſenden oder Flüchtigen auffordert, ſich zu verantworten und in der zweyten Ladung ihm Contumacial-Erkenntniß droht. Bis zu dem Ablauf des zweyten Termins darf Jedermann für den Abweſenden als Vertheidiger auftreten, ebenſo Jedermann gegen das Contumacial-Urtheil binnen 30 Tagen die Reviſion ergreifen. Wird der Verurtheilte ergriffen oder ſtellt er ſich ſelbſt, ſo beginnt dies Verfahren gegen ihn von neuem, er wird verhört, vertheidiget, und ein neues Urtheil gefällt. Der Ausbleibende wird, nach dem Ablauf des zweyten Termins der Edictal-Citation, für verſchollen erklärt, ſein Vermögen der Verwaltung und nach fünf Jahren vom Tage des Erkenntniſſes ſeinen Erben gegen Sicherheit ausgehändiget, nach zehn Jahren aber ihnen als Eigenthum zuerkannt. Ein Erkenntniß, was den bürgerlichen Tod [10]) zur Folge hat, wird erſt nach fünf Jahren rechtskräftig. Jedes Contumacial-Straf-Erkenntniß wird, wie die Ladungen, öffentlich bekannt gemacht [11]). Uebrigens iſt dieſes Contumacial-Verfahren bey jeder Art von Verbrechen zuläſſig [12]).

---

10) Bayr. Strafg. I. art. 7. — v. Wendt Grundr. §. 15.

11) Nicht aber eine Entlaſſung von der Inſtanz. R. vom 3. Oct. 1815. ſiehe Note 8.

12) Nicht bey Vergehen. R. vom 22. Merz 1815. Lith. Samml. Nr. 77. Doppelm. S. 237. Andere Beſchränkungen enthält die Pr. Cr. O. 1805. §. 577 — 587.

§. 102.

Wiederaufnahme der Unterſuchung [1]).

Was das gem. Recht Wiedereinſetzung in den vorigen Stand (Reſtitution) nennt, iſt in der Sprache neuer Geſetze und ebenſo in Bayern Wiederaufnahme der Unterſuchung. Die teutſche Praxis geſtattet eine Reviſion des Prozeſſes, welche, im Fall gehöriger Begründung der Bitte, Reſtitution durch den Landesherrn [2]) zur Folge hat; zum Nachtheil eines Losgeſprochenen [3]) kann neue Unterſuchung nur wegen Nichtigkeit des vorhergegangenen Prozeſſes ſtatt finden. Nach bayr. Recht [4]) iſt Wiederaufnahme d. Unt. a) nach vorläufigem Erkenntniß des O. A. G. [5]) zuläſſig: α) gegen ein Unſchulds-Erkenntniß, wenn neue vorher unbekannte Beweiſe die Falſchheit des erſten Vertheidigungsbeweiſes darthun, β) gegen Losſprechung (§. 83.) $\alpha\alpha$)

---

1) Bauer §. 243. — Martin §. 159. — Mittermaier II. S. 547. — Quiſtorp §. 849. — Stübel §. 3465 — 3480. — Tittmann §. 910.

2) Wie ſchon nach den tit. D. et C. de sententiam passis et restitutis. (XLVIII. 23. und IX. 51.) — Auch in der Pr. C. O. 1805. §. 588 fg. als Reſtitution betrachtet.

3) L. 9. C. de accus. (IX. 2.) ſteht nicht entgegen.

4) Bayr. Strafg. II. art. 387 — 400. Oeſterr. Geſetzb. I. §. 471 — 499.

5) ebd. art. 389. §. 2. Vorausgeſetzt jedoch, daß nicht inzwiſchen Verjährung eingetreten iſt. ebd. §. 2. Vergl. Bayr. Strafg. I. art. 136. 137. — v. Wendt Grundr. §. 55.

entweder wenn durch neue Beweiſe ſich der vorher noch übriggebliebene Verdacht ſo verſtärkt, daß er zur Special-Unterſuchung (§. 56.) hinreicht, oder ββ) wenn die neuen Beweiſe für ſich allein ein Straf-Erkenntniß begründen; b) bey Entlaſſung von der Inſtanz, ohne Erkenntniß des O. A. G. [6]), wenn neue Beweiſe die Hoffnung geben, durch ſie allein oder in Verbindung mit den ſchon vorhandenen Ueberführung oder Geſtändniß zu bewirken; c) gegen verurtheilende Erkenntniſſe nach dem Urtheil des Criminal-Gerichts [7]), α) zum Vortheil des Verurtheilten [8]), auf ſein, ſeiner Erben, oder jedes Dritten Geſuch, wenn durch neue Beweismittel die Grundloſigkeit des Anſchuldigungsbeweiſes oder gänzliche Unſchuld dargethan werden kann, β) zu ſeinem Nachtheil [9]), wenn ſich αα) nach der Verurtheilung wegen Vergehen die Eigenſchaften eines ſolchen Verbrechens ergeben, weshalb auf Zuchthaus oder eine noch ſchwerere Strafe erkannt werden könnte, ββ) oder wenn nach einem Criminal-Urtheil ein neues Verbrechen ſich ergiebt, welches, früher bekannt, nach den Geſetzen über den Zuſammenfluß, Todes- oder Kettenſtrafe, oder eine ſowohl rückſichtlich der Art, als Dauer ſchwerere Freyheitsſtrafe begründet haben würde, und

---

6) ebend. art. 395.

7) ebd. art. 398. und R. vom 29. Aug. 1815. Lith. Samml. Nr. 101. Doppelm. S. 221.

8) ebend. art. 396.

9) ebend. art. 399.

dieſes letztere gilt $\gamma\gamma$) auch bey Entlaſſungen von der Inſtanz [10]).

§. 103.

Standrecht [1]).

Iſt ein Aufruhr [2]) ſoweit gediehen, oder nimmt in gewiſſen Gegenden Mord, Raub oder Brandlegung ſo überhand, daß die ordentlichen Mittel zu Wiederherſtellung der Ruhe nicht hinreichen, ſo wird im erſten Falle von der Regierung im Einverſtändniß mit dem Appellations-Gericht des Kreiſes, bey höchſter

10) Folgen: Unbeſtraft bleiben daher a) ſolche Eigenſchaften einer als Vergehen beurtheilten Handlung, welche dieſelbe zwar zum Verbrechen erheben, iedoch keine härtere, als Arbeitshausſtrafe, begründen; b) alle Vergehen und Verbrechen, welche vor erkannter Criminalſtrafe zwar begangen wurden, aber unbekannt blieben, und durch ihren Zuſammenfluß weder eine Todes- oder Kettenſtrafe, noch eine rückſichtlich der Art und Dauer ſchwerere Freyheitsſtrafe veranlaßt haben würden; c) eben dieſelben, unter derſelben Vorausſetzung, wenn ſich gleich der Beweis ſo verſtärkt, daß ſtatt der vorher erkannten Entlaſſung von der Inſtanz zur Verurtheilung geſchritten werden könnte. — Formel für die Fälle $\alpha\alpha$. und $\beta\beta$. R. vom 8. Nov. 1816. Lith. Samml. Nr. 152. Doppelm. S. 221.

1) Mittermaier II. S. 616. — Tittmann §. 922. — Oeſterr. Geſetzb. I. §. 500—513. — Bayr. Strafg. II. art. 441—456. — Voraus gieng die Anordnung von Special-Gerichten durch ein Edict vom 27. Jul. 1809. Regbl. 1809. S. 1257 fg. Vergl. Code d'instr. crim. art. 553—599.

2) Im zweyten Grade. Bayr. Strafg. II. art. 441. Nr. 1. und I. art. 319.

Gefahr auch von der Regierung allein, im zweyten Fall auf Antrag der Regierung, nach eingehohltem Gutachten des Appellations-Gerichts und nach Vernehmung des königl. Staatsraths, die ordentliche Criminal-Gerichtsbarkeit ſuſpendirt, und ein Standrecht angeordnet, welches (§. 28. a. E.) in ununterbrochener Verhandlung über alle diejenigen, die nach der, unter Trommelſchlag oder Trompetenſchall geſchehenen, Verkündung ſich eines zur ſtandrechtlichen Behandlung geeigneten Verbrechens als Urheber oder Theilnehmer ſchuldig gemacht haben, eine ganz ſummariſche Unterſuchung, ohne Zulaſſung einer Vertheidigung, führt, und nach den von einem Criminalfiscal oder andern öffentlichen Beamten als Ankläger (§. 99. 3.) zu ſammelnden Beweiſen, ſowie nach allenfallſiger Gegenſtellung mit eidlich, aus eigener Erfahrung, gegen die vor Gericht geſtellten deponirenden Zeugen, über die Fragen, a) ob über das angeſchuldete Verbrechen ſtandrechtlich gerichtet werden dürfe, b) ob der Inquiſit des Verbrechens ſchuldig ſey, über letztere nach den drey Formen: ſchuldig, unſchuldig, zweifelhaft, abſtimmt, und bey einer Mehrheit von vier Stimmen gegen eine, wider den für ſchuldig Erklärten das Todes-Urtheil ausſpricht, was längſtens binnen zwey Stunden mit der Kugel vollzogen wird, ohne daß Rechtsmittel oder Begnadigungs-Geſuche dagegen ſtatt haben. Dieſelbe Mehrheit für Unſchuld wirkt augenblickliche Freylaſſung. In allen andern Fällen wird der Angeſchuldete den ordentlichen Gerichten übergeben. Das Standrecht dauert

ſolange, bis die daſſelbe anordnende Behörde ſolches für aufgehoben erklärt, oder die Mitglieder mit der erwähnten Mehrheit, unter Zuſtimmung des Criminalfiscals, das Verfahren als unnöthig bis zu eingeholter höherer Entſchließung einſtellen. Auf dieſelbe Weiſe kann es nöthigenfalls wieder in Wirkſamkeit treten.

§. 104.

Militair-Prozeß [1]).

Die ältern teutſchen Quellen [2]) des Verfahrens in Militair-Strafſachen ſind unbrauchbar geworden, und die meiſten Länder haben ihre eigenen Kriegs-Artikel [3]). Für Bayern beſtanden eben ſolche und

---

1) Beier prudentia iuris militaris. 1710. — v. Fleming der vollkommene teutſche Soldat. 1726. Fol. — Ludovici Kriegs-Prozeß (10te Aufl.) 1771. — Zſchackwitz Anm. darüber 1756. — Knorre gründliche Anleitung zum Kriegs-Prozeß 1754. — Friderici Sammlung von Krieg-Rechtsſprüchen. 1762. — Beermann Grundſätze des heutigen teutſchen Kriegsrechts. 1795. — Klotz Einleitung in die Doctrin des — Militair-Gerichts-Prozeſſes. 1810. — Bauer §. 64. — v. Feuerbach §. 586 fg. — Tittmann §. 613.

2) tit. D. et C. de re militari (XLIX. 16. und XII. 36.) — Reuterbeſtallung und Artikul der teutſchen Knechte. 1570. — Emminghaus II. S. 31 fg.

3) Preuß. Kriegsartikel vom 3. Aug. 1808. — Cavan das Kriegs- oder Militair-Recht. 2 Bände. 1801. — Oeſterr. Geſetz von 1808. — Würtemb. Milit. Strafg. vom 20. Jul. 1818. — Kurheſſiſche Kriegs-Art. vom 30. Nov. 1818. — Vergl. Mittermaier Grundriß zu

auſſer ihnen galt für die Beſtrafung gemeiner Verbrechen bey der Armee die P. G. O. Karls V. [4]). Statt derſelben wurde in den neueſten militairiſchen Straf-Geſetzen [5]) auf das Straf-Geſetzbuch von 1813 verwieſen. Ebendieſelben geben im II. Theil Vorſchriften über die Vollziehung der Todesſtrafe durch Erſchießen [6]), verweiſen in Hinſicht der Befugniß zu Vollziehung der gefällten Erkenntniſſe, ſowie der Inſtanzen-Ordnung auf die Dienſt- und Juſtiz-Inſtruktion vom 15. Merz 1804 [7]), ertheilen aber für den Kriegszuſtand dem Commandirenden einer Armee oder eines beträchtlichen Korps bey Deſertions-Complotten, Aufruhr, bewaffneter Widerſetzlichkeit, Verrätherey, überhandnehmender Plünderung und bey gröſſern Inſubordinations-Verbrechen, die Gewalt, ſogleich ein Standrecht (§. 103.) anzuordnen, und bey allen andern Verbrechen, welche, in geſetzlicher Form inſtruirt, durch gröſſern Kriegs-Commiſſionsſpruch oder ein förmliches Kriegs-Gerichts-

---

Vorleſungen über das Strafverfahren. §. 333. — N. Arch. des Cr. R. III. S. 299 fg.

4) Kurpfälziſche Kriegs-Artikel vom 28. Februar 1779. art. XV.

5) Militairiſche Strafgeſetze vom 16. Aug. 1813., prom. den 19. Regbl. 1813. S. 1049 fg.

6) Mit Ausnahme der Spione, welche durch den Strang gerichtet werden. art. 2.

7) Vergl. Org. V. über Errichtung des General-Auditoriats vom 9. Merz 1804. Regbl. 1804. S. 427 fg. — Nov. z. G. O. S. 54.

BIBLIOTHEK MÜNCHEN

Erkenntniß erlediget werden müſſen, die Befugniſſe der zweyten Inſtanz; wenn endlich das Urtheil auf Todes-, entehrende, oder auf eine ſolche Strafe geht, welche vollziehen zu laſſen, nur dem General-Auditoriat[8]) zuſteht, ſo hat er die kriegsrechtlichen Verhandlungen und Spruch dem ihm zur Seite ſtehenden Reviſions-Gericht zu übergeben, was aus einem General-Major oder Obriſt als Vorſtand, drey andern Staabs-Offizieren und darunter jedesmal dem Commandanten der Gensdarmerie[9]), aus dem Staabs- und zwey andern Auditoren, von ihm, dem Commandirenden, gebildet wird.

---

8) Auſſer der Note 7. genannten Verordnung gehören hierher Inſtr. vom 15. April 1817. §. 86 fg. — Regbl. 1817. S. 357 fg. Verf. Urk. v. 26. Mai 1818. Tit. IX. §. 7. Königl. Handſchreiben v. 30. Sept. 1822. Regbl. 1822. S. 1040. V. vom 9. Dec. 1825. §. 107. Regbl. 1825. S. 1013.

9) Errichtet ſtatt des früher beſtandenen Polizey-Cordons am 11. Oct. 1812. Regbl. 1812. S. 1737. Vergl. Dörrer Real-Index S. 90 fg. — Inſtanzen-Verhältniß bey der Gensdarmerie. V. v. 27. Aug. 1813. Regbl. 1713. S. 1097.

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Sach-Regiſter.

Die Zahlen gehen auf die §§., die hinter dem Comma — auf die Note.

A.

Abänderung der Urtheile. 87, 3.
Ablehnung des Richters. 22.
Abolitio. 95.
Abſicht. 44, 13.
Absolutio ab instantia 83.
Absolutoria. 83.
Abweſende, Verfahren gegen — 61. — Verurtheilung der. 101.
Abweſenheit des Vertheidigers 87, 4.
Accuſatoriſcher Prozeß. 33. 34.
Acht-Prozeß. 101, 7.
Acten-Aufbewahrung. — -Behandlung. 32. -Einſendung. 73. 86, 8. -Einſicht. 90, 6. 98, 2. -Mittheilung. 47, 11. 85, 5. -Studium des Defenſors. 72, 2. -Verſendung. 29. 73, 2. -Verzeichniß. 29, 5. 32.
Action civile — publique. 40, 1.
Actuar. 25.
Additional-Artikel. 63.
Adeliche. 86.
Adhäſion. 39, 1. s-Prozeß. 14, 1. 98.
Adparitor. 26.
Advokaten. 71.
Alimentations-Pflicht. 85, 2.
Amtsbehörde. 100, 3.
Amtseid der Sachverſtändigen. 47, 3.
Amts-Verbrechen. 100.
Angeber, deſſen Koſten-Vorſchuß. 85, 5.
Ankläger. 4, 9. 99.
Anklage. 39, 1.
Anklageprozeß. 4. 33. 34.
Ankündigung des Todestags. 87, 1.
Annotation der Güter. 53, 1. 61, 5.

Anſchuldigungs-Beweis. 80.
— -Stand 55.
Anwalt. 59, 10.
Anzeige. 39.
Anzeigungen. 57. 79.
Appellation. 89.
Artikulirtes Verhör. 43. 62. 63.
Arreſt, proviſoriſcher. 53.
Aſſiſtenz-Räthe. 71.
Aufbewahrung der Acten. 32.
Aufhebung, einſtweilige, des Proz. 55. 83, 6. — Defin. d. Unt. 55. — der Strafbarkeit. 56. — eines Urtheils. 92.
Aufſchub der Execution. 93, 9. 94. — der Urtheilsverkündung. 86, 10. — wegen Abweſenheit des Vertheidigers. 87, 4.
Aufſicht der Gerichte. 29.
Aufruhr. 103.
Augenſchein. 46. 77.
Ausfertigung des Urtheils. 84, 3.
Ausführung der Beſchwerden. 90, 6. 91.
Ausgraben. 47, 2.
Ausland, Verbrechen im. 21, 6. 85, 5.
Auslieferung. 21.
Ausſage der Zeugen. 76.
Ausſtellungs-Vollzug. 93, 11.
Austrägal-Gericht. 18. 28.

B.

Bahrrecht. 6. III.
Baiuwar. LL. 7. l.
Banco juris. 93, 10.
Bann-Prozeß. 101, 7.
Bedenkzeit. 90, 3.
Beeidigung des Denuncianten. 39, 8.
Befugniß der höhern Inſtanz. 92. — des Inquirenten. 31, 8.
Begnadigte mit Ehrenzeichen. 86.
Begnadigung 95.
Behandlung der Akten. 32.
Beichtväter. 24.
Bekanntmachung der Defenſions-Schriften. 72, 4. — des Urtheils. 88.
Bekenntniß. 75. — Ermahnung zu demſelben. 63. — Wiederholung. 64. — Widerruf. 64.
Belehrung bey der Publikation. 87, 4. 90, 3.
Belohnung des Angebers. 39, 8.
Berechnung der Gerichtskoſten. 85, 5.
Berichte. 31.
Beſcheinigung der Ablehnungs-Gründe. 22.
Beſchlagnahme der Papiere. 51. — des Vermögens 61, 5.
Beſchlüſſe. 31.
Beſchwerde-Schrift. 90. 91.
Beſonderer Straf-Prozeß. 96—104.
Beſtätigung des Urtheils. 86. — richterliche. 92.
Beſuch der Geiſtlichen. 27, 5. 93, 9.
Bevollmächtigte — Erſcheinen durch. 97, 3.

Beweis aus Anzeigungen. 79, 4. — ſCollision. 80. — der That. 44. — deſſen Prüfung. 75—81. — halber. 76. — künſtlicher. 81. — zuſammengeſetzter. 81.

Beyſitzer. 24.

Bild, Exekution im. 101.

Bildung der Richter. 23.

Brand-Entſchädigung. 98, 2.

Brandlegung. 103.

Büttel. 26.

C.

Captiöſe Fragen. 65.

Carnifex. 26.

Carolina. 6. IV.

Caſſation. 92.

Caſſatoriſche Erkenntniſſe. 83, 6. 84, 3. — deren Publikation. 87, 4.

Caution. 53, 1. 60. 88. 93, 4. des Denuncianten. 39, 8.

Civil-Arreſt. 53, 6. — Klage. 40.

Clameur publique. 41, 1.

Collegial-Vorſtände. 100, 6.

Colliſion der Beweiſe, 80. — der Gerichtsſtände. 20.

Colluſionsgefahr. 60.

Commentariensis. 26.

Communicate. 13, 6. 31.

Comparatio litterarum. 78.

Compurgatoren 6. II.

Concurrenz von Criminal- und Civil-Sachen. 13. 14. — von Verbrechen. 74.

Condemnatoria. 83.

Confiscation. 101, 6.

Conflicte der Gerichtsbarkeit. 20.

Confrontation. 30, 10. 68.

Conjuratoren. 6. II.

Connexität. 14.

Conſacramentalen. 6. II.

Controle der Gerichte. 29. — des Kronfiscals. 85, 5.

Contumacial-Verfahren. 101. — Urtheil 101. — Prozeß 4. 101.

Criminal-Fiscal. 99, 3. 103. — -Gefängniß. 59. — -Gerichte, Verhältniß der. 13. — -Inſtanzen. 7. VI. 28. — -Koſten 85. — -Prozeß, Begriff. 2. — beſonderer. 96—104. — Eintheilung. 4. — Hülfskenntniſſe. 9. — Quelle 8, 3. — -und Civil-Prozeß, Aehnlichkeit und Verſchiedenheit. 5. — -und Civilg. Verhältn. 14. — -und Polizey-Gewalt. 15.

Corpus delicti. 44, 3.

Culpa. 85.

D.

Daumenſchrauben. 27, 6.

Decrete. 31.

Defensio pro avert. inqu. sp. 59.

Defenſions-Pflicht. 71. — -Schrift. 72.

Defenſoren. 7. VI. 24. 71. — Denunciation. 49, 8. — Eid. 47, 3. 71, 9.

Definitiv-Erkenntniſſe. 83. — -Urtheil 84, 2.

Degradation. 86.

Deliberation 82, 8.
Delicti commissi forum. 17.
Delictum manifestum 38, 1.
Délit flagrant 38, 1.
Denunciant, Koſten ⸗ Vorſchuß 85, 5.
Denunciation 39. — s⸗Pflicht 39. — der Defenſoren 49, 8. 71, 9. — Prozeß 98.
Deprehensionis forum 17. 19.
Dictiren 25, 2.
Dienſt⸗Pragmatik 100, 6.
Diffamation 39, 1.
Dingpflichtige 6. 11.
Dingſtag 6. 11.
Doctoren der Rechte 71.
Dollmetſcher 66.
Dolus 44. 85.
Dringender Verdacht 56.

E.

Edictal⸗Citation 61. 101.
Editions⸗Pflicht 51, 4.
Ehrenzeichen 86.
Eid, als Caution 60, 5.
Eidesfähigkeit 50.
Einſtellung der Unterſuchung 83, 6.
Entlaſſung von der Inſtanz 83.
Entſagung der Rechts⸗Mittel 90, 5.
Entſcheidungs⸗Gründe 84. — Mittheilung 93, 7.
Erforderniſſe der Haupt⸗Unterſuchung 56, 4. — der Special⸗Unterſ. 56. — der Unterſuchung 35. ff.
Erfüllungs⸗Eid 75, 10.
Ergänzende Verfügungen 13, 5.
Ergänzung der G. U. 55.
Ergreifen auf friſcher That. 38. 41, 1.
Erkennende Gerichte 28.
Erkenntniſſe 83. — deren Mittheilung 93, 7.
Ermahnung zum Bekenntniß. 63.
Eröffnung der Unterſuchung 35. ff. — des Urtheils 86 87.
Erſchieſſen 104.
Erwartung des Verurtheilten 92.
Execution 93. — an Todten 94, 5. — im Bilde 101.
Exterritorialität 18.

F.

Fähige Zeugen 50.
Familienglieder, königliche 48, 8. 49, 14.
Faſſung der Gründe 84, 3.
Feſſeln 27, 6.
Feſtung 86, 5. und 6.
Fiscale 99.
Fiscaliſcher Prozeß 4, 3. 34, 2. 96, 2. 99.
Fiscaliſche Unterſuchung 99, 4.
Flüchtige, Verfahren gegen 61.
Förmlichkeiten der Rechtsmittel 90.
Foliiren 32, 4.
Folgen der Criminal⸗Erkenntniſſe 88, 8. — der Sp. U. 59.
Folter 67.
Form der Prozeßhandlungen 30 — 32.

Forderungen — privatrechtliche 98, 2.
Forum 17. 18. 19.
Frage — peinliche 67.
Fragen, captiöſe 65. — der Sachverſtändigen 47, 12. — Form 63. — ſuggeſtive 65.
Freygerichte 6. III.
Freylaſſung 93.
Freyſprechung 83, 5.
Freywillige Reviſion 89, 12.
Friedensgerichte 6. III.
Fürſprecher 71.

G.

Geberden-Protokoll 30, 17.
Gefängniß 27.
Gefangen-Aufſeher — -Wärter 26.
Gefangene, Trennung derſelben 27.
Gefangenſchaft 60.
Gegenanklage 34, 4.
Gegenſtände der Spec. Unt. 58.
Gegenſtellung 68.
Geheimer Rath — ehemaliger, deſſen Befugniß 100, 7.
Geiſtliche — deren Beſuch 93, 9. 27, 5. — Erkenntniß gegen 86, 7.
Geiſtlicher Zuſpruch 94, 5.
Geiſteskranke 66.
Geldſtrafen-Vollzug 93, 11.
Geleit — ſicheres 61.
Gemeine Verbrechen der Staatsdiener 100.
Gemiſchter Criminal-Prozeß 98.
General-Artikel 63. — -Auditoriat 104, 7. — -Unterſuchung 43—54. — Begriff 44. — Gang 45. — Schluß 54. — gegen Staatsdiener 100.
Gensdarmerie 104, 9.
Gerichte, erkennende 28.
Gerichts-Aerzte 24. — -Diener 26. — -Knecht 26. — -Kunde 42. — -Schreiber 25. — deren Unterſchied von Kanzliſten 25, 2. — -Stände 17. 18. 19. — -Verfaſſung 11. 12.
Gerücht 39, 1. 41.
Geſchichte des Criminal-Prozeſſes 6. 7.
Geſetze, fremde 8, 8.
Geſtändniß 75. — qualificirtes 75, 4.
Geſundheits-Zuſtand 69. 94.
Gewißheit 75.
Gleichheit der Stimmen 82.
Gränze, Verbrechen auf der 20, 2.
Griechen 48, 8.
Gründe 84. — des Aufſchubs 94.
Gründlichkeit des Gutachtens 77, 4.
Grund der Wiſſenſchaft 48, 10.
Grundlage der Unterſuchung 35.
Gutachten der Sachverſtändigen 47. 77.

H.

Halber Beweis 76. 78, 2.
Hals-Gericht 93, 10.

Handhafte That 38, 1.
Haupthöhlen 47.
Haupt-Unterſuchung 43, 6. 66, 4. 97. — wird Special-Inquiſition 97, 12.
Haupt-Vertheidigung 70.
Haupt-Vortrag 74, 4.
Haus-Arreſt 53, 1.
Hausſuchung 51. 61.
Heften 32, 3 und 4.
Henker 26.
Heurathserbieten 94, 5.
Hoch-Gericht 93, 10.
Hochnothpeinliches Hals-Gericht 93, 10.
Höhere Beamte 100, 6. — Inſtanz, Befugniß 92.
Hof- und Landgerichte 6. III.
Hofrichter 6. III.
Hülfskenntniſſe d. Crim. Proz. 9. — des Richters 47, 10.
Humanitatis ratio 92, 10.

I.

Incidentſache 14.
Inculpat 62.
Indefenſibilität 71, 4.
Indicia 79, 57.
Indicium proximum 56.
Informatorien 31. 83, 2.
Inhalt der Gründe 84, 3.
Inquirent, deſſen Befugniß 31, 8. — Plan 31, 2. 44. 45. 54, 1. 69, 2.
Inquiſit 59.
Inquiſitional-Artikel 63.
Inscriptio in crimen 34, 3.
Inscription en faux 34, 3.
Inspectio cadaveris 47.
Instantia, abs. ab 83.
Inſtanz, Befugniß der höhern 92.
Inſtanzen 28. — der Gensdarmerie 104, 9.
Inſtructorien 31. 83, 2.
Interlocutiones 83.
Intervention 98.
Intimation 87, 1.
Juden 48, 8.
Jurisdictions-Conflict 20.

K.

Kanzliſten und Gerichtsſchreiber, Unterſch. 25, 2.
Kinder, Trennung von gefangenen Müttern 27, 2.
Klage des Verletzten 40.
Königliche Familienglieder 48, 8. 49, 14.
Koſten 85. — -Vorſchuß ebd.
Kriegs-Artikel 104, 4.
Kriegs-Gericht 104.
Kron-Fiscal, Mittheilung der Akten an ihn 85, 5. 87, 4.
Künſtlicher Beweis 81.
Kugel, Tod durch die 103.
Kurkoſten 85, 5.

L.

Ladungen 31. 60.
Läugnende — Verfahren gegen 67.
Landesherrliche Beſtätigung 86, 3 und 4. — Reſtitution 102.

Landſtreicher 60.
Lebenabſagen 87, 1.
Leges Baiuwar. 7. I.
Leibesbeſchaffenheit 69.
Leichenſchau 47.
Leichnam, deſſen Recognition 62, 5. — Exekution am 94, 5.
Leichtgläubigkeit 41, 3.
Leumuth 52. 59, 8. 66, 1.
Lictor 26.
Litteratur 10.
Logiſcher Beweis 79, 4.
Losſprechung 83. — deren Wirkung 88.
Lügner 67, 20.

M.

Maasregeln, proviſoriſche 53.
Mahomedaner 48, 8.
Maleſizordnung 7. V.
Mangel der Reue 94, 5.
Manifestum delictum 38, 1.
Marter 67.
Mehrheit der Stimmen 82, 4.
Memnoniten 48, 8.
Milderung der Strafe 92.
Militair-Prozeß 104. — -Straf-Geſetz 104, 5.
Minister suppl. 26.
Mitſchuldige 50, 16 und 23. — Erkenntniß über 83, 5. — deren Vertheidigung 71, 10. — Wiederholung ihrer Auſſage 94, 5. — Zeugniß derſelben 94, 5.
Mittheilung der Erkenntniſſe an die Straf-Arbeitshaus-Commiſſion 93, 7.
Möglichkeit 35.
Mord 103.
Mündlichkeit 4, 9.

N.

Nacheile 53, 1. 61.
Nachrichter 26.
Namenszug 30.
Nebenperſonen 24.
Neben-Vertheidigung 70.
Neugeborne 47.
Nichtigkeit 102. — s-Beſchwerde, -Klage 89, 9 und 14. 97, 3.
Nothwendige Reviſion 89, 11.
Notorietät 42.
Nullitäts-Klage 89, 9 u. 14. 97, 3.
Numeriren 32, 4.

O.

Obductio 47.
Ober-Appellations-Gerichts-Erkenntniß 102.
Oberaufſicht 29.
Ober-Gerichts-Beſtätigung 86, 2.
Oeffentlichkeit 4, 9. 29, 8.
Ordalien 6. I. II.

P.

Parere 47.
Pasquill 39, 8.
Pedell 26.

Peinliche Frage 67. — Gerichts-Ordnung Karls V. 6. IV.

Peinlichkeit 67.

Perhorreſcenz 22.

Polizey-Aufſicht — Stellung unter 88, 8. — -Cordon 104, 9. — -Gewalt 15.

Polizeyliche Hausſuchung 51, 3. — Sorge für Kinder der Gefangenen 27, 2.

Practicanten 24, 13.

Prälocute 83.

Präjudicielle Verbindung 14. 15.

Prävention 17. 20.

Principale Verbindung 14.

Privatrechtliche Forderungen 98, 2.

Profoß 26.

Protokolle 30.

Protokollführer 25.

Proviſoriſche Maasregeln 53. — r Arreſt 53.

Prozeß bey Vergehen 97. — -Koſten 85. — ſummariſcher 96. — -Tabellen 13, 7.

Prozeßleitende Decrete 31. 83, 2.

Prüfung des Beweiſes 75—81.

Publikation 86. 87. — der Contumacial-Urtheile 101, 11.

Q.

Quellen des Criminal-Prozeſſes 8.

R.

Radiren 30, 11.

Rathſuchen 29.

Ratio humanitatis 92, 10.

Raub 103.

Real-Territion 67.

Reaſſumtion 102.

Rechtbuch 7. II.

Rechtskraft 88. 93, 2.

Rechtsmittel 89—92. — Belehrung darüber 87, 4. — weiterer Vertheidigung 89, 10.

Rechtspractikanten 24, 13.

Rechtsverſtändige 71, 2.

Rechttag — endlicher 33 u. 93, 10.

Recognition 46. 68, 7. — eines Leichnams 62, 5.

Recriminatio 34, 4.

Recuſation 22.

Referir-Methode 74.

Reformatio in pejus 92, 2.

Regiſter 32, 2.

Regiſtratur 30, 8.

Regiſtraturen 31.

Reinigungs-Eid 75, 7—10. 83.

Requiſitionen 31. 61.

Reſtitution 89, 7. 102.

Reviſion 89. — des Vorſtands 28, 14. 91, 2. — im Contumacial-Verfahren 101. — zugeſagte 100. 1.

Reviſions-Gericht 104.

Reue — mangelnde 94, 5.

Reuter-Beſtallung 104, 2.

Richter 23. — Zahl derſelben 28.

Richterliche Beſtätigung 92.

Rubrik 32.
Rüge⸗Gerichte 98, 4.
Rüge⸗Prozeß 98.

S.

Sachverſtändige 46. — deren Gutachten 77.
Salvus conductus 61.
Scabini 24.
Schadens⸗Erſatz 98, 2.
Schärfungsrecht 90, 3. 92.
Scharfrichter 26.
Scharfrichter⸗Gehülfe 26.
Scharfrichterknecht 26.
Schluß der General⸗Unterſuchung 54. — der Special⸗Unterſuchung 69. — ⸗Verfahren 70.
Schneider 46, 9.
Schöpfen 24.
Schriften⸗Vergleichung 78.
Schwarzenberg, Freyh. v. 6. IV.
Sectio 47.
Selbſtangabe 37. 56.
Sentenz 83.
Separations⸗Methode bey Acten 32, 2. — im Referat 74, 3.
Sicherheits⸗Leiſtung 88.
Sicherheits⸗Maasregeln 53. 93, 4
Siegel 30, 14.
Special⸗Artikel 63. — ⸗Gerichte 103, 1. — ⸗Inquiſition 43. 55 — 69. — deren Folgen 59. — Fortdauer ihrer Folgen 88. — Gegenſtände 58. — gegen Staatsdiener 100, 6. — als Erforderniß des Ungehorſams⸗Verfahrens 101, 9. — Unterſuchung, Gegenſtände 58.
Spione 1, 046.
Sprach⸗Unkundige 66.
Spruchcollegien 73, 2.
Staats⸗Beamte — Erkenntniß gegen 86.
Staatsdiener — Verfahren gegen 58, 8. 100.
Staatsrath — richterliche Behörde 100, 7.
Staats⸗Verträge über Nacheile 61, 2.
Stadt⸗Arreſt 53, 1.
Standrecht 4, 3. 24, 2. 28. 103. — des Militairs 104.
Steckbriefe 61, 3.
Stellung unter Polizey⸗Aufſicht 88, 8.
Stellvertreter des Vertheidigers 87, 4.
Stempel 30, 14.
Stimmenzählung 82.
Stimmrecht 28. 82, 8.
Straf⸗Antritt — vorläufiger 93, 8.
Strafbarkeit, Aufhebung der 56.
Strafgerichtsbarkeit 11. 12.
Straf⸗Geſetze — militairiſche 104, 5.
Strafrecht 1. — Anwendung 2.
Straf⸗Verfahren 2.
Strafzeit — Verlauf derſelben als Begnadigungsgrund 95, 6.
Strang 104, 6.

Stumme 48, 8. 66.
Suggeſtionen 65.
Suggeſtiv-Fragen 65.
Summariſcher Prozeß 96.
Summariſches Verfahren 43. — Verhör 62.
Supplication 89, 7. 8.
Supplicii minister 26.
Suſpenſion 59.
Syſteme des Strafrechts 1, 1.

T.

Tabellen 13, 7.
Tagebuch 13, 7. 29, 5. 32, 5.
Taube 48, 8. 66.
Taubſtumme 66.
Territion 67.
That 44, 14.
Thäter 44, 14.
Thatbeſtand 44.
Todestag 87, 1.
Todes-Urtheil 86, 4 und 6. — Verkündung 87, 4.
Tortur 67.
Tortur-Aufhebung 7. VI. 67, 13.
Trennung erkennender Gerichte 28, 4. — der Gefangenen 27.

U.

Ueberſichten 32, 2.
Ueberſiebnen 6. II.
Unbeſcholtene Zeugen 50.
Unbeſtraftbleiben der Verbrechen 102, 10.
Unfähige Zeugen 50.
Ungehorſams-Strafen 67, 20. -Verfahren 101.
Ungereimtheiten 67, 20.
Ungericht 6. III.
Unglaube 41, 3.
Univerſalität des juriſtiſchen Studiums 9, 4.
Unſchulds-Erkenntniß 83, 4. — Wirkung 88.
Untaugliche Zeugen 50.
Unterhalt-Verpflichtete 69. 85, 2.
Unterredung des Defenſors 72, 2.
Unterſuchungs-Gerichte 23. — -Prozeß 4, 35. 69. — Einl. deſſelben 15.
Unterſuchung, Veranlaſſung 35—42.
Untüchtige Zeugen 50.
Unvermögenheit 85, 5.
Urkunden 78.
Urphede 93, 5.
Urtheil 73—85.
Urtheiler 24.
Urtheils-Formen 83. — -Fragen 74. — -Verkündung 86. 87.

V.

Vaganten 61, 2.
Vehmgericht 6, 5.
Veranlaſſung der Unterſuchung 35—42.
Verantwortung, vorläufige 58, 8. 59. 63, 4. 70. 100.

Verbal-Territion 67.
Verbrechen und Vergehen 4, 4. 12. — Unterſchied der That und Eigenſchaft 38, 1.
Verdacht 57, 1. — dringender 56.
Verdächtige Zeugen 48, 3. 50.
Verfahren gegen Staatsdiener 100.
Verfügungen 31.
Vergehens-Prozeß 97.
Vergiftung 47.
Verhaftsbefehl 60, 8.
Verhaftung 60.
Verhör, ordentliches 62. 63. — ſummariſches 62.
Veriährung 55, 5. 102, 5.
Verkündung 86, 87.
Vermögens-Aushändigung bei Verſchollenen 101. — -Stand 69.
Vermuthung 57, 1.
Verpflichtung zu Uebernahme einer Defenſion 71.
Verſchmähen geiſtlichen Zuſpruchs 94, 5.
Verſchollen — Verſchollenheits-Erklärung 101.
Vertheidiger 71. — des Abweſenden 101. — Zuziehung zur Publikation 87, 2.
Vertheidigung 70—72. — des Abweſenden 101. — gegen Confrontation 68, 12. 70. — gegen Spec. Unt. 59. 70. — materielle 58, 2. — weitere 89, 10. 100, 8. — s-Beweis 80. — -Koſten 85, 5. -Schrift 72. — weitere 91.
Verurtheilung 83. — zur Feſtung 86, 5.
Verwandte 50. — Zuziehung zur Publikation 87, 6.
Verweigerung der Antwort 67, 20.
Verweiſung 83, 5. — zum Criminal-Gericht 97, 12.
Verzicht 75. 89.
Vollziehung 93—95. — des Todes-Urtheils durch die Kugel 103. — gegen Abweſende 101.
Vorgeſetzte Amts-Behörde 100, 3.
Vorſchuß der Koſten 85.
Vorſtand — deſſen Reviſions-Recht 91, 2.
Vortrag 74.
Votation 82, 8.

W.

Wägen der Hexen 6. III.
Währnng 6.
Wahlrecht des Defendenden 71.
Wahrheit, materielle 75.
Wahrnehmung des Richters 36.
Wahrſcheinlichkeit 35.
Weiberzank 41, 3.
Weitere Vertheidigung 89, 10.
Widerſprüche 57, 5. 67, 20.
Wiederaufnahme 4. 83, 5. 102. — als Grund des Aufſchubs 94, 4.

Wiedereinſetzung 102. — in Amt und Gehalt 88.
Wiederholung der Auſſage 94, 5.
Wirkung der Criminal-Erkenntniſſe 88.
Wiſſenſchaftliche Bildung der Richter 23, 6.

Z.

Zahl der Richter 28. 82, 8. — der Sachverſtändigen 47, 4.
Zeichenſprache der Taubſtummen 66, 1.
Zergliederung 47.
Zeugen Auſſage 76. — -Confrontation 68. 7 und 8. — -Eid 49. 14. — -Pflicht 49. — -Tüchtigkeit 50. — -Unfähigkeit ꝛc. 50. — -Vernehmung 48.
Zeugniß der Aerzte 69, 3. — der Mitſchuldigen 50, 16 u. 23.
Zuſammengeſetzter Beweis 81.
Zuſammentreffen von Criminal-Civilſachen 14. 15. — von Verbrechen 74.
Zuſpruch, geiſtlicher 94, 5.
Zweck des Strafrechts 1.
Zweckmäßigkeit, Princip erlaubter 8, 5.
Zwiſchen-Urtheile 83.

[illegible]

BSB Bayerische StaatsBibliothek

MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Wendt, Christian Ernst <<von>>,

Grundzüge des teutschen und besonders bayerischen Criminal Proceßes für academisches Studium und gerichtlichen Gebrauch

Erlangen 1826

Bavar. 2881
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10380660-5